

Uwe Lehnert

Der politische Islam ist mit einer offenen und liberalen Gesellschaft nicht vereinbar – Ein Essay zur Bedrohung unserer Kultur

1. Was sind die wesentlichen und unverzichtbaren Merkmale unserer offenen und liberalen Gesellschaft im Sinne einer Leitkultur?
2. Christentum und Islam waren stets Religionen mit gesellschaftsgestaltendem Anspruch
3. Warum die ungebremsste Entfaltung des Politischen Islam das Ende für unsere offene und liberale Gesellschaft bedeutet
4. Welche muslimischen Organisationen und Verbände agieren in Deutschland?
5. »Islamischer Lobbyismus« – Ein Beispiel für verdecktes Agieren, unbekannte Vernetzung, staatliche finanzielle Förderung und politisch naives Gewährenlassen
6. Bezeichnende Beispiele feigen wegduckenden Verhaltens: Der politische Scherbenhaufen anlässlich der Einweihung der Großmoschee in Köln-Ehrenfeld und die scheinbar epidemische Verbreitung der Chlorallergie unter muslimischen Mädchen
7. Einführende Literatur zur Problematik der Migration und des politisch agierenden Islam in Europa
8. Was müsste eine Politik entschlossener Bekämpfung des Politischen Islam vor allem leisten?
9. Schlussbemerkungen

*

Im folgenden Beitrag möchte ich mich zur Zuwanderung in unsere Gesellschaft von Menschen muslimischen Glaubens und ihrer Kultur äußern. Ich werde ausführen, welche Konflikte damit verbunden sind, wenn zwei Kulturen unterschiedlicher Entwicklungsstufen aufeinander stoßen und bestimmte Gruppen dieser Zuwanderer eine polit-religiöse Agenda verfolgen. Mir ist bewusst, mit meinen Ausführungen vermintes Gelände zu betreten. Es wäre allerdings nicht das erste Mal, dass ich mir neben viel Zuspruch auch den wohlfeilen Vorwurf einhandele, Beifall von der »falschen Seite« zu provozieren. Doch mit dem Ausblenden, Negieren beziehungsweise Relativieren und Verschweigen dieser Problematik durch Parteien und öffentlich-rechtliche Medien und andererseits dem klaren Benennen dieser Themen durch Kreise rechts von der politischen Mitte stieg bekanntlich vor etwa vier Jahren die AfD zur größten Oppositionspartei auf. Es kann also nicht richtig sein, bestimmte politische Themen, deren Problematik einen realen Hintergrund hat und die Bevölkerung existentiell betreffen, zu ignorieren.

Wenn ich nun im Folgenden gelegentlich zu Aussagen komme, die auch die AfD schon geäußert hat, bin ich dann ein Vertreter der AfD? Ich bestreite das entschieden. Soll denn die AfD oder etwa die LINKE der Maßstab sein und entscheiden, was ich sagen darf? Ich sage das, was ich für richtig halte und meine auch begründen zu können. Jeder Bürger eines Landes, das noch das Recht auf Meinungsfreiheit hochhält, hat auch das Recht, sich über problematische Entwicklungen öffentlich Gedanken zu machen. Er hat sogar die zivilbürgerliche Pflicht, vor Gefahren zu warnen, die sich seines Erachtens für eine offene und liberale Gesellschaft aus dem Zusammenstoß mit einer Kultur ergeben, die ein Gesellschaftsverständnis aufweist, das auf einer im Mittelalter stehen gebliebenen Religion fußt.

Bei meinem Essay soll es sich weniger um eine Dokumentation handeln, die Punkt für Punkt Belege für jede einzelne geäußerte Ansicht anführt. Mir geht es vielmehr um eine persönliche Einschätzung der politischen Situation und der ihr innewohnenden Gefahren für unsere Gesellschaft. Das heißt, ich kommentiere aus subjektiver Sicht und subjektivem Erleben einen momentanen Zustand und seine vermutliche zukünftige Entwicklung. Die von mir kritisch beurteilte Problematik ist die Folge einer meines Erachtens planlosen und verantwortungslosen Politik der Zuwanderung aus den muslimischen Ländern. Dass ich mich mit meiner Sicht

dennoch auf ein breites Spektrum von Befunden und Belegen stützen kann, zeigt eine Vielzahl von mir zitierter empirischer Befunde, Zeitungsberichte und persönlicher Äußerungen einschlägig kompetenter Persönlichkeiten.

Der vorliegende Essay stellt eine Fortsetzung dar meines im Juni 2018 auf den Seiten des Humanistischen Pressedienstes veröffentlichten Beitrags »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde – und ihre fehlenden Freunde« (1).

1. Was sind die wesentlichen und unverzichtbaren Merkmale unserer offenen und liberalen Gesellschaft im Sinne einer Leitkultur?

Stichwortartig lassen sich diese Merkmale wie folgt kennzeichnen (2):

- **Humanistisches Denken:** Der Mensch steht im Mittelpunkt des Denkens und Handelns, nicht irgendeine Gottheit. Der Mensch wird zum Maß der Dinge und nicht eine mythische, nur in alten Schriften existierende Wesenheit. Das Grundgesetz rückt den Menschen ins Zentrum allen Denkens und Handelns und formuliert nicht ohne Grund in Art. 1, Abs. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Für mich konkretisiert sich die Menschenwürde in den Menschenrechten.
- **Rationalität:** Die Vernunft wird zur letztendlichen Entscheidungsquelle, nicht der aus überkommenen Büchern sprechende Gott. Wissenschaftliches Denken ist daher von zentraler Bedeutung. Aussagen werden inhaltlich beurteilt, nicht die Autorität eines nicht gewählten Machthabers entscheidet. Die Vernunft steht über dem Glauben. Rationalität bedeutet Abkehr von mythisch-magischem Denken, wonach letztlich alles in Gottes Hand liege.
- **Säkularität:** Gemeint ist die Trennung der Machtbefugnisse von Staat und Religion, das bedeutet die Trennung staatlicher und religiöser Institutionen. Der Staat ist weltanschaulich neutral. Die Weltanschauung ist Privatsache des einzelnen Bürgers; es gehört zu seiner persönlichen Freiheit, religiöse Gesetze zu befolgen oder für sich abzulehnen (3).
- **Rechtsstaatlichkeit:** Es existiert eine Verfassung und darauf aufbauend ein allgemein verbindliches Rechtssystem, das die sozialen Beziehungen der Bürger untereinander verbindlich regelt. Auch staatliches Handeln ist an Recht und Gesetz gebunden. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Richter sind unabhängig von Weisungen und nur dem Gesetz verpflichtet. Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat (4).
- **Demokratie:** Ein politisches System, in dem die Regierung vom Volk bestimmt wird. Jeder Bürger hat eine Stimme, alle Stimmen zählen gleich. Die Vertreter des Volkes werden in freien und geheimen Wahlen gewählt. Der Gedanke der Mitbestimmung und Teilhabe an Macht und Einfluss durchzieht alle gesellschaftlichen Ebenen. Grundvoraussetzung ist ein hohes Maß an Freiheit, für unterschiedliche politische Auffassungen zu werben.
- **Menschenrechte:** Es sind universelle und unveräußerliche Rechte, die jedem Menschen gleichermaßen zustehen. Sie dienen der freien Entfaltung jedes Bürgers und machen ihn zum Individuum gegenüber dem Staat. Beispiele sind etwa Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Religionsfreiheit, rechtliche Gleichheit der Geschlechter, Informationsfreiheit. Grundrechte können in Widerspruch zueinander geraten. So kann zum Beispiel die Gleichberechtigung der Geschlechter mit der Religionsfreiheit kollidieren. Die Gleichberechtigung stellt ein höheres Rechtsgut dar und hat daher meines Erachtens den höheren Stellenwert einzunehmen.

Diese Liste von Werten beschreibt stichwortartig die prägenden Grundsätze einer offenen, liberalen und bedingt toleranten Gesellschaft. Es ist eine Gesellschaftsordnung, die immer auch zu begründeten Veränderungen bereit ist und selbstverständlich andere Auffassungen aushält, also toleriert, wenn sie denn die gesellschaftsbestimmenden Grundsätze nicht aktiv ablehnt. Diese Grundsätze gehen ganz wesentlich auf die Aufklärung zurück. Erkennbar daran, dass magisches und religiöses Denken zunehmend durch vernunftbasiertes abgelöst wurde und dass durch die Forderung nach Säkularität der Religion ihre gesellschafts- und

politikprägende Rolle abgesprochen wurde. Die sechs skizzierten Werte kennzeichnen heute die bestimmenden Merkmale der Kultur der Gründungs-Staaten der Europäischen Union und damit auch Deutschlands.

Diese auch als Grundsätze oder Prinzipien zu bezeichnenden Werte bilden allerdings einen Idealzustand ab, der noch lange nicht vollständig erreicht ist. Vielmehr erfolgt von politischer oder religiöser Seite immer wieder ein Begrenzen und Aushöhlen einzelner Grundsätze bis hin zu deren vollständigem Ignorieren. Das betrifft in Deutschland zum Beispiel die Rechtsstaatlichkeit (siehe die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften), die Säkularität (betrifft die »hinkende« Trennung von Staat und Religion) oder Menschenrechte wie die Selbstbestimmung (zum Beispiel am Lebensende) oder die körperliche Unversehrtheit (zum Beispiel durch Beschneidung von Säuglingen und Kindern). An diese verfassungswidrigen Einschränkungen der konstituierenden Werte unserer Gesellschaftsordnung sei daher an dieser Stelle ausdrücklich erinnert. Die Weiterentwicklung dieser Werte beziehungsweise der bestimmenden Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung kann dem Geist unserer deutschen Verfassung entsprechend nur in Richtung Vervollkommnung verstanden werden, keinesfalls in ihrer Relativierung oder gar partiellen Abschaffung.

Diese knapp skizzierten Werte beziehungsweise Grundsätze sind also prägend für die europäischen Gesellschaftsordnungen und stellen gewissermaßen eine Leitkultur dar. Der Begriff der Leitkultur ist in der Diskussion der Migrationspolitik – wie es so schön heißt – »umstritten«. Ich halte ihn dennoch für einen treffenden Ausdruck dessen, was damit ausgesagt sein soll. Er wurde vor Jahren von Bassam Tibi eingeführt und fasst die wesensbestimmenden kulturellen Grundsätze in einem verständlichen Wort zusammen. Auch der Philosoph und Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon, spricht von einer »Leitkultur von Humanismus und Aufklärung«. Das Wort drückt zugleich die Erwartung aus, dass Zuwanderer, die dauerhaft in Europa leben wollen, diese damit gemeinten Werte anzuerkennen und sich danach zu verhalten haben. Das betrifft auf jeden Fall die Prinzipien beziehungsweise Werte Säkularität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Menschenrechte. Bezüglich Humanismus und Rationalität darf sich ein gläubiger Mensch auf die Religionsfreiheit berufen. Im Rahmen seiner privat gelebten religiösen Auffassung darf der Glaube über der Vernunft und im Mittelpunkt seines Lebens nach wie vor Gott stehen.

Die Bürger eines aufnehmenden Staates jedenfalls haben das Recht zu erwarten, dass die Grundpfeiler ihrer staatlichen Ordnung durch die Zuwanderung von Menschen anderer Kultur und Religion unangetastet bleiben, jedenfalls nicht ohne ihre ausdrückliche Zustimmung verändert werden. Schließlich ist es ihre Gesellschaftsordnung, die sie in ihrem Wesensgehalt nicht bedroht sehen möchten. Denn es kann nicht demokratisch genannt werden, fragwürdige Forderungen einer einwandernden Minderheit als legitim anzuerkennen, aber die Einhaltung der oben dargestellten Prinzipien als Aufnahmebedingungen einer vielfach größeren Mehrheit, wie sie die Aufnahmegesellschaft darstellt, als fremdenfeindlich abzulehnen. Integration kann daher nur als gelungen bezeichnet werden, wenn die hier als Leitkultur bezeichneten Werte mit Überzeugung von einem Migrant anerkannt werden (5).

Ich vertrete hier betont die Auffassung, dass die offene, liberale, auch soziale und bedingt tolerante Gesellschaft eine Weiterentwicklung darstellt im Sinne größerer Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung des einzelnen Bürgers in einer Gemeinschaft. Sie bietet diese in meinen Augen als gesellschaftlichen Fortschritt zu bezeichnenden Merkmale beziehungsweise Rechte in wesentlich größerem Maße als eine Gesellschaft zum Beispiel, die noch von Stammesdenken und einer für alle verbindliche Religion geprägt ist. Europa und die USA, keine andere Region dieser Welt, haben trotz aller Rückschläge und immer noch bestehender Defizite die Idee der Demokratie, den Gedanken der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung, die rechtliche Gleichheit der Menschen, die schrittweise Befreiung von der Vorherrschaft des Religiösen und die individuellen Menschenrechte erkämpft und zu Rechten entwickelt, die jedem Menschen zustehen. Unsere Pflicht ist es, dieses Erbe zu bewahren und zu verteidigen.

Neben diesen Grundpfeilern einer offenen und liberalen beziehungsweise pluralistischen Gesellschaft gibt es typisch europäische, speziell auch deutsche Eigenarten, die sich im Essen, in der Kleidung, in der Wohnungseinrichtung, in der Musik, in der Art der jährlichen Feste und in vielen weiteren Ausprägungen des täglichen Lebens ausdrücken. Sie gehören meines Erachtens **nicht** zu einer verbindlichen Leitkultur. Andere Kleidung, anderes Essen, andere Musik, andere Traditionen und anderes mehr verändern nicht die oben definierten grundsätzlichen Merkmale unserer Gesellschaftsordnung. Sie können prinzipiell das gesellschaftliche Leben vielmehr bereichern und weiterentwickeln. So wie über die Jahrhunderte Deutschland sich schon immer auch durch Zuwanderung verändert und weiterentwickelt hat.

Beispielhaft seien erwähnt die früher erfolgte Einwanderung von Juden und Hugenotten oder Einwanderer aus Ländern wie Holland oder Polen. Vergleichsweise problemlos stellte sich deren Eingliederung dann dar, wenn es sich um Migranten gleicher Religion handelte und damit vergleichbarer Kultur. Wenn darüber hinaus die Einwanderer vorteilhafte berufliche Qualifikationen mitbrachten, vollzog sich deren Integration noch problemloser. Diese Veränderungen durch Zuwanderung bedeuteten dann meist ein grundsätzlich akzeptiertes gegenseitiges Nehmen und Geben. Geglückte Integration dürfte sich insbesondere in Eheschließungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen gezeigt haben. Von großer Bedeutung für eine akzeptierte Zuwanderung war zudem stets, dass es sich gegenüber den Einheimischen um eine vergleichsweise geringe Zahl an Menschen handelte. Andernfalls verbleibt man sozial und kulturell innerhalb der eigenen Ethnie und sieht wenig Anlass, sich der Aufnahmegesellschaft anzugleichen. Ein Phänomen, das sich in Deutschland in Form von integrationsdesinteressierten muslimischen Parallel- und Gegengesellschaften zeigt.

Am Rande sei auf einen positiven Aspekt einer Form fast unauffälliger Zuwanderung verwiesen, die als ein Beitrag zur Völkerverständigung verstanden werden kann. Die vielen Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten aus Frankreich, England, Spanien, Portugal, Italien, Polen und anderen europäischen Ländern, auch aus Indien, Japan, Vietnam oder etwa China in Deutschland als Arbeitnehmer hier niederließen, teilweise sogar hier dauerhaft sesshaft wurden, haben dazu beigetragen, Verständnis, wenn auch nicht immer Akzeptanz, für Menschen anderer Kulturen zu entwickeln. Nicht immer reibungslos im ersten Umgang miteinander, aber letztlich doch als eine Form der Bereicherung empfunden, und wenn es zunächst nur die andere Art des Essens und vielleicht der Zauber fremdartig klingender Musik war, die gefielen. Und wer als Tourist fremde Länder bereiste, kehrte fast immer mit der Erfahrung zurück, dort viele freundliche Menschen kennengelernt zu haben, ganz unabhängig von ihrem andersartigen Aussehen und ihrer anderen Hautfarbe. Erfahren zu haben, dass woanders auch Menschen leben, die wie wir auch vor allem glücklich werden und zufrieden sein wollen, lässt hoffentlich dereinst den Gedanken an ein Weltbürgertum wachsen, das mehr das Gemeinsame und weniger das Trennende sieht und uns damit dem Frieden auf der Welt näher bringt.

Zurück zur Zuwanderung nach Deutschland in früheren Jahrhunderten. Probleme der Akzeptanz ergaben sich bei den jüdischen Zuwanderern aufgrund einer Religion, die von der christlichen abgelehnt wurde. Was sich in früheren Jahrhunderten bekanntlich oft in furchtbaren Pogromen zeigte. Und bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts drückte sich das in Vorbehalten von Teilen des Bürgertums gegenüber jüdischen Menschen aus. Ihnen wurde die gleiche Anerkennung wie Einheimischen oft nicht gezollt. Man denke an die Vorurteile und Ablehnungen, die schon vor der Zeit des Nationalsozialismus gegenüber jüdischen Geschäftsleuten, Künstlern und Wissenschaftlern bestanden.

Der Islam als zweitgrößte Religion weltweit stellt eine in den letzten Jahrzehnten eingewanderte Religion dar, die in ihrer orthodoxen Interpretation in scharfer Konkurrenz zum Christentum und Judentum auftritt und die anders als das Judentum bewusst den Gedanken der Missionierung verfolgt. Die sich aus der Konkurrenz und Missionierung ergebenden Auseinandersetzungen innerhalb der aufnehmenden europäischen Gesellschaften haben inzwi-

schen ein Ausmaß erreicht, das zu einer existentiellen Gefahr für die offene und liberale und in vielerlei Hinsicht tolerante Gesellschaft geworden ist. Ich spiele damit weniger auf terroristische Anschläge an, die mit religiöser Begründung verübt werden. Sie werfen nur ein besonders grelles Licht auf die Problematik des Zusammenstoßes verschiedener Kulturen. Attentate werden von der Politik und der Gesellschaft als Gefahr gesehen und staatlicherseits soweit wie möglich bekämpft. Hier soll es um die Aktivitäten von orthodox- bis hin zu fundamentalistisch-muslimisch Organisationen gehen, unserer Gesellschaft langfristig die Vorstellungen von Koran und Scharia aufzudrängen, wenn nicht aufzuzwingen. Diese Aktivitäten finden nur teilweise offen statt, vielfach verdeckt und nur scheinbar legal. Sie werden daher von weiten Teilen der Politik und auch der Gesellschaft viel zu wenig als Gefahr für die freiheitlichen Grundprinzipien unserer Gesellschaft gesehen.

Der gern zitierte »Kampf der Kulturen« spielt sich dabei nicht zwischen »dem« Islam und dem Christentum ab, sondern zwischen einem orthodox bis fundamentalistisch interpretierten und gelebten, also einem mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung agierenden Islam einerseits und einer wertebasierten und prinzipiell säkularen Gesellschaftsordnung wie der unseren andererseits. Gemäß den Prinzipien unserer offenen, liberalen und toleranten Gesellschaft sollte die weltanschauliche Orientierung eine private Angelegenheit des Bürgers sein und bleiben. Ein Islam, der sich auf die spirituelle und weitgehend nicht öffentlich praktizierte Komponente dieser Glaubenslehre beschränkt, steht daher prinzipiell nicht in Widerspruch zu unserer offenen und liberalen Gesellschaft. Tatsächlich sieht das wohl eine tonangebende Gruppe muslimischer Einwanderer anders. Sie beharrt auf dem Standpunkt, dass die Gebote des angeblich allgemeingültigen Islam über den weltlichen Gesetzen stehen und folglich von allen Menschen zu befolgen seien (6).

2. Christentum und Islam waren stets Religionen mit gesellschaftsgestaltendem Anspruch

Das Christentum hat über die Jahrhunderte das Ziel verfolgt, die gesamte Gesellschaft nach ihren Glaubensgrundsätzen zu gestalten. Erst mit der Aufklärung wurde dieser Anspruch in Frage gestellt. Dennoch versuchen die beiden Großkirchen nach wie vor, Einfluss auf Meinungsbildung, Politik und Gesetzgebung zu nehmen. Sie tun das über die öffentlich-rechtlichen Medien, in denen sie über eigene Redaktionen und Sendezeiten verfügen, über die Parteien, in deren Führungspersonal den kirchlichen Vorstellungen folgende Politiker den Ton angeben und nicht zuletzt über ein ihnen zumeist gewogenes Bundesverfassungsgericht. Dieses höchste Gericht bestätigte den Kirchen einst, dass sie das *Selbstverwaltungsrecht* (Grundgesetz Art. 140, Art. 137 WRV, Abs.3), ihre inneren Angelegenheiten *innerhalb* der Schranken der für *alle* geltenden Gesetze selbstständig zu ordnen und zu *verwalten*, zu einem kompetenzerweiternden *Selbstbestimmungsrecht* umdeuten durften. Unabhängige Kirchenrechtler meinen, dass diese seinerzeit erfolgte Kompetenzerweiterung durch das Grundgesetz nicht legitimiert wäre und der damals großen Nähe des Bundesverfassungsgerichts zu den Kirchen geschuldet war (7).

Aber diese Nähe zu den Kirchen und Religionen scheint sich bis in jüngere Zeit gehalten zu haben, wenn das Bundesverfassungsgericht 2003 urteilte: »Dabei achtet das Grundgesetz – in der Sphäre der Gesellschaft – auch solche religiösen und weltanschaulichen Auffassungen, die ein mit der grundgesetzlichen Wertordnung schwer zu vereinbarendes Verhältnis der Geschlechterbeziehungen dokumentieren, solange sie nicht die Grenzen der staatlichen Friedens- und Rechtsordnung überschreiten. Das Wertesystem des Grundgesetzes einschließlich seines Verständnisses der Gleichheit von Mann und Frau schließt sich nicht vor allen Veränderungen ab, es stellt sich Herausforderungen, reagiert und bewahrt die Identität im Wandel.« (8). Angesichts solcher höchstrichterlicher, opportunistisch ausdeutbarer Rechtsprechung darf man seine Zweifel haben, ob den Bestrebungen orthodox-muslimischer

Kreise, die Trennung von Staat und Religion auf vielfältige Weise zu unterlaufen, zukünftig genügend politischer und juristischer Widerstand entgegen gesetzt werden wird.

Formal anerkennen die beiden großen Kirchen die prinzipielle Trennung von Staat und Kirche in Deutschland, mit einem in religiöser Hinsicht neutralem Staat. Die Kirchen sprechen allerdings listig von »wohlwollender« oder »fördernder« Neutralität. Tatsächlich versuchen sie nach wie vor massiv, ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft geltend zu machen. Dagegen wäre nur bedingt etwas einzuwenden, wenn die Kirchen sich in ihren Forderungen auf ihre eigene Klientel beschränkten. Aber genau das tun sie nicht, sie beanspruchen regelmäßig, ihre Forderungen gesamtgesellschaftlich umzusetzen. Das versuchen sie beispielsweise bei Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, der Präimplantationsdiagnostik, beim kirchlichen Arbeitsrecht, bei der Abfassung von Patientenverfügungen oder beim assistierten Suizid am Lebensende. Sie maßen sich das trotz ständig abnehmender Zahl an Kirchenmitgliedern an. In wenigen Jahren werden weniger als die Hälfte der deutschen Bevölkerung noch Mitglied einer der beiden Kirchen sein, die größte weltanschauliche Gruppe wird dann keiner Konfession mehr angehören. Um diesem drohenden Bedeutungsverlust ihrer Institution und allgemein von Religion überhaupt zu entgehen, pflegen sie freundschaftlichen und strategisch motivierten Kontakt zu den Repräsentanten der jüdischen Gemeinden und ebenso zu den Organisationen einer zugewanderten Religion, dem Islam.

Die Kirchen sowie die kirchenfreundlichen Politiker sehen daher in den in Deutschland lebenden Juden und in den Muslimen, bei letzteren vor allem aufgrund der deutlich größeren Anzahl und des mitunter geradezu aggressiven Bekenntnisses zu ihrem Glauben, zunächst einmal wichtige Bundesgenossen im Kampf um das Wiedererstarken der Religion. Das Bestreben der Kirchen ist es, soweit wie möglich Religion wieder stärker im Bewusstsein der Bevölkerung und überhaupt in Gesellschaft und Politik zu verankern. Die Kirchen haben daher im Islam und darüber hinaus im Judentum Mitstreiter gegen die ungeliebten, mitunter verachteten Humanisten und »Gottlosen« gefunden. Allen drei Religionen kommt alles gelegen, was die Phalanx gegen die Ungläubigen stärkt. Dass der von den Kirchen und der Politik hofierte orthodoxe Islam – was im Weiteren noch zu zeigen sein wird – auch Anspruch auf Gestaltung der Gesellschaft erhebt und insofern später auch in scharfer Konkurrenz zu den Kirchen auftreten wird, verdrängt man offenbar um des vermeintlichen Vorteils eines Bundesgenossen im Kampf um die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Religionen.

Das Judentum hegt bekanntlich keine Missionierungsabsichten, es bedroht insofern nicht unsere Gesellschaftsordnung durch die Religion. Dies ist allein schon der vergleichsweise kleinen Zahl von Anhängern jüdischen Glaubens in Deutschland geschuldet. Der Islam dagegen bedrängt und bedroht in seiner politisch aktiven Variante sehr wohl unser Gemeinwesen. Diese orthodoxe Islaminterpretation strebt die vollständige Einheit von Staat und Religion an und widerspricht damit fundamental den säkularen Vorgaben in unserer Verfassung, die eine Trennung von Staat und Religion vorsehen. Dennoch muss noch einmal betont werden, dass der Islam keineswegs den leitenden Ideen unserer Gesellschaftsordnung und Kultur widersprechen muss, und zwar dann nicht, wenn er als Glaubenslehre auf die spirituelle Komponente beschränkt bleibt, keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit der eigenen Religion erhebt und sich darüber hinaus in den privaten Lebensbereich zurückzieht. Die grundgesetzlich verbürgte Religionsfreiheit toleriert aus guten Gründen, nicht zuletzt des sozialen Friedens wegen, jede weltanschauliche Lehre, sofern sie die Verfassung akzeptiert und damit die Trennung von Staat und Religion beachtet.

Solche reformatorisch-humanistischen beziehungsweise »aufgeklärten« Auffassungen einer islamischen Glaubenslehre werden von Professor Mouhanad Khorchide in Münster entwickelt, von dem Theologen Dr. Abdel-Hakim Ourghi in Freiburg gelehrt und vor allem von der Imamin Seyran Ates in Berlin praktiziert. Die Religionsgemeinschaft der Aleviten, eine dem Islam verwandte, liberale Glaubensrichtung, hat in Deutschland zwischen 500.000 und 700.000 Anhänger. Aleviten legen den Koran ebenfalls nicht wörtlich aus, sondern suchen die Bedeutung hinter den sogenannten Offenbarungen. Sie respektieren auch die Trennung von

Staat und Religion und erkennen vollumfänglich unser Grundgesetz an. Frauen und Männer beispielsweise gelten im Alevitentum als gleichgestellt. In diesem Sinn liberal und aufgeklärt sind auch muslimische Organisationen beziehungsweise religiöse Vereinigungen wie der »Liberal-Islamische Bund«, das »Muslimische Forum Deutschland«, die »Initiative Säkularer Islam« oder der »Verband Demokratisch-Europäischer Muslime«. Diese letztgenannten verfassungsorientierten und daher bemerkenswerten Entwicklungen werden von den derzeit Regierenden und auch von der politischen Opposition bezeichnenderweise weitgehend ignoriert. Die mit Migrationsfragen befassten Politiker und damit indirekt auch die Kirchen arbeiten auf der sogenannten Deutschen Islamkonferenz vorwiegend mit jener orthodoxen Variante des Islam zusammen, die die Formierung der Gesellschaft nach den Regeln des Koran und der Scharia anstrebt.

Die Deutsche Islamkonferenz besteht aus jenen seit Jahren stattfindenden Gesprächsrunden zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland agierenden Vertretern der Muslime und verfolgt vorgeblich das Ziel, die Integration der Muslime in die deutsche Bevölkerung zu fördern. Auf diesen Konferenzen spielen die liberalen Varianten des Islam oder gar Ex-Muslime bemerkenswerterweise eine immer weniger einflussreiche Rolle. Die Politik begründet die bevorzugte Zusammenarbeit mit den orthodoxen muslimischen Organisationen wie zum Beispiel DITIB, ZMD (Zentralrat der Muslime in Deutschland) oder etwa Milli Görüs (größtes Mitglied im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland) damit, dass nur diese als organisierte Ansprechpartner zur Verfügung stünden. Das stimmt – wie später noch ausgeführt wird – inzwischen so nicht mehr. Tatsächlich erhoffen sich die überwiegend kirchennahen Politiker in der Islamkonferenz und damit auch die Kirchen von der orthodoxen, sprich politischen Variante des Islam, wohl eher Unterstützung für ihre eigene Auffassung von der mitbestimmenden Rolle der Religion im Staat.

Diese angemessene Rolle der Kirchen besteht nach wie vor im Einflussnehmen auf Gedankenwelt, Wertvorstellungen und Lebensweise aller in ihrem Wirkungsbereich lebenden Menschen. Da der orthodoxe Islam ebenfalls die Absicht verfolgt, eine führende Rolle im Staat einzunehmen und die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen zu formieren, erhoffen sich die Kirchen durch den Islam eine Bestätigung ihres jahrhundertlang praktizierten Modells der engen Kooperation mit dem Staat. Es ist fast überflüssig zu erwähnen, dass die Kirchen bei dieser Form der jahrhundertelangen »Interessengemeinschaft« stets die Werte und die Politik bestimmende Rolle einnahmen, nicht zuletzt durch Könige und Minister, in deren Köpfen das Christentum fest verankert war.

Insofern betrachten die Kirchen den orthodoxen Islam als ihren quasi natürlichen Verbündeten, weil auch diese Religion den Anspruch erhebt, Mensch und Gesellschaft den Glaubensregeln zu unterwerfen. In der Deutschen Islamkonferenz sitzen maßgeblich inzwischen fast nur noch konservative und orthodoxe Muslime. Einer der wenigen letzten überzeugend auftretenden Vertreter einer offenen und liberalen Gesellschaft, der deutsch-ägyptische Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, verabschiedete sich vor kurzem enttäuscht und resigniert als Teilnehmer an dieser Konferenz. Er begründete seinen Rücktritt mit der auch von anderen Teilnehmern wiederholt gemachten Feststellung, dass sich die Bundesregierung den Islamverbänden geradezu andiene, statt Konzepte und Auffassungen durchzusetzen, die mit einer offenen und liberalen Gesellschaft vereinbar seien (9).

Dem widerspricht ein wenig überzeugender Bericht von Rainer Hermann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der einem bekannten Muster folgt, nämlich den muslimischen Verbänden naiv als Wahrheit abzunehmen, was sie äußern. Die bisher tonangebenden Verbände zeigen sich zwar nach außen dialogbereit und zu Zugeständnissen bereit. Doch innerhalb ihrer Verbände ist ihr Agieren in Wirklichkeit integrationsablehnend und im Falle der DITIB reine AKP- bzw. Erdogan-orientierte Politik (wie noch zu zeigen sein wird). Zwar wird von Vertretern der DITIB eingeräumt, dass sie der türkischen Religionsbehörde unterstellt seien. Zugleich beruft man sich aber angeblich zu Recht auf das Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes, wonach nur die organisierten Gläubigen als Verhandlungspartner des Staa-

tes auftreten dürften. Aber diese existieren in der geforderten Form nicht. Die hier sprechenden Verbände sind politische Organisationen, keine Religionsgemeinschaften. (Diesbezüglich ist ein Verfahren vor den Verwaltungsgerichten anhängig, das hier Klarheit schaffen soll.) Des Weiteren ist an dem Bericht der FAZ die abwegige Deutung des Begriffs des Politischen Islam zu kritisieren. Dieser meint eigentlich den Anspruch des Islam, die Trennung zwischen Staat und Religion aufzuheben, nicht wie der Autor des Artikels referiert, dass damit die allgemeine politische Betätigung eines gläubigen Muslim schon verdächtig sei (10).

Deutlich wurde das Zurückweichen vor den Forderungen der orthodoxen Verbände beispielhaft letztens an einem zentralen Anliegen des Innenministeriums, der Ausbildung des muslimisch-religiösen Personals. Als Minister Seehofer erläuterte, dass zukünftig die Ausbildung von Imamen in Deutschland stattfinden, sodass deren Import aus der Türkei und anderen Ländern nicht mehr erforderlich sei, erklärte ihm ein Vertreter der DITIB kühl, dass sie keine an deutschen Universitäten ausgebildeten Imame einstellen würden. Diese brüske Zurückweisung wurde von Vertretern des Ministeriums bezeichnenderweise wortlos hingenommen, wobei Innenminister Seehofer in dieser Auseinandersetzung offenbar geradezu hilflos wirkte. Für Abdel-Samad war das ein weiterer Beleg, dass die Vorstellungen der konservativen und orthodoxen muslimischen Vertreter mehr oder weniger von der deutschen Politik letztlich akzeptiert würden und sich damit schleichend durchsetzen. Es kämen, so sein Vorwurf, nicht jene Wertvorstellungen zum Zug, die aus der Sicht des Aufnahmelandes zu gelten hätten (siehe auch Anm. 9!).

Welcher Ungeist sich inzwischen auf der Islamkonferenz breit gemacht hat, wird an einem Vorfall am Rande der Veranstaltung deutlich. Abdel-Samad erschien mit sieben Leibwächtern, die ihn bekanntlich seit dem Jahr 2014 rund um die Uhr bewachen müssen; ähnlich stark beschützt wurden übrigens auch Seyran Ates und Ahmad Mansour. Das veranlasste die Vertreterin eines der muslimischen Verbände zu der Äußerung, warum er, Abdel-Samad, so eine »Show abziehen« würde und »ob er Angst vor ihr hätte«. Sie bekam für diese ihn verhöhnende Bemerkung aus der Runde der Teilnehmer auch noch Applaus. Man mag daran erkennen, dass einem eindrucksvollen Verteidiger unserer offenen und liberalen Gesellschaft in schamloser Weise und offenbar unwidersprochen von Seiten des Konferenzgastgebers unterstellt wird, dass seine physische Bedrohung nur eingebildet sei und mit dem islamisch motivierten Terror gegen Kritiker des Islam überhaupt nichts zu tun hätte (11).

Die nachrichtlichen Berichte von ARD und ZDF zum Verlauf und zu den Erfolgen der Islamkonferenzen beschönigen stets die Situation und vermitteln meines Erachtens kein zutreffendes Bild in Bezug auf die Ergebnisse. Deutliche Worte des Psychologen und Extremismusforschers Ahmad Mansour, Teilnehmer der Islam-Konferenz, und die Gründung der »Initiative Säkularer Islam« (mehr dazu in Kapitel 4!) lassen erkennen, wie groß die Kluft tatsächlich ist zwischen den Absichten der konservativen, die Konferenz dominierenden Islamverbände einerseits und den einst formulierten Zielsetzungen der Initiatoren der Islamkonferenzen andererseits. In einem schon älteren Interview aus dem Jahr 2016 äußerte sich Ahmad Mansour gegenüber der Wochenzeitung »Die Zeit« u.a. so:

»Die Entwicklung der letzten drei Jahren gefällt mir nicht. Alle muslimischen Einzelpersonen sind eingeladen worden. Geblieben sind fast nur reaktionäre, konservative Verbände, die über ihre Themen reden und andere nicht zulassen. Salafismus, die Radikalisierung von Jugendlichen, Frauenrechte – alles, was problembelastet ist, wird vermieden. Wer beispielsweise die in muslimischen Familien verbreitete Angstpädagogik kritisiert oder dass den [Koran-]Texten blind gefolgt wird, ohne sie in ihren historischen und lokalen Kontext zu stellen, wird als islamophob diffamiert und mundtot gemacht. ... (wir haben) zum Beispiel darüber diskutiert, ob man den Begriff Islamismus überhaupt verwenden darf, statt etwas dagegen zu tun. ... die säkularen Muslime sind definitiv nicht in der Mehrheit in Deutschland. Aber ob konservativ oder liberal – die Mehrheit der Muslime, die hier in Deutschland sozialisiert ist, fühlt sich nicht von den Verbänden vertreten, die ihre Strukturen in Saudi Arabien oder in der Türkei haben und politische Interessen verfolgen. Das haben wir gerade bei der DITIB wäh-

rend des Putsches in der Türkei miterleben müssen. Wir brauchen in Zukunft ein Islamverständnis, made in Deutschland.« (12).

Es gibt wegen des Verhaltens auf der letzten Islamkonferenz und auch des Auftretens des Innenministers in der Öffentlichkeit gute Gründe anzunehmen, dass sich gegenüber der von Mansour geschilderten Situation bis heute wenig geändert hat. Dem widerspricht nicht das Verbot des extremistischen salafistischen Vereins »Ansaar International« Anfang Mai 2021 durch den Innenminister. Ansaar sammelte Spenden für eindeutig terroristische Gruppen in Syrien, Gaza und Somalia. Auf der Islamkonferenz war Ansaar bisher nicht vertreten.

3. Warum die ungebremste Entfaltung des Politischen Islam das Ende für unsere offene und liberale Gesellschaft bedeutet

Generell muss es uns darum gehen, die an so vielen Stellen gefährdeten Errungenschaften der Aufklärung und die Grundpfeiler und Werte einer offenen und liberalen Gesellschaft zu verteidigen, zu bewahren und wo notwendig weiterzuentwickeln. Um sich gegen eine mittelalterliche, zu Teilen aggressiv auftretende Religion zu wehren, bedarf es daher einer genaueren Betrachtung des orthodoxen Islam, seiner zahlreichen offen und verdeckt agierenden Organisationen, deren Vernetzungen im In- und Ausland, ihrer Finanzierung durch inländische und ausländische Geldgeber, vor allem ihrer langfristigen strategischen Zielsetzungen. Aber auch die Motive und psychologischen Hintergründe, die die gewaltsamen Aggressionen gegen unsere Kultur und Lebensweise erklären können, sind von Interesse.

Um von der Größenordnung der hier lebenden Muslime eine Vorstellung zu haben, nachfolgend ein paar Daten: Die Daten-Plattform »statista« gibt die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime mit 4,4 bis 4,7 Millionen an; die Zahlen stammen aus 2015. Seit dieser Zeit stieg die Zahl der Menschen aus muslimischen Ländern laut »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« um ca. 900.000 auf jetzt 5,3 bis 5,6 Millionen. Davon sind 45 Prozent türkischstämmig, 19 Prozent kommen aus einem arabischsprachigen Land des Nahen Ostens, 8 Prozent aus Nordafrika. Die Zahl der Moscheen und Gebetshäuser wird mit etwa 2800 angegeben (13).

Ein beträchtlicher Teil der insgesamt mehr als fünf Millionen hier lebender Muslime dürfte inzwischen soweit säkularisiert oder dem Glauben gegenüber gleichgültig geworden sein, sodass die Religion für sie allenfalls noch eine Tradition darstellt, aber ohne Anspruch auf ihre strenge Interpretation nach Koran und Scharia. Nach Einschätzung der Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall besuchen etwa 40 Prozent der Muslime keine oder selten religiöse Veranstaltungen, sie werden jedenfalls nicht von den bekannten muslimischen Organisationen – siehe Kapitel 4! – wie etwa DITIB, Zentralrat der Muslime oder etwa dem Islamrat vertreten (14). Auch der arabisch sprechende und über mehrere Jahre aus dem arabischen Raum berichtende Journalist und Autor Constantin Schreiber betont in einem Interview, dass die große Mehrheit der Muslime »Kulturmuslime« seien, die nie oder nur an Ramadan in die Moschee gingen. Aber diese Hinweise können nicht beruhigen. Dieser Teil der Muslime ist überwiegend nicht organisiert und ist von schwer einschätzbarem polit-religiösen Einfluss. Anhand von Studien ist bekannt, dass jedenfalls von einem relevanten Teil dieser Muslime aber auch keine Verteidigung unserer gesellschaftlichen Prinzipien und Werte zu erwarten ist. So konnte der Soziologe Koopmans 2008 in einer Studie zeigen, dass 44 Prozent der Muslime eine fundamentalistische Grundeinstellung aufweisen. Im Zweifelsfall, so ist zu befürchten, werden sie sich mehrheitlich letztlich doch als Muslime verstehen, nicht als Mitglieder einer offenen und liberalen Gesellschaft. Aus Umfragen wird immer wieder deutlich, dass jedenfalls für einen überzeugten Anhänger der muslimischen Kultur und aufgrund einer einst verinnerlichteten Glaubenslehre im Zweifel die religiösen Gesetze über denen des Staates stehen. Auch wenn zwei der nachfolgend in den Anmerkungen genann-

ten Texte schon etwas älter sind, grundlegende Einstellungen bleiben auf Jahre stabil und lassen sich nur schwer, allenfalls langfristig ändern (15).

Definitorische Randbemerkungen: Die pauschale Bezeichnung »Muslim« für jeden aus einem muslimischen Land hier Eingewanderten kann nicht korrekt sein, wenn – wie eben erwähnt – etwa 40 Prozent der hier aus muslimischen Ländern zugewanderten Menschen wenig oder kein Interesse an religiösen Veranstaltungen haben. Es kann sich bei den Zugewanderten tatsächlich um einen Gläubigen handeln, ebenso aber um einen bezüglich seines Glaubens gleichgültig gewordenen Menschen, vielleicht um einen säkular eingestellten oder aber betont sich atheistisch nennenden Menschen. Diese undifferenzierte Ausdrucksweise entspräche der ebenso unzutreffenden Bezeichnung aller Deutschen als Christen. Hinsichtlich der ebenso vielfach verwendeten Begriffe »Islamophobie«, »Islamfeindlichkeit«, »Islamkritik«, »Muslimenfeindlichkeit« und »Muslimenkritik« hat der Politikwissenschaftler und Soziologe Armin Pfahl Traugber sehr differenzierte Definitionen geliefert (16).

Als einzige bekannte muslimische Gruppe haben sich vor allem die Aleviten ausdrücklich und glaubwürdig zum Wertesystem unserer Gesellschaftsordnung, einschließlich der Menschenrechte, bekannt. Dagegen bekundeten anlässlich der letzten Wahl in der Türkei von den in Deutschland lebenden und abstimmungsberechtigten Türken eine signifikante Mehrheit von 64,8 Prozent Zustimmung zu dem Autokraten und erklärten orthodoxen Muslim Recep Tayyip Erdoğan (17).

In ungezählten Regionen Europas haben sich bereits Parallel- und Gegengesellschaften gebildet, in denen mehr oder weniger ein Leben nach den Vorstellungen eines orthodox verstandenen Islam gelebt wird. Zwei Vorfälle der letzten Monate haben schlaglichtartig die Problematik der schon lange zu beobachtenden und schleichend sich vollziehenden Islamisierung in bestimmten Vierteln von französischen, belgischen, deutschen, schwedischen oder zum Beispiel bosnischen Städten wieder aufleuchten lassen: Der Mord an dem französischen Lehrer Paty in einem Vorort von Paris im Oktober 2020 und der Terroranschlag in der Wiener Innenstadt im November 2020 mit vier Toten und über 20 Verletzten. Sehr bedenklich stimmen muss, wie vielfach in den Medien berichtet wurde, dass nach solchen Attentaten insbesondere jugendliche Muslime solche Anschläge mit Beifallskundgebungen mehr oder weniger offen begrüßen, sich mit den Attentätern solidarisch zeigen und damit ihre erklärte Opposition zu unserem Gesellschaftssystem und seinen Werten in geradezu zynischer Weise zu erkennen geben.

Betrachten wir dazu die beiden zuletzt erwähnten Attentate etwas näher. Am 16. Oktober 2020 wurde der französische Lehrer Samuel Paty in der Nähe seiner im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine gelegenen Schule auf offener Straße enthauptet. Der Täter war ein »islamistisch« motivierter 18-Jähriger tschetschenischer Herkunft. Bei seiner Festnahme wurde er erschossen. Es war das fünfte islamische Attentat in Frankreich im Jahr 2020.

Der Geschichts- und Geographielehrer Samuel Paty hatte etwa 10 Tage vorher an seiner Schule, wie im Lehrplan vorgesehen, in zwei verschiedenen Klassen der gleichen Jahrgangsstufe zum Thema Recht auf Meinungsfreiheit unterrichtet. Dazu benutzte er bereits seit einigen Jahren unter anderem die aus der Satirezeitschrift Charlie Hebdo bekannten Mohammed-Karikaturen. Eine muslimische Schülerin, die von dieser Unterrichtsstunde erfuhr, berichtete das ihrem Vater, der daraufhin eine Kampagne in Gang setzte, um das Vorgehen des Lehrers Paty zu verurteilen und zu ahnden. Der Vorfall, der schließlich mit der Ermordung des Lehrers endete, zeigt, dass es bereits ein breites Umfeld gibt, das Unterricht über »kritische« Themen, verbunden mit sachlicher Kritik an muslimischen Verhaltensweisen mit Gewaltandrohungen und tatsächlicher Gewalt beantwortet. Nicht nur französische, inzwischen auch deutsche Lehrer bekennen daher, dass sie bestimmte Themen wie die Evolutionslehre oder Religionskritik, wie sie beispielsweise Voltaire übt, im Unterricht vorsichtshalber nicht mehr behandeln und insofern sich bereits selbst zensierten.

Als Reaktion auf diesen letzten und eine Reihe vorher stattgefundenen Attentate verabschiedete das französische Kabinett ein Gesetzespaket, das »der gefährlichen Ideologie des radikalen Islamismus« (ursprüngliche Formulierung) den Kampf ansagt. Der Begriff »Islamismus« allerdings wurde als zu provokativ empfunden und gestrichen, stattdessen trug das Gesetzesvorhaben danach den Titel »Gesetz zur Stärkung der republikanischen Prinzipien«. Zu den geplanten Maßnahmen zählen (18):

- eine konsequentere Überwachung von religiösen Vereinen;
- Stärkung des Gebots der Neutralität von Staatsbeamten und in bestimmten Bereichen auch von privaten Mitarbeitern, betreffend u.a. das Tragen religiös begründeter Kleidung;
- eine stärkere Kontrolle der Ausbildung der in Frankreich wirkenden Imame;
- Überwachung von Geldern aus dem Ausland nach Spendern und Höhe;
- erhebliche Einschränkung des privat erteilten Schulunterrichts;
- Kampf gegen Zwangsehen, Polygamie und Jungfräulichkeitszertifikate;
- harte Strafen gegen Aufrufe zu Hass und Gewalt gegen namentlich genannte Menschen.

Die von Macron entwickelte sogenannte »Charta« plante unter anderem ein Zulassungs- und Kontrollverfahren für alle Imame, die in französischen Moscheen predigen. Antisemitismus, Homophobie und Frauenbeleidigung sollen zukünftig als Straftatbestände gelten. Ein weiterer Artikel verbietet jede übergriffige Form der Missionierung und verpflichtet, ausdrücklich jeder Form von Gewalt entschieden entgegenzutreten. Des Weiteren besteht eine Verpflichtung zu politischer Zurückhaltung sowie ein Bekenntnis zur Trennung von Staat und Religion. Man möchte meinen, dass es sich bei diesen Forderungen um Selbstverständlichkeiten handeln sollte. Sie tatsächlich durchzusetzen, erscheint mir angesichts des Selbstbewusstseins aufgrund längst erobeter gesellschaftlicher und politischer Positionen und der aggressiven Entschlossenheit der Gegenseite dennoch kaum noch möglich. Auch die katholische Kirche Frankreichs hat Bedenken angemeldet, weil sie mit diesen Maßnahmen auch ihre Aktivitäten bedroht sieht (19). Von Seiten der LINKEN und Teilen der GRÜNEN – übrigens nicht nur der französischen – sind keine klaren, sich von den orthodoxen Muslimen abgrenzenden Bekenntnisse zu den Werten der offenen und liberalen Gesellschaft zu erwarten. Dazu sehen sie offenbar in den muslimischen Migranten auch ein viel zu interessantes Wählerpotential (20).

Generell strebt Macron einen, wie er formuliert, »aufgeklärten Islam« an. Ich halte allerdings einen Erfolg seiner Maßnahmen für wenig wahrscheinlich. Die Maßnahmen kommen zu spät. Die vielen inzwischen »eroberten« Gebiete orthodox-muslimischer Prägung werden von den tonangebenden Fundamentalisten nicht mehr kampflos aufgegeben werden. Mehrere islamische Verbände weigern sich, das »unzweideutige Bekenntnis zu den verfassungsrechtlichen Grundprinzipien« abzulegen, das die neue Grundsatzcharta für einen französischen Islam abverlangt. Hinzu kommen die innenpolitischen Uneinigheiten, die wirkungsvolle Maßnahmen verwässern, wenn nicht zum Scheitern verurteilt werden. Die Kritik insbesondere von der Linkspartei »La France insoumise«, die in dem Vorhaben Islamfeindlichkeit und Stigmatisierung der Muslime sehen, be- und verhindert ebenso entschlossenes Handeln. Das französische Parlament hat das Gesetz »zur Stärkung der Prinzipien der Republik« inzwischen verabschiedet. Von den ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen konnte folglich so manche als wesentlich erachtete Vorschrift nicht durchgesetzt werden.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen werden sich daher weiter verschärfen (21). Dadurch könnte durchaus bei den nächsten Wahlen die rechtsorientierte Partei »Rassemblement National« zur stärksten Kraft aufsteigen und Marine Le Pen Präsidentin Frankreichs werden. Spätestens dann würden die innerfranzösischen Auseinandersetzungen bürgerkriegsähnliche Züge annehmen. Und dies umso mehr als französische Sicherheitsbehörden feststellten, dass inzwischen bereits 150 französische Stadtviertel von Islamverbänden kontrolliert würden, nicht zuletzt aufgrund von Geldern des Golfstaates Katar (22). Dass sich im April 2021 in Frankreich 20 pensionierte Generäle und zahlreiche weitere Militärs in einem Brandbrief an die Öffentlichkeit wandten und vor einem »Zerfall« Frankreichs und vor einem »Bürgerkrieg« warnten, sollte man nicht mit einer abwehrenden Handbewegung und der

Bemerkung quittieren, dass es sich um einen der üblichen »rechtsextremen Warnrufe und Appelle« handle. Mitte Mai ist ein weiterer offener, im Ton noch schärfer gehaltener Brief mit weit über 200.000 Unterschriften junger Soldaten dazu gekommen. In einem urdemokratischen Land wie Frankreich sind solche Aktionen schon als beunruhigend zu bezeichnen.

Der Terroranschlag in Wien 2020 ereignete sich am 2. November 2020. Bei dem terroristischen Amoklauf in einem belebten Lokalviertel der Wiener Innenstadt wurden vier Personen getötet und 23 weitere teils schwer verletzt.

Der allein handelnde Täter war ein 20-Jähriger, der in Österreich geboren wurde und dessen Eltern aus Nordmazedonien stammen. Auch er wurde von der Polizei erschossen. Er war Sympathisant der Terrororganisation »Islamischer Staat«, weshalb die Ermittler die Tat als »islamistisch« motiviert einstufen. Der Täter versuchte in den letzten Jahren wiederholt, sich nach Syrien abzusetzen, um sich dort den kämpfenden Islamisten anzuschließen. Beim letzten Ausreiseversuch wurde er in der Türkei verhaftet und schließlich in Österreich wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation und terroristischen Vereinigung zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Aufgrund einer günstigen Sozialprognose wurde er vorzeitig entlassen, hatte aber ein Deradikalisierungsprogramm zu durchlaufen. Über dessen angeblich positiven Erfolg konnte er offensichtlich die Behörden erfolgreich täuschen. Es kann mit guten Gründen angenommen werden, dass ähnlich wie in Frankreich und in Deutschland auch in Österreich ein nicht unerheblicher Teil der jugendlichen Muslime solchen Attentaten mehr oder weniger offen zustimmen und gutheißen.

Die österreichische Regierung hat daraufhin Mitte November 2020 ebenfalls umfangreiche Gesetzespläne gegen den Terrorismus vorgestellt. Dazu gehört (23):

- ein neuer Straftatbestand »politischer Islam«, um gegen jene vorgehen zu können, die den Nährboden für terroristische Aktivitäten bereiten;
- ein Verzeichnis der in Österreich tätigen Imame zur Beobachtung der Verbreitung extremistischer Ideologien;
- Vereine und Moscheen sollen geschlossen werden können, wenn sie Terrorpropaganda betreiben;
- Terrorismus-Vorbestrafte sollen nach Ende ihrer Haftstrafe strenger überwacht, gegebenenfalls weiter in Haft gehalten werden können;
- es werden auf Terrorismus spezialisierte Staatsanwaltschaften eingerichtet.

Mit »islamistisch« beziehungsweise »Islamismus« ist eine Deutung des Islam gemeint, die eine Ordnung anstrebt, die über den von Menschen gemachten gesellschaftlichen Ordnungen steht. Im Grunde genommen wird damit ein betont orthodox interpretierter Islam verstanden, der von sich behauptet, die einzige gottgewollte und wahre Religion zu sein. Das stellt eine Auslegung des Islam dar, die massiv gegen unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung verstößt. Ein so interpretierter Islam kennt zum Beispiel keine Trennung von Staat und Religion, keine Religionsfreiheit und keine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Die Verwendung des Begriffs »islamistisch« im politischen Sprachgebrauch hat meines Erachtens die Funktion, davon abzulenken, dass letztlich zwischen »islamistisch« und einem »streng orthodox« interpretierten Islam kein Unterschied besteht.

Dieser orthodoxe Islam realisiert das, was inzwischen treffender mit dem Begriff des »politischen Islam« bezeichnet wird. Ausgelöst durch den jüngsten Terroranschlag hat die österreichische Bundesregierung eine »Dokumentationsstelle Politischer Islam« eingerichtet und arbeitet zu diesem Zweck mit Professor Mouhanad Khorchide, einem Vertreter eines aufgeklärt-humanistischen Islam, zusammen. Khorchide ist Leiter des Zentrums für Islamische Theologie und Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Münster. Der Begriff »Politischer Islam« wird als Arbeitsgrundlage wie folgt definiert: »Der Politische Islam ist eine Herrschaftsideologie, die die Umgestaltung bzw. Beeinflussung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von solchen Werten und Normen anstrebt, die von deren

Verfechtern als islamisch angesehen werden, die aber im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten stehen.« (24).

Susanne Schröter, Professorin für Ethnologie an der Universität Frankfurt und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, gibt in ihrem Buch »Politischer Islam – Stresstest für Deutschland« folgende, prinzipiell inhaltsgleiche Definition: »Der politische Islam ist eine Herrschaftsordnung, die einen fundamentalen Gegenentwurf zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten darstellt. Seine Vertreter streben die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft anhand islamischer Normen an. Machtbewusst agieren sie auch in Deutschland, erzeugen eine Vielzahl von Konflikten und setzen unsere Gesellschaft zunehmend einem Stresstest aus.« (25).

Die Chancen Österreichs, den Einfluss des politischen Islam zurückzudrängen, dürften deutlich größer sein als die Frankreichs. Zum einen dürfte der Anteil an entschlossen Widerstand leistenden Muslimen in Österreich kleiner sein. Die politische Situation ist zudem unbelastet von einer kolonialen Vergangenheit. Des Weiteren haben sich in Österreich durch eine viel später erfolgte Zuwanderung noch nicht so viele gesellschaftlich isolierte und verselbstständigte orthodox-muslimisch geprägte Parallel- und Gegengesellschaften gebildet, die ihren jetzigen Entwicklungsstand als zu verteidigenden Etappensieg auf dem Weg in eine islamische Gesellschaft betrachten.

Einen Überblick über die Maßnahmen der europäischen Länder zur Eindämmung des Einflusses des politischen Islam auf unser Gesellschaftssystem, insbesondere hinsichtlich des Schutzes des säkularen Rechtsstaates und des Stopps von Geldzuflüssen aus dem Ausland, gibt ein Beitrag der Zeitung »Die Welt« (26).

Nun gibt es allerdings nicht nur gewaltbereite Salafisten und andere zu allem entschlossene muslimische Extremisten, die ganz offen von einem »Gottesstaat« nach Koran und Scharia träumen und versuchen, diesen hier zu etablieren. Inzwischen haben viele Islamisten, also Anhänger des politischen Islam, zu spüren bekommen, dass ihre Aktivitäten von den Sicherheitsbehörden und nicht zuletzt von den Verfassungsschützern kritisch beobachtet werden und die Ausbreitung und Verwirklichung ihrer Ideen mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. Auch jene deutschen Politiker, die sich als engagierte Vertreter unserer offenen und liberalen Gesellschaft verstehen, stellen sich entschlossen den Versuchen entgegen, aus unserem Gesellschaftssystem einen islamischen Staat zu machen, dessen Bürger nach den Geboten und Verboten von Koran und Scharia zu leben hätten (27). Interessanter- und erfreulicherweise zählen auch nicht wenige liberal denkende Muslime beziehungsweise Ex-Muslime zu jenen, die sich gegen die Islamisierung unserer Gesellschaft entschieden wehren.

Die zuletzt genannte Gruppe entschiedener Verfechter unserer Gesellschaftsordnung machen allerdings auf einen neuen Typ islamistischer Kräfte aufmerksam, die sich nach außen scheinbar legal verhalten und unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung vermeintlich bejahen. Tatsächlich versuchen sie auf diese Weise zunächst nur in Positionen in der Politik, der Verwaltung, der Polizei oder etwa der Medien zu gelangen, um diese später bei passender Gelegenheit in ihrem Sinne zu nutzen beziehungsweise auszunutzen. Diese »legalistisch« genannte Variante des Islamismus unterwandert unsere gesellschaftlichen Strukturen, agiert aber zunächst unauffällig und verdeckt und achtet dabei streng darauf, durch keinerlei illegales Handeln aufzufallen. Das langfristige Ziel der Etablierung von Islam und Scharia in Staat und Gesellschaft verlieren sie dabei keinesfalls aus den Augen. Es handelt sich gewissermaßen um einen »Marsch durch die Institutionen« nach gehabtem Muster. Diese Unterwanderung unserer Gesellschaft gilt es zu erkennen und zu verhindern. Mein Eindruck ist, dass unsere Regierenden, speziell unser derzeitiger Innenminister Seehofer, entweder ob ihrer naiven Einstellung diese Gefahr überhaupt nicht erkennen, oder ganz im Gegenteil langfristig den Kirchen starke religiöse Partner an die Seite stellen möchten, um dem allgemeinen Bedeutungsverlust des Religiösen und der Kirchen in den westlichen Gesellschaften entgegenzuwirken.

Da Vertreter des legalistischen Islam ganz betont durch Straftaten nicht auffallen wollen, ist ihre Beobachtung deutlich schwieriger als zum Beispiel bei gewaltbereiten Gegnern unserer Gesellschaftsordnung. Zum Thema legalistischer Islamismus und auf welche – man muss es so formulieren – arglistige Weise deren Vertreter unsere Gesellschaft zu unterwandern versuchen, äußert sich detailliert und überzeugend auch der Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour in einer Veröffentlichungsreihe, deren erste Folge kürzlich erschienen ist (28). Die Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall machte vor kurzem in einem Vortrag darauf aufmerksam, wie weit der bedrohende Einfluss legalistisch operierender muslimischer Organisationen bereits reicht. Das hier folgende Kapitel führt weiter in diese Problematik ein und das übernächste Kapitel zeigt anhand einer akribisch und seriös recherchierten Studie ein beunruhigendes Beispiel verdeckten Agierens islamistischer und speziell legalistischer Kreise auf.

Mit einer Form des islamischen Terrors hat sich Europa allerdings bereits abgefunden. Es ist der psychologische Terror, dem jene ausgesetzt sind, die Tag und Nacht von Sicherheitskräften bewacht werden müssen, weil sie es wagen, sich kritisch zum Islam zu äußern und Repräsentanten zu kritisieren, die einen orthodoxen und fundamentalistischen Islam in Deutschland und Europa etablieren möchten. Ja selbst die Verurteilung gewalttätiger Anschläge wird von gewissen muslimischen Kreisen als unfreundlicher, wenn nicht »islamophober« Akt denunziert. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die diesem täglichen psychologischen Druck und der drastischen Einschränkung ihrer täglichen Bewegungsfreiheit ausgeliefert werden, sind etwa die bereits erwähnten Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, die Imamin Seyran Ates oder der Psychologe Ahmad Mansour. Dass es sich dabei um Menschen handelt, die aus dem muslimischen Kulturkreis zu uns gekommen sind und die dortigen Verhältnisse besonders gut kennen, macht ihre Aussagen und Warnungen umso glaubwürdiger. Es sind europaweit Hunderte von Autoren, Politiker, Karikaturisten und andere Menschen verschiedenster Nationalität und politischer Orientierung, die dieser niederträchtigen Form täglichen Terrors ausgeliefert sind. Sie machen lediglich von der Meinungsfreiheit Gebrauch, zu der selbstverständlich auch die Religionskritik gehört, einem der grundlegendsten Rechte einer freien Gesellschaft.

Die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo nahm bekanntlich ebenfalls das Recht auf Kunst- und Meinungsfreiheit wahr, als sie die bekannten Mohammed-Karikaturen und dazu kritische Texte veröffentlichte. Ein Großteil der Redaktion hat das, wie wir wissen, mit ihrem Leben bezahlt. Die überlebenden Redaktionsmitglieder zeigen dennoch bewundernswerte Zivilcourage und führen die Zeitschrift im Geiste ihrer getöteten Kollegen weiter. Die Kosten für den täglichen polizeilichen Schutz von ca. 1,2 Million Euro jährlich müssen sie, wie die Frankfurter Allgemeine schreibt, selber tragen (29). Man kann daran erkennen, was dem französischen Staat das grundlegende Recht auf Kunst- und Meinungsfreiheit und die physische Sicherheit seiner Bürger noch wert ist. Oder ist es bereits das Eingeständnis, als Ordnungsmacht inzwischen kapituliert zu haben?

Bleibt noch die Frage anzusprechen, was die Motive sein können, die Ziele des politischen Islam zu unterstützen und wie Hass und Wut zu erklären sind, mit denen terroristische Taten ausgeführt werden. Man muss wohl kein Psychologe sein, um zu vermuten, dass tief sitzende Kränkungen jene Aggressionen erzeugen können, blindlings und ohne Rücksicht sogar auf das eigene Leben einen vermeintlichen religiösen Auftrag in die Tat umzusetzen.

Es wird in vielen Fällen die zu Wut und Hass gesteigerte Einsicht sein, hier nicht das ersehnte Glück gefunden zu haben. Die Sehnsucht nach Wohlstand und einer Familie hat sich nicht erfüllt. Von der Aufnahmegesellschaft fühlt er sich nicht akzeptiert, er ist hier ein Fremder geblieben. Er fühlt sich hier als Opfer, nicht als Gestalter seines Lebens. Aber auch eine Rückkehr in die Heimat verbietet sich aus vielerlei Gründen. Hinzu kommt vielleicht eine nicht verarbeitete Enttäuschung, dass die ihm vermittelte Überlegenheit der muslimischen Länder aufgrund einer angeblich überlegenen Religion sich als Illusion entpuppte. Denn wis-

senschaftlich, technisch und ökonomisch rangieren die muslimischen Länder eher auf der Ebene von Entwicklungsländern. Politisch stellen sie von der westlichen Welt verachtete Diktaturen dar. Und der äußere Reichtum einiger arabischer Länder ist nicht eigener Leistung zu verdanken sondern dem Öl als Geschenk der Natur. Ein vernunftgesteuerter Umgang mit diesen Einsichten und seiner daraus folgenden tiefen Enttäuschung gelingt ihm jedoch nicht.

Es kann auch religiös begründeter Zorn darüber sein, dass hier Menschen leben, die eine andere Religion und Weltanschauung haben und den Islam nicht als die einzig wahre Religion anerkennen wollen, dass Menschen sich hier die Freiheit nehmen, überhaupt keiner Religion anzuhängen oder dass sie sogar die Existenz eines Gottes bezweifeln. Diese geradezu grenzenlose Empörung kann sich einstellen bei Menschen, die von der absoluten Wahrheit und absoluten Überlegenheit ihrer Religion zutiefst überzeugt sind. Es kann der verstörende Anblick von Menschen sein, die sich die – für ihn: gottverachtende – Freiheit nehmen, selbstbestimmt und ohne die Gebote einer Religion zu leben. Ihn irritieren Frauen, die sich ohne Kopftuch und leicht bekleidet zeigen und die gleichen Rechte wie die Männer in Anspruch nehmen. Ihn empören zudem maßlos Menschen, die einst Muslime waren, sich inzwischen vom Islam getrennt haben. Solche Loslösungen bedeuten für ihn eine schwere Beleidigung Allahs. Diese Erfahrungen in einer ihm unbegreiflich bleibenden Welt, seine ihm von Kindheit an indoktrinierte Lehre mit ihrer Ausrichtung auf einen allmächtigen, ihn belohnenden oder bestrafenden Gott können schließlich in einer Verzweiflungstat kulminieren, von der er annimmt, dass sie im Sinne seines Gottes begangen wird.

4. Welche muslimischen Organisationen und Verbände agieren in Deutschland?

Ausgehend von obigen Arbeits-Definitionen des »Politischen Islam« soll jetzt zunächst der Frage nachgegangen werden, welche der muslimischen Organisationen und Vereinigungen, die in der Bundesrepublik Deutschland aktiv sind oder vom Ausland in die Bundesrepublik Deutschland einwirken, diesen Definitionen entsprechen. Dabei wird es nicht nur um jene Verbände gehen, die hier offiziell gemeldet sind. Auch jene sollen ins – kritische – Visier genommen werden, die im Hintergrund wirken, um ihre wahren Zielsetzungen zu verbergen.

Einen Überblick über die islamischen beziehungsweise muslimischen Verbände geben zum Beispiel der »Mediendienst Integration«, »Wikipedia« oder etwa der »Wissenschaftliche Dienst des Bundestags« (30). Was zunächst auffällt, ist die Vielzahl von muslimischen Organisationen und Verbänden verschiedenster Art. In vielen Fällen bestehen allerdings Doppel- und Mehrfach-Mitgliedschaften. Auch haben sich verschiedene Verbände wiederum zu Dachverbänden zusammengeschlossen. Dadurch ergibt sich ein ziemlich unübersichtlicher Aufbau des organisierten Islam. In einem etwas älteren Forschungsbericht »Muslimisches Leben in Deutschland« kommt das »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« zu dem Ergebnis, dass die Verbände zusammen in der Größenordnung von etwa 20 bis 25 Prozent, jedenfalls nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime, erfassen. Über die Finanzierung der Verbände ist ebenfalls wenig bekannt. Ob diese durch Mitgliedsbeiträge oder überwiegend durch Finanzierung aus dem Ausland erfolgt, ist ungeklärt. Vielfach erhalten sie aber auch direkte Zahlungen oder über Projekte Gelder von Bundes- und Landesregierungen.

Von der Vielzahl der in den erwähnten Übersichten aufgezählten Verbände sind die folgenden sechs der Öffentlichkeit durch die Deutsche Islam-Konferenz und durch Aktivitäten und kritische Pressemeldungen mehr als andere bekannt geworden und zählen zu den größten muslimischen Verbänden. Sie versuchen, sich als Vertreter der verschiedenen muslimischen Religionsgemeinschaften auszugeben, um gegenüber Bundes- und Landesregierungen in Bezug zum Beispiel auf islamischen Religionsunterricht und Ausbildung von Religionslehrern als Gesprächspartner anerkannt zu werden. Das Oberverwaltungsgericht Münster entschied jedoch am 9.11.2017: Islamverbände sind keine Religionsgemeinschaften im Sinne des Ge-

setzes. Das Urteil wurde allerdings vom Bundesverwaltungsgericht am 20. Dezember 2018 aufgehoben und dem Oberverwaltungsgericht Münster nochmals zu einer begründeteren Entscheidung vorgelegt.

- **Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB):** Ist der mitgliederstärkste islamische Verein in Deutschland und vertritt inzwischen fast 1000 Moscheevereine. Der Bundesverband ist eng mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet in Ankara verbunden. Sie untersteht damit der türkischen Regierung unter dem Autokraten Erdogan, einem Vertreter des orthodoxen Islam. Die Imame und Religionslehrer der DITIB-Moscheegemeinden werden in der Regel an türkischen Universitäten ausgebildet, vom türkischen Staat für eine befristete Zeit nach Deutschland entsandt, von ihm bezahlt und sind selten der deutschen Sprache mächtig. DITIB wird von den deutschen staatlichen Behörden und den Kirchen oftmals als privilegierter Gesprächspartner behandelt. Die Rolle der DITIB ist jedoch sehr umstritten, da mit ihr die Türkei als ausländischer Staat direkten Einfluss auf das islamische Leben in Deutschland nimmt. So spionierten nach dem Putschversuch 2016 DITIB-Imame Gemeindeglieder aus und meldeten sie, wenn sie verdächtigt wurden, der Gülen-Bewegung nahestehen. Sehr kritisiert wurde auch, dass in den Moscheen für den Erfolg der türkischen Militäreinsätze in Syrien gebetet wurde. DITIB unterstützt das Ziel Erdogans, dass Türken in Deutschland Türken bleiben und hält sie dazu über ihre Imame in einer »türkischen Parallelwelt« (31).

- **Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD):** Der Verband vertritt trotz des hochtrabenden Namens weniger als ein Prozent der in Deutschland lebenden Muslime (Wikipedia). Aiman A. Mazyek ist Vorsitzender des ZMD. Der in der Öffentlichkeit stets präsente Mazyek wörtlich im Fernsehen: »Die Scharia ist mit dem Grundgesetz vereinbar«. Im ZMD sind mehrheitlich nichttürkische Muslime organisiert, mehr Mitglieder und Organisationen arabischer, deutscher und multi-ethnischer Herkunft. Gemeinsam mit dem Islamrat setzt sich der ZMD ein für die Erteilung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen und für eine Ausnahmegenehmigung für das Schächten in Deutschland. Dem ZMD wird oft vorgeworfen, dass sein Ziel die Errichtung einer islamischen Gesellschaft in Deutschland sei. Auf Internetseiten des ZMD ist zu lesen, dass die Einhaltung von Rechtsnormen eines nicht-islamischen Rechtsstaats nur solange geboten sei, wie diese nicht im Widerspruch zum Islam stehen. Ein Mitgliedsverein ist die Deutsche Islamische Gemeinschaft (DMG) »Milli Görüs«, die vom Verfassungsschutz als deutscher Ableger der islamistischen Muslimbruderschaft angesehen wird. Darüber hinaus bestehen weitere vielfache Querverbindungen zu den Muslimbruderschaften, ferner auch Verbindungen zu den rechtsextremen türkischen »Grauen Wölfen« (32). Ebenfalls Mitglied und vom Verfassungsschutz beobachtet ist das schiitisch-fundamentalistisch einzuschätzende »Iranische Zentrum Hamburg« (IZH). Das Argument, die Mitgliedschaft fundamentalistischer Organisationen und einzelner Personen diene dem »Heranführen an die Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft«, dürfte eine reine Schutzbehauptung sein (33).

- **Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR):** Der IR ist ein islamischer Dachverband in Deutschland. Er wurde 1986 als bundesweite Koordinierungsinstanz und gemeinsames Beschlussorgan islamischer Gemeinschaften in Berlin gegründet. Dessen größte Mitgliedsorganisation ist die vom Verfassungsschutz beobachtete Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, die auch den Vorsitzenden stellt. Der IR versteht sich als Interessengemeinschaft der in Deutschland lebenden Muslime. Zu ihren Themen und Aktivitäten gehören die Bereiche Theologie, Glaubensunterweisung für Jugendliche und Erwachsene, die Durchführung von Gottesdiensten und anderen religiösen Veranstaltungen. Der IR strebt die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit die Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften an. Gemeinsam mit dem Zentralrat der Muslime betreibt er Lobbyarbeit für die Erteilung Islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen und für eine Ausnahmegenehmigung für das Schächten in Deutschland (34).

- **Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)**

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) ist der älteste und einer der größten islamischen Dachverbände Deutschlands. Der Verband bekennt sich zur Richtung des sunnitischen Islam. Ihm gehören um die 300 Moscheegemeinden an. Der VIKZ ist der einzige islamische Verband, der schon seit den 1980er-Jahren Theologen in Deutschland ausbildet. Er stellt seinen Mitgliedern Räumlichkeiten zur Verfügung und ist aktiv in der Jugend- und Bildungsarbeit tätig. In verschiedenen Veröffentlichungen wird der Vorwurf erhoben, dass der Verein in seiner Ausbildung von Theologen streng Scharia-orientiert indoktriniere und gegen den Westen und unser Grundgesetz agitiere. Experten betonen, dass es schwer sei, einen wahrheitsgetreuen Einblick zu bekommen. »VIKZ-Mitglieder agieren nur unter sich, sie tragen ihre Lehren nicht nach außen. Das Ganze hat Ähnlichkeit mit einer Sekte«, sagt der Islamwissenschaftler Mathias Rohe (35).

- Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG): Es handelt sich um eine europaweit aktive Organisation. In Deutschland besteht sie aus 16 regionalen Sektionen und dürfte die zweitgrößte muslimische Organisation in Deutschland sein. Der Verfassungsschutz auf Bundes- und mehrere Ämter auf Landesebene berichten über verfassungsfeindliche Tendenzen, betonen jedoch, dass es sich nicht um eine Organisation gewaltbereiter Islamisten handle. Die Organisationsstruktur ist schwer zu durchschauen, worin Kritiker den Versuch einer bewussten Verschleierungsstrategie vermuten. Milli Görüs gehört dem Islamrat an und ist dort der größte Verband. Durch seine Mitgliedschaft im Islamrat nimmt Milli Görüs auch an der Deutschen Islam-Konferenz teil. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg heißt es u.a.: »Ihre legalistische Strategie verfolgt das Ziel, normativen Vorgaben der Religion innerhalb der bestehenden Rechtsordnung langfristig Geltung zu verschaffen und sie gesellschaftspolitisch zu verankern. Hierzu beruft sich die IGMG insbesondere auf das Grundrecht auf Religionsfreiheit und nutzt die Strukturen des demokratischen Rechtsstaats. Ein weiteres Ziel besteht darin, sich für Politik und Gesellschaft als Ansprechpartnerin für Belange des Islam beziehungsweise der Muslime insgesamt zu etablieren. Die Durchsetzung einer „islamischen Ordnung“ würde jedoch wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Kraft setzen.« (36).

- Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB): ATIB ist ein Dachverband türkisch-islamischer Kulturvereine in Europa mit Sitz in Köln und Ablegern in verschiedenen europäischen Ländern. ATIB ist Gründungsmitglied im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und laut Medienberichten bis heute die mitgliederstärkste Organisation im ZMD. Wegen der Nähe des ATIB zu den rechtsextremistischen Grauen Wölfen steht dieser unter Beobachtung verschiedener Verfassungsschutzämter. Der Ableger in Österreich ist dort der größte muslimische Verband und gilt als ausländischer Arm der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet und untersteht damit der türkischen Regierung unter Erdogan. Insofern ist er als Pendant zur DITIB in Deutschland zu betrachten, deren Imame ebenfalls aus der Türkei kommen.

Aus den Auflistungen der oben genannten Verbände geht meist nicht hervor, dass im Hintergrund zwei radikale Vereinigungen mitwirken und zum Teil sogar zu den Mitgliedern verschiedener Verbände zählen: Die Grauen Wölfe und die Muslimbrüder.

- Graue Wölfe: Die Bundeszentrale für politische Bildung betitelt einen umfangreichen Bericht: »Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland.« Darin führt sie weiter aus: »Seit mehr als fünf Jahrzehnten existiert in der Türkei eine ultranationalistische, rassistische und gewalttätige Bewegung, deren Traditionen weit in die Geschichte zurückreichen. Mit zahlreichen Vereinen und mehreren Dachverbänden ist sie auch in Deutschland präsent. Die sogenannten "Grauen Wölfe" verstärken Spannungen unter türkeistämmigen Menschen und richten sich gegen das im Grundgesetz formulierte Prinzip der Menschenwürde – in den vergangenen Jahren haben sie ihre Aktivitäten verstärkt.« (37). Die französische Regierung verbot die Grauen Wölfe im November 2020. Die Bundesregierung, die aufgefordert wurde, diese Bewegung, der ca. 18.000 Personen allein in Deutschland zugerechnet werden, zu verbieten, lehnte das ab. Man darf schon fragen, warum türkische faschisti-

sche Organisationen erlaubt sind, vergleichbare deutsche Bewegungen mit deutlich kleineren Anzahlen – sicher zu Recht! – verfolgt und verboten werden (38).

- **Muslimbruderschaft:** Einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden ist die Muslimbruderschaft 2012, als mit Muhammad Mursi erstmals ein Vertreter der Muslimbruderschaft ins ägyptische Präsidentenamt einzog. Ein Jahr später wurde die Regierung gestürzt und Mursis Partei als Terrororganisation eingestuft. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt in einem umfangreichen Bericht: »Die Muslimbruderschaft ist die älteste existierende islamistische Organisation. Sie hat zahlreiche andere islamistische Bewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts inspiriert. In ihrem Islamverständnis ist die Religion den von Menschen gemachten Gesetzen übergeordnet; eine Trennung von Staat und Religion lehnt die Organisation kategorisch ab.« (39).

Des Weiteren sind in Deutschland drei muslimische Religionsgemeinschaften aktiv, die auch als solche anerkannt sind:

- **Gülen-Bewegung:** Die Gülen-Bewegung (auch Hizmet-Bewegung genannt) ist eine übernationale religiöse und soziale Bewegung, gelenkt von dem islamischen Geistlichen Fethullah Gülen. Aus Gründen der Verfolgung ist er aus der Türkei geflüchtet und lebt derzeit in den USA. Die Bewegung hat mehr als vier Millionen Mitglieder, verfügt vor allem über ein weltweites Netzwerk von Erziehungseinrichtungen mit über 200 Schulen. In Deutschland tritt seit Anfang 2014 die sogenannte »Stiftung Dialog und Bildung« auf, die in Berlin als rechtsfähige Stiftung eingetragen ist. Die Gülen-Bewegung vertritt einen konservativen Islam. Hinsichtlich ihrer Zielsetzung ist sie, insbesondere aufgrund ihrer schulischen Aktivitäten, mit berechtigtem Misstrauen zu betrachten (40).

- **Ahmadiyya-Gemeinschaft:** Eine streng konservative islamische Glaubensgemeinschaft. Koran und Sunna (Handlungsweise des Propheten) werden wörtlich verstanden. Damit teilt sie die Welt in Gläubige und Ungläubige ein. In Deutschland ist sie bereits seit den 1920er-Jahren vertreten. Bekannt ist ihre Moschee in Berlin-Wilmersdorf. Ihre Anzahl an Mitgliedern in Deutschland wird auf ca. 35 000 geschätzt.

- **Aleviten:** Aus dem Koran werden keine Handlungsanweisungen abgeleitet. Der Genuss von Alkohol und Schweinefleisch ist nicht verboten. Frauen und Männer gelten im Alevitentum als gleichberechtigt, es gibt keinen Kopftuchzwang. Aleviten erkennen das Grundgesetz vollinhaltlich an und gelten überwiegend als integriert. In Deutschland leben mehr als eine halbe Million Aleviten.

- **Ibn-Rushd-Goethe-Moschee:** In der von Seyran Ates gegründeten Moschee beten Männer und Frauen zusammen, Frauen mit und ohne Kopftuch. Es kommen dort u.a. Schiiten, Sunniten und Aleviten zusammen, auch Juden und Christen sind willkommen. Bemerkenswert ist der Hass, der der Gründerin von Seiten der orthodoxen Vertreter des Islam entgegenschlägt.

Weitere betont liberal und grundgesetzlich orientierte muslimische Verbände sind:

- **Liberal-Islamischer Bund:** Der Bund vertritt liberale Positionen, befürwortet zum Beispiel die gleichgeschlechtliche Ehe und lehnt eine religiöse Verpflichtung zum Tragen des Kopftuches ab. Vorsitzende ist Lamya Kaddor.

- **Muslimisches Forum Deutschland (MFD):** Ist eine Vereinigung von Persönlichkeiten, die nach eigenen Angaben den humanistisch orientierten Muslimen in Deutschland eine Stimme geben will. Zu ihnen gehören u.a. die Muslime Ahmad Mansour, Mouhanad Khorchide, Lamya Kaddor (41).

- **Initiative Säkularer Islam:** Im Gründungstext vom November 2018 heißt es: »Wir sind besorgt über eine zunehmende Muslimfeindlichkeit, gleichzeitig aber auch über einen zunehmenden Islamismus. ... Wir wollen uns nicht abfinden mit der wachsenden Macht eines demokratiefernen, politisierten Islam, der die Deutungshoheit über den gesamten Islam beansprucht.« Zu seinen Mitgliedern beziehungsweise ihren Unterstützern gehören u.a. Cem Özdemir (GRÜNE), Lale Akgün (SPD), Necla Kelek, Hamed Abdel-Samad, Seyran Ates und Ali Ertan Toprak (CDU) (42).

- **Verband Demokratisch-Europäischer Muslime (VDEM):** Vertritt ein weltoffenes und liberales Verständnis von der Religion des Islam. Bekannte Mitglieder sind der Politikwissenschaftler Bassam Tibi sowie die Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek.

Die obigen Übersichten führen somit einerseits Verbände auf, die ihre enge Anbindung an einen konservativ interpretierten Islam erkennen lassen und sich allenfalls vage über ihr Verhältnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland äußern. Andere Verbände bekennen sich eindeutig zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Tonangebend in der deutschen Innenpolitik sind derzeit immer noch die konservativ und orthodox orientierten Verbände, die über Dachverbände oder gegenseitige Mitgliedschaften vielfach miteinander vernetzt sind. Sie vertreten durchweg die Ziele des politischen Islam.

5. »Islamischer Lobbyismus« – Ein Beispiel für verdecktes Agieren, unbekanntes Vernetzung, staatliche finanzielle Förderung und politisch naives Gewährenlassen

Es wurde bereits mehrmals angedeutet, dass bestimmte islamische beziehungsweise islamistische Organisationen nicht öffentlich auftreten, sondern verdeckt im Hintergrund arbeiten. In welcher Form das geschieht und welche unbekanntes Vernetzungen zwischen diesen Organisationen und den öffentlich bekannten, hier teilweise schon erwähnten Verbänden existieren, hat der Politikwissenschaftler Carsten Frerk in einer umfassenden und detailreichen Studie »Islamischer Lobbyismus« beschrieben. In einem einleitenden Text heißt es: »In den vergangenen zwanzig Jahren haben sich in Deutschland muslimische Organisationen etabliert, die einen ausdrücklich gesellschaftlichen und politischen Anspruch haben. Für diese Entwicklung des politischen Islam kann die Erfolgsgeschichte des muslimischen »Verein Inssan für kulturell Interaktion e.V.« in Berlin als beispielhaft angesehen werden. Dazu ein Bericht über Gründung, Turbulenzen, Vernetzungen, Querverbindungen, juristische Türöffner, religiösen Schulterschluss, Verfassungsschutz, Experten, Politiker und schließlich anerkannter Träger der freien Jugendhilfe.«

Carsten Frerk zeigt in dieser aufwändig recherchierten Studie auf, wie weitverzweigt und inzwischen fest verankert orthodoxe muslimische Kreise in Deutschland bereits aktiv sind, und wie willfährig und mit viel Geld deutsche Regierungen, verschiedene deutsche Stiftungen und die evangelische Kirche dieses Treiben wider unsere Verfassung und Gesellschaftsordnung unterstützen. Die Studie zu den muslimischen Organisationen und deren Ziele zur Errichtung einer Gesellschaft nach den Vorstellungen von Koran und Scharia zeichnet sich durch große Sachlichkeit und eine Fülle von Belegen aus. Sie macht deutlich, wie weit Deutschland bereits unterwandert ist von einer weiteren politisch agierenden Religion, die inzwischen fest in gesellschaftliche und politische Strukturen eingebunden ist und sich der gezielten politischen und finanziellen Unterstützung unserer Regierenden erfreuen kann.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet man unter Punkt »13: Fazit« dieser sehr ausführlichen Studie (43). Wie unredlich und scheinheilig sich das Verhalten des Berliner Senats

im Umgang mit Vertretern des politischen Islam äußert, geht zum Beispiel aus Punkt 5 der Ergebnis-Zusammenfassung der Frerk'schen Studie hervor. Dort heißt es:

»In der Ausrichtung auf formale Kriterien (u. a. Verbales Bekenntnis zum Grundgesetz) ist Inssan erfolgreich, da die Kultur- und Sozialpolitik nur auf eben diese Formalien achtet. Wenn an der Tür einer Organisation „Demokratie“ steht, schaut niemand dahinter. Wie es der zuständige Referent in der Kulturverwaltung es einmal auf den Punkt brachte: „Wir sind nicht die Inquisition.“ . . .

Diese formale Betrachtung hat dann auch zur Folge, dass in Berlin Widersprüchliches passiert. So hat der Imam der Kölner Begegnungsstätte / Dar al-Salam Moschee, Mohammed Taher Sabri, 2015 vom Regierenden Bürgermeister den Verdienstorden des Landes Berlin bekommen – für die engagierte Flüchtlingshilfe der Moscheegemeinde - und wurde im gleichen Jahr im Berliner Verfassungsschutzbericht als „islamistisch“ genannt.«

Meine persönliche Einschätzung ist, dass der Prozess dieser weithin unbeachteten Unterwanderung bereits so weit gediehen ist, dass er ohne schwerwiegende innergesellschaftliche Auseinandersetzungen wohl nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ein vergleichender Blick nach Frankreich lässt die weitere Entwicklung erahnen. Eine nähere Betrachtung zeigt, wie krakenhaft der Islam bereits die französische Gesellschaft umklammert hat und dabei relevante Teile der französischen Linksintellektuellen auf seiner Seite weiß. Der derzeitige Aktivismus der französischen Regierung aufgrund der Ermordung des Lehrers Samuel Paty soll vergessen machen, dass die Regierung Macron bisher diesem Treiben eher gleichgültig bis wohlwollend zugesehen hat. Energische und vor allem nachhaltige Maßnahmen gegen die Vielzahl von muslimisch-religiös motivierten Attentaten gegen Personen und Sachen blieben bisher aus. Im Gegenteil – jede Form von Islamkritik wurde bisher von den französischen Gerichten – offenbar auf höhere Weisung – als islamfeindlich streng verfolgt und geahndet. Die Folge davon war praktisch ein Gewährenlassen des Ausbreitens einer religiös-politisch dominanten Kultur. Deren erkennbar verfolgtes Ziel ist es, zunächst viele parallel existierende gesellschaftliche Bezirke nach polit-islamischem Muster zu formieren, die dann, wenn diese von relevanter Anzahl, Größe und Macht sind, zu einer islamisch geprägten Gesamtgesellschaft zu vereinen. (Siehe auch in den Anmerkungen 19, 20 und 22!)

Zu dieser Strategie gehört vor allem das schrittweise Übernehmen von gesellschaftlich und politisch relevanten Positionen in Gesellschaft und Politik, gemäß dem bewährten Muster des Marsches durch die Institutionen. Wie das geschehen kann, hat zum Beispiel auch Michel Houellebecq in seinem 2015 erschienenen und viel beachteten Roman »Unterwerfung« meisterhaft beschrieben und prognostiziert. In ähnlicher Form hat Constantin Schreiber, Journalist, Autor und ARD-Tagesschausprecher, die Vision einer muslimischen Bundeskanzlerin in einem Roman entwickelt (44). Die Entwicklung in Deutschland ist sicher noch nicht so weit wie in Frankreich gediehen, aber aus Sicht der Anhänger des politischen Islam auf einem erfolgversprechenden Weg. An so manchem asiatischen oder arabischen Staat konnte in den letzten Jahren beobachtet werden, wie die Umwandlung in eine religiös extrem unduldsame Herrschaft durch Imame, Mullahs und Ajatollahs funktioniert. Im muslimischen Pakistan zum Beispiel gilt Gotteslästerung heute als ein schweres Verbrechen und wird mit dem Tode bestraft. In muslimischen Ländern wie Iran oder Saudi-Arabien ist es ebenso wenig noch möglich, sich gefahrlos als Nichtgläubiger erkennen zu geben. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, in welche religiöse Barbarei Afghanistan nach dem Abzug des letzten Nato-Soldaten abgleiten wird. Vor der Machtübernahme durch islamisch geprägte Machthaber verfügten die Einwohner dieser nur beispielhaft genannten Länder, insbesondere deren Frauen und Mädchen, über signifikant mehr persönliche Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten. Der Westen ist offenbar nicht gewillt, die personellen und psychischen Kosten eines Krieges zu tragen, auch wenn es um die eigenen Werte und die eigene Sicherheit geht.

Mich bewegt die Frage, wie und warum es so weit kommen konnte, dass wir uns heute in Deutschland und Europa einer Situation ausgeliefert sehen, in der wir um die Früchte der

Aufklärung und die Werte einer offenen Gesellschaft in höchstem Maße besorgt sein müssen. Warum sind die Vorherrschaft der Vernunft vor magischem Denken, nämlich Rationalität und wissenschaftlichem Denken, die Trennung von Staat und Religion, nämlich Säkularität, warum Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte bedroht, in bestimmten Bezirken größerer Städte unseres Landes bereits nur noch Fremdworte ohne gesellschaftlich relevante Bedeutung?

Das mag sich erklären aus der Hoffnung so mancher Politiker, die in naiver Weise allein auf die Kraft der Vernunft und die besseren Argumente in der Auseinandersetzung mit einer mittelalterlich-religiös geprägten Kultur setzen. Das hängt – wie oben schon erläutert – wesentlich auch mit den Kirchen zusammen, die in einer weiteren Religion einen willkommenen Verbündeten sehen im Kampf gegen den Bedeutungsverlust des eigenen Glaubens. Den Vertretern der christlichen Kirchen kommt sehr entgegen, dass eine weitere Glaubenslehre zu uns gekommen ist, die Religion wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein gehoben und ihr wieder Bedeutung und Einfluss verliehen hat. Der Islam ist eine Religion, die ebenso wie die Kirchen finanzielle und gesellschaftliche Forderungen an den Staat erhebt und damit die schon immer bestehenden Ansprüche der beiden Großkirchen als legitim erscheinen lassen. Kritik der Kirchenoffiziellen an Aussagen und Absichten dieser Religion, und wäre diese Kritik noch so berechtigt, käme daher nie über ihre Lippen. Hinzu kommt, dass die Kirchen durch eine weitere Religion die Front gegen die ungeliebten Humanisten und argwöhnisch beäugten »Gottlosen« gestärkt sehen. Die Kirchen haben offensichtlich ihre Gründe, warum sie sich jeglicher Kritik am Islam und seinen politisch ambitionierten Vertretern enthalten.

Eine sehr befremdende politische Entscheidung – um es zurückhaltend zu formulieren – traf Innenminister Seehofer, als er im Februar 2020 die »Unabhängige Expertengruppe gegen Muslimfeindlichkeit (UEM)« einrichtete, unter anderem aufgrund der Forderung des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek. Aufgabe dieser Expertengruppe ist es, Erscheinungsformen von Muslim- und Islamfeindlichkeit zu analysieren und zu bekämpfen. Innerhalb der berufenen Expertengruppe spielt die Organisation CLAIM (steht für »Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit«) eine bedeutende Rolle. Nach Recherchen des Politologen Carsten Frerk spielte der Verein Inssan (arabisch: »Mensch«) eine maßgebliche Rolle bei der Gründung von CLAIM (ausführlicher in der oben erwähnten Studie von Frerk, s. Anmerkg. 43!). Inssan wird vom Verfassungsschutz der Gruppierung der Muslimbruderschaft zugerechnet, sein Geschäftsführer ist Mohamad Hajjaj. Dieser war in verschiedenen Vereinen aktiv, die vom Verfassungsschutz als islamistisch bewertet werden, ist aber zugleich auch Mitglied in der Expertengruppe gegen Muslimfeindlichkeit (45, 46). Inssan, eng verflochten mit CLAIM, erhielt seit 2010 vom Land Berlin und der Bundesregierung fast 1,4 Mill. Euro. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass CLAIM beziehungsweise die oben erwähnte Expertengruppe das Ziel verfolgen, jedwede Kritik am Islam und am Islamismus zu diskreditieren. Terroranschläge, Messerattacken, Massaker im Namen des Islam oder Hinrichtungen von Islamfeinden vor laufender Kamera hätten – so die Auffassung der Expertengruppe – nichts mit dem real existierenden Islam zu tun. Dieser sei tatsächlich friedliebend und tolerant. Diese phrasenhaften Bekundungen sind angesichts ihres sonstigen Verhaltens ganz offenbar nicht mehr als bloße Lippenbekenntnisse.

In einer Zeitungsschlagzeile ist es so formuliert worden: Innenminister Seehofer hat mit der Einrichtung dieser Expertengruppe dem politischen Islam geradezu Tür und Tor geöffnet. Ist die Besetzung und die Zielsetzung dieser Expertengruppe der Uninformiertheit oder gar Unbedarftheit des Innenministers zuzuschreiben? Eigentlich nicht vorstellbar. Könnte es sein, dass Herr Seehofer das Ende seiner politischen Laufbahn mit dem Ruf krönen möchte als der große Versöhner zwischen dem Islam, vertreten durch orthodox-muslimische Verbände, und dem »christlichen« Deutschland in die Geschichte der Bundesrepublik einzugehen?

Ich verhehle meinen Pessimismus hinsichtlich unserer zukünftigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung nicht. Ich frage: Werden etwa die sachkundigen islamkritischen Werke des deutsch-ägyptischen Politikwissenschaftlers Hamed Abdel-Samad beachtet? Wird die

empirisch abgesicherte Kritik des Professors für Soziologie und Migrationsforschung, Dr. Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin, an den fundamentalistischen Strömungen im Islam überhaupt wahrgenommen? Und um nur ein weiteres Beispiel unter vielen weiteren zu nennen: Führen die beunruhigenden Erkenntnisse von Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Universität Frankfurt zu irgendwelchen Folgerungen in der deutschen Politik? Selbst die Imamin Seyran Ates in Berlin rügte wiederholt die Politik und die Kirchen ob ihrer naiven bis gleichgültigen Einstellung hinsichtlich der Aktivitäten der Vertreter des politischen Islam und ihrer Organisationen (47).

Geradezu symptomatisch für das Desinteresse des Berliner Senats an der liberalen Variante des Islam, wie sie die Imamin Seyran Ates in Berlin entwickelt hat und praktiziert, ist die brüske Ablehnung, sie im Beirat des neu gegründeten »Institut für Islamische Theologie« an der Humboldt Universität Berlin mitwirken zu lassen (48). Ihre als »aufgeklärten Islam« zu bezeichnende Auffassung, die u.a. auch von Mouhanad Khorchide an der Universität Münster entwickelt und vertreten wird, ist durchweg kompatibel mit unserer Verfassung. Sollte ihre Mitwirkung im Beirat des Islamischen Instituts als Zumutung gegenüber den konservativen und orthodoxen Islamvertretern betrachtet werden? So muss es wohl gesehen werden. Tatsächlich geht es wohl den Vertretern des politischen Islam um eine weitere gesellschaftlich und politisch nutzbare Position, ohne die »Störfaktoren« Kritische Korananalyse, Aufklärung und Grundgesetz. Zweifel am uneingeschränkten Bekenntnis zu unseren Werten und ihrer Verteidigung gegen eine allmähliche Aushöhlung können zumindest bei einem Teil des derzeit regierenden Berliner Senats schon aufkommen. Der jetzige Justizsenator beispielsweise möchte das in Berlin geltende Neutralitätsgesetz, das das Land Berlin und seine Beschäftigten zu weltanschaulich-religiöser Neutralität verpflichtet, schrittweise aushebeln, um es schließlich ganz abzuschaffen. (49)

6. Bezeichnende Beispiele feigen wegduckenden Verhaltens – Der politische Scherbenhaufen anlässlich der Einweihung der Großmoschee in Köln-Ehrenfeld und die scheinbar epidemische Verbreitung der Chlorallergie unter muslimischen Mädchen

Den folgenden Text zur Einweihung der Moschee in Köln-Ehrenfeld hatte ich bereits im Herbst 2018 veröffentlicht.

Wie naiv, wie blauäugig, wie vorsätzlich sich blindstellend deutsche Politiker im Umgang mit Vertretern des skrupellos zelebrierten politischen Islam sich verhalten, das wurde bei der Einweihung der Großmoschee in Köln-Ehrenfeld am 30. September 2018 schlaglichtartig deutlich. Es war eine perfekt inszenierte, in türkischer Sprache zelebrierte Politshow durch die aus Ankara gesteuerte Organisation DITIB, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion. Dem islamistischen Diktator Erdogan wurde seinerzeit Gelegenheit gegeben, einen weiteren polit-religiösen Außenposten zu eröffnen. Dieser Mann begreift sich als Präsident auch der Türken in Deutschland und der Deutschen mit türkischer Abstammung. Und viele, leider wohl eine relevante Größenordnung unter ihnen, jubeln ihm in dieser Rolle zu. Als Bekenntnis zu unserem Gesellschaftsmodell kann eine solche Haltung gewiss nicht gedeutet werden.

Die Einweihung der Moschee erfolgte ohne jede Beteiligung von Vertretern Deutschlands, jenes Landes, das diesen dort versammelten Menschen die neue Heimat bedeuten sollte. Tatsächlich will eine beträchtliche Anzahl dieser hier eingewanderten Menschen muslimischen Glaubens keine Integration. Sie bilden vielmehr Parallel- und Gegengesellschaften, kleine Staaten im Staat. Umfragen ergaben und ergeben wiederholt, dass einem Drittel bis zur Hälfte unter ihnen religiöse und kulturelle Gebote wichtiger sind als deutsche Gesetze und die Werte der Aufklärung wie Humanismus, Säkularisierung, Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte.

Langfristig haben ihre aus Ankara finanzierten und vielfältig unterstützten Vertreter der DITIB ganz offenkundig das Ziel, hier in Deutschland und schließlich in Europa den Islam als herrschende religiöse Ideologie zu installieren. Aber nicht nur DITIB, auch Milli Görüs, der ZMD oder etwa die Gülen-Bewegung verfolgen mehr oder weniger verdeckt die gleichen Absichten. Sie wollen hier ihre mitgebrachte Religion und ihre Kultur leben und weiter verbreiten. Das liberale und bis zur Selbstaufgabe tolerante Deutschland und Europa bieten ihnen eine willkommene ökonomische und politische Basis. Die Aufforderung zur Integration hören diese Verbände sehr wohl. Sie haben erkennbar kein Interesse daran.

Dem Ziel einer eigenständig bleibenden Ethnie und Kultur sind sie inzwischen ganz offensichtlich ein erhebliches Stück näher gekommen – dank Naivität oder gar Gleichgültigkeit weiter deutscher Kreise, aber auch dank bewusster politischer und finanzieller Förderung durch Politiker, die von einer wie selbstverständlich funktionierenden multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft träumen.

Die Stadt Köln, auch das Land Nordrhein-Westfalen, waren über Jahre bemüht, die vielen juristischen und politischen Steine aus dem Weg zu räumen, die der Errichtung dieser Moschee im Wege lagen. Anlässlich der Einweihung standen ihre Vertreter wie begossene Pudel davor und konnten noch nicht einmal ein Grußwort loswerden. Die Politiker, die sich im guten Glauben für den Bau der Moschee eingesetzt hatten, sind schlicht nur ausgenutzt worden. Was für ein ernüchterndes, geradezu niederschmetterndes politisches Ergebnis in Anbetracht der jahrelangen Bemühungen um Eingliederung, Anerkennung einer anderen Religion, ja um alles das, was mit Integration gemeint ist und angestrebt wird. Ralph Giordano, inzwischen verstorben, der als jüdischer Mensch den Holocaust überlebte und alles andere als ein »Rechter«, wie man ihm vorwarf, war schon vor über einem Jahrzehnt ein vehementer Kritiker des Baus dieser Moschee und sagte »Unfrieden und Unruhe« voraus. Er musste sich vom damaligen CDU-Oberbürgermeister Schramma rechtsextremistische Einmischung vorwerfen lassen. Giordano hat jedoch mit seinen Warnungen und deren Begründungen recht behalten.

Dabei ist zuzugeben, dass der Bau ein imponierendes Gebäude von eindrucksvoller Ästhetik darstellt, errichtet von dem Kirchenarchitekten Paul Böhm. Die Gestaltung und die Materialien symbolisieren Offenheit und Transparenz. Als außenstehender Betrachter assoziiert man aufgeklärte, zumindest heutigem Denken angepasste Formen des Islam, wie sie zum Beispiel von Professor Mouhanad Khorchide an der Universität Münster, von dem Theologen Dr. Abdel-Hakim Ourghi an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg oder von der Imamin Seyran Ateş in Berlin entwickelt und erprobt werden. Doch dafür stehen weder die hier in Deutschland tonangebende DITIB, noch gar ihr Protagonist in Ankara. Im Gegenteil – sie bekämpfen diese Bemühungen in Richtung Moderne erbittert, fürchten sie doch nichts mehr als den Verlust ihres orthodox-religiösen, kulturellen und letztlich politischen Herrschaftsanspruchs.

Ob die Damen und Herren, die – in welcher Funktion auch immer – als deutsche Politiker jahrelang bemüht waren, ein weithin sichtbares Zeichen für gelungene Eingliederung in deutsches Leben zu setzen, begreifen werden, dass Integration nach unseren Vorstellungen in großem Maßstab nicht gelungen ist, ja seitens dieser zugewanderten Menschen in einer relevanten Anzahl, offenbar gar nicht gewollt wird? Von unseren regierenden Politikern wurde damals nur vorübergehend Betroffenheit gezeigt. Danach wurde mangels Mut zur Ehrlichkeit und mangels Entschlossenheit weiter wie bisher verfahren. Unsere verantwortlichen Politiker sollten jedoch endlich erkennen, dass DITIB und andere muslimische Organisationen polit-religiöse Bewegungen sind, deren Ziele diametral andere sind als das, was kompatibel ist mit einer offenen, freien und toleranten Gesellschaft. Diese Organisationen sind darüber hinaus von eindeutig antisemitischer Einstellung, polemisieren gegen Christen und Nichtgläubige, bespitzeln und denunzieren türkische Landsleute, die sich kritisch gegen die türkische Regierung äußern.

»Gehört der Islam zu Deutschland?« wurde und wird immer noch gefragt. Der orthodoxe Islam, der die Absicht verfolgt, die gesamte Gesellschaft unter das Diktat von Koran und Scharia zu zwingen, gehört ganz bestimmt nicht zu Deutschland. Diese ursprüngliche und heute immer noch am meisten verbreitete Ausprägung des Islam ist schlicht verfassungswidrig. Sie stellt einen Vorschriftenkatalog dar, der Verbote, Gebote und Anweisungen für das tägliche Leben enthält, der letztlich keinerlei Trennung von Staat und Religion zulässt. Dieser Islam kennt nicht nur keine Trennung von Staat beziehungsweise Politik und Religion, er will Politik durch Religion ersetzen. Muslime, die dieser Vorstellung von einem staats-religiösen Leben anhängen, sollten sich umgehend ein Land suchen, das diese von ihnen angestrebte Einheit von Staat und muslimischer Religion realisiert. Zugewanderte Muslime mit Bleibe-recht dagegen, die ihre Religion auf die spirituelle Komponente beschränken und insofern ihren Glauben als eine private Angelegenheit betrachten, so wie das die oben erwähnten Theologen Khorchide, Ourghi oder etwa Ates als eine zeitgemäßere Variante des Islam vertreten, weil der Koran in seinem historischen Kontext gelesen und interpretiert wird, können sich zu Recht auf das Grundrecht auf Religionsfreiheit berufen. Sie gehören als Muslime zu Deutschland wie jede andere Weltanschauung von Christen, Juden oder zum Beispiel Buddhisten oder wie von Konfessionsfreien, Agnostikern oder Atheisten. Keiner dieser Weltanschauungen sollte jedoch mit baulichen Symbolen der Macht und Aktivitäten gesamtgesellschaftlichen Anspruchs auftreten. (Ende Zitat des Textes von mir vom Herbst 2018)

Zwischenbemerkung: Auch wenn man persönlich der Auffassung ist, dass Religion als Weltanschauung überholt ist, ist Religionsfreiheit aus Gründen des sozialen Friedens zu gewähren. Noch sehr viele Menschen suchen eine geistliche Führung, ein allmächtiges Du, das sie im Gebet ansprechen können, Regeln und Traditionen, die Tag und Jahr strukturieren, nicht zuletzt ein Weltbild, das ihnen auf alle Lebensfragen scheinbar eine Antwort gibt. Religionen werden daher mit Sicherheit noch Jahrzehnte auch in Deutschland und Europa eine gesellschaftliche Bedeutung haben.

Die letzte Islam -Konferenz im November 2020 zeigte in Ablauf und Ergebnis Züge von vergleichbarer Naivität und Hilflosigkeit und demonstrierte ebenso wenig Entschlossenheit, Integration so zu gestalten, dass die Werte einer offenen, freien und toleranten Gesellschaft akzeptiert und gelebt werden. Als ein Beispiel dafür wurde oben (siehe Kapitel 2!) die wortlose Reaktion des Innenministeriums erwähnt, dass seitens der DITIB keine in Deutschland ausgebildete Imame eingestellt würden.

Im Folgenden berichte ich von einem sich in vielen Schulen abspielenden Trauerspiel unaufrichtigen Erziehungsverhaltens, das ebenso auf feigem Opportunismus, bequemem Wegsehen, naiver Anpassung bis hin zu kulturrelativistischem Anbieten beruht.

In den Klassen der Schule einer mir sehr gut bekannten Lehrerin – es handelte sich um eine Fachoberschule im Berliner Westen, ich mache bewusst keine näheren Angaben – waren alle muslimischen Mädchen wegen »Chlorallergie« vom Schwimmunterricht befreit. Die Ärzte, die diese Bescheinigungen ausstellten, wussten, dass in der Regel keine Allergie vorlag und daher vorgeschoben war. Die Atteste waren tatsächlich fast immer Gefälligkeitsatteste. Entweder wollten die Eltern aus traditionell-religiösen Gründen nicht, dass sich ihre Töchter im Badeanzug den »entehrenden« Blicken der Jungen zeigten, oder die Mädchen wollten sich schlicht vor dem Schwimmen drücken. Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen wussten, dass die Atteste eine Allergie nur behaupteten, der Sportlehrer wusste das natürlich auch. Der Schulleitung war auch bewusst, dass hier ein religiös-politisch motiviertes »Entgegenkommen« vorlag, denn kein deutsches Mädchen litt unter dieser Allergie. Die Schulbehörde duckte sich weg, sie war ja nicht unmittelbar damit befasst, hatte natürlich auch von dieser scheinbar geradezu epidemisch unter muslimischen Mädchen verbreiteten »Chlorallergien« Kenntnis. Schließlich war sie stets sehr darauf bedacht, den Eindruck zu vermitteln, dass es keine bedeutsamen Probleme mit muslimischen Migrantenschülern gäbe. Die Berliner GEW hatte »Verständnis« für diese Befreiung vom ansonsten allgemein verbindlichen Schwimm-

unterricht. Keiner der Verantwortlichen wagte, die eigentlich dahinter stehende religiös-kulturelle Begründung, da politisch viel zu heikel, zu thematisieren. Dass auch der Schwimmunterricht aufgrund eines begründeten pädagogischen Konzepts für jeden Schüler verbindlichen Unterrichtsinhalt darstellt, wurde ebenfalls souverän übergangen. Es handelte sich also um ein Phänomen, das bekannt war und unter vier Augen durchaus auch kritisch diskutiert wurde. Ich selbst erfuhr von diesen Vorgängen mehrmals in der Woche.

Die Schüler nahmen also zur Kenntnis, dass Lügen und Täuschen ganz selbstverständlich hingenommen und von allen Verantwortlichen der Schule und der Schulbehörde stillschweigend akzeptiert werden. Die Schüler, auch die nichtmuslimischen, »lernten« also, dass Lügen, Täuschen, das Vorlegen von Gefälligkeitsattesten quasi offiziell gebilligte Verhaltensweisen im Umgang miteinander sind. Die Lehrer und Erzieher in ihrer Vorbildfunktion deckten solch unredliches und asoziales Verhalten und sahen aus feigem Opportunismus darüber hinweg. Ein Stück Wahrheit wird auf dem Altar eines nur scheinbar sozialen und politischen Friedens geopfert.

Es darf wohl zu Recht gefragt werden: Sollte Erziehung so aussehen? Gehört nicht Ehrlichkeit, wahrhaftiges Miteinanderumgehen zu einer ganz elementaren sozialen Norm? Wird auf diese Weise Vertrauen gegenüber Aussagen von Ärzten, Lehrern oder staatlichen Institutionen nicht geradezu zerstört? Das Bekenntnis zu den Werten unserer Gesellschaftsordnung erfordert offenbar inzwischen Mut, der leider nicht mehr zu den verbreiteten Grundtugenden von so manchem Erzieher und Vorgesetzten zählt. Ähnliches Ausweichen spielt sich ab in Klassen mit einem relevanten Anteil an muslimischen Schülern, wenn es um die Teilnahme von muslimischen Mädchen an Klassenfahrten geht oder bei der Behandlung »kritischer« Themen wie Sexualkunde, Frauenrechte, Meinungsfreiheit oder etwa Evolutionstheorie. Wie problematisch das inzwischen für Lehrende in manchen deutschen Schulen aussieht und wie sich deutsche Schulbehörden ratlos bis feige wegducken, wo eigentlich ihre politische Unterstützung gefragt wäre, beschreibt ein ausführlicher Bericht über den Alltag in deutschen Schulen mit hohen Anteilen muslimischer Schüler (50).

Wie recht wohl Michel Houellebecq in seinem 2015 erschienenen und viel beachteten Roman »Unterwerfung« haben könnte, führt uns folgendes Beispiel deprimierender Selbstzensur vor Augen: Im Dante-Jahr wurde eines der bedeutendsten Werke der abendländischen Kultur verstümmelt. In den Niederlanden erschien die »Göttliche Komödie« ohne die Passagen über Mohammed. Die Begründung lautete, »nicht unnötig verletzen« zu wollen. Es lohnt sich, die Überlegungen von Historikern zu dieser Form kindischen »politisch korrekten« Verhaltens zu lesen (51).

Wir lassen es offenbar aus Unentschlossenheit oder mangelndem Bekennermut zu unserem Gesellschaftsmodell zu, dass eine orthodoxe Form des Islam in den Köpfen junger zugewanderter Menschen verankert wird, mit der Folge, dass diese letztlich zu Vertretern eines politischen Islam werden, der danach strebt, die ohnehin »hinkende« Trennung von Staat und Religion weiter auszuhebeln. Der derzeit amtierende Berliner Justizsenator Behrendt versucht, diese Entwicklung mit seiner Politik sogar zu unterstützen. Entgegen dem bestehenden Berliner Neutralitätsgesetz, das Amtsträgern bei ihrer Tätigkeit im öffentlichen Raum das Tragen religiöser Symbole verbietet, möchte er zum Beispiel Lehrerinnen in staatlichen Schulen – und nicht nur Lehrerinnen, auch anderen Amtsträgerinnen – das Tragen des Kopftuches erlauben, das inzwischen mehr als ein Kleidungsstück ist und in den meisten Fällen eine religiös-politische Aussage darstellt (52).

7. Einführende Literatur zur Problematik der Migration und des politisch agierenden Islam in Europa

Die nachfolgend inhaltlich kurz charakterisierten Bücher vertiefen meine hier geäußerten Auffassungen zu den Problemen der Migration aus den islamisch geprägten Kulturen. Sie thematisieren die Gefahren, die sich für unsere offene, liberale und tolerante Gesellschaft aus einem streng orthodox interpretierten und gelebten Islam ergeben, inzwischen als »Politischer Islam« bezeichnet. Eine offene, liberale und demokratische Gesellschaft verfolgt keine für alle Mitglieder verbindliche Idee, wie zum Beispiel den Sozialismus, oder legt keine für alle gültige Weltanschauung fest. Sie versucht im Gegenteil, ihren Mitgliedern ein möglichst hohes Maß an persönlicher Freiheit in Form von Selbstbestimmung über ihre Lebensauffassung und Lebensweise zu gewähren und ist darüber hinaus immer auch zu mehrheitlich gewollten Veränderungen bereit. Letztere können sich zum Beispiel aufgrund neuer wissenschaftlicher Einsichten oder technischer Entwicklungen und daraus eventuell folgenden ethischen Konsequenzen ergeben.

Der politische Philosoph Julian Nida-Rümelin befasst sich mit den ethischen und politischen Bedingungen, die eine allen Beteiligten – Aufnahmegesellschaft und Zuwanderer – gerecht werdende Migrationspolitik zu erfüllen hätte. Der Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans beschreibt das Leben, die politischen und wirtschaftlichen Probleme und das Fehlen jeder Freiheit in den Ländern, in denen die fundamentalistische Variante des Islam die Herrschaft übernommen hat. Die Soziologin Necla Kelek zeigt auf, welchen Zwängen Frauen ausgesetzt sind, die gefangen sind in islamischen Familien-Traditionen, die ihre Grundrechte nicht wahrnehmen können und deren Kinder einem überkommenen Patriarchat ausgeliefert sind. Eine Integration in die deutsche Gesellschaft könne unter diesen Umständen nicht gelingen. Der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad untersucht die Gründe des Scheiterns von Integration und stellt einen Forderungskatalog an die Politik und alle Beteiligten auf, um Integration leichter oder überhaupt erst zu ermöglichen. Die Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter befasst sich ausführlich und detailreich mit dem politischen Islam, seinen offen und verdeckt agierenden Vertretern in Deutschland und ihrem grundgesetzwidrigen Machtanspruch. Sie beklagt, dass die Bundesregierung mit diesen Verbänden zusammenarbeitet, statt mit den liberalen Kräften, deren Auffassungen allein mit unserer Gesellschaftsordnung kompatibel wären. Der Psychologe und Islamismusexperte Ahmad Mansour versucht bei radikalisierten Jugendlichen, Aussteigern und verurteilten Terroristen deren Werte, Einstellungen und Meinungen zu den Themen Gleichberechtigung, Männlichkeitskonzept, Islamverständnis und Antisemitismus kritisch zu hinterfragen und neu zu beleuchten. Carsten Linnemann und Winfried Bausback, zwei Politiker, analysieren in ihrem Sammelband das Phänomen »Politischer Islam«, machen konkrete Vorschläge zu seiner Bekämpfung und lassen dazu weitere renommierte und kompetente Islamwissenschaftler, Soziologen und Politologen zu Wort kommen.

Ausdrücklich betont werden sollte, dass keiner der Autoren der jetzt angesprochenen Bücher als islamfeindlich zu bezeichnen ist, wohl aber als kritisch bis ablehnend gegenüber orthodoxen Interpretationen des Islam. Alle Autoren vertreten die Auffassung, dass ein orthodoxes Religionsverständnis nicht kompatibel ist mit einem modernen europäischen Gesellschaftsverständnis, das von Werten und Menschenrechten geprägt ist, wie sie im ersten Kapitel beschrieben wurden.

Julian Nida-Rümelin: Über Grenzen denken – Eine Ethik der Migration. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2017, 241 S.

Im Klappentext des Buches heißt es: »Über zwei Milliarden Menschen leben weltweit in Armut, leiden unter Hunger, Unterdrückung und Krieg. Über 65 Millionen von ihnen waren allein im letzten Jahr auf der Flucht, viele erhoffen sich ein besseres Leben in Europa oder Nordamerika. Hilfe tut also dringend not - aber sind offene Grenzen die richtige Antwort auf das Elend in der Welt?

Diese Ansicht findet viele Fürsprecher, doch der Philosoph Julian Nida-Rümelin ist überzeugt: Offene Grenzen würden das Elend nicht wesentlich mildern, sondern die Herkunftsre-

gionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den aufnehmenden Ländern verschärfen. Eine Lösung für die beschämenden humanitären Skandale unserer Zeit sind sie nicht.

In seiner Ethik der Migration schlägt Nida-Rümelin eine Brücke zwischen Philosophie und Politik: Politisches Handeln muss auf den Werten und Normen der Humanität beruhen. Nur so können verantwortungsbewusste und zukunftssträchtige Entscheidungen getroffen werden. . . .«

In Kapitel VIII formuliert der Autor sieben ethische, ausführlich erläuterte Postulate für die Migrationspolitik. U.a. die folgenden: 1. Postulat: Gestalte die Migrationspolitik so, dass sie zu einer humaneren und gerechteren Welt beiträgt. 2. Postulat: Gestalte die Migrationspolitik im Innern, also in den aufnehmenden Gesellschaften, so, dass die Einwanderung als Bereicherung und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird. 3. Postulat: Migrationspolitische Entscheidungen müssen mit dem kollektiven Selbstbestimmungsrecht der jeweiligen Bürgerschaft verträglich sein. 4. Postulat: Die Migrationspolitik sollte so ausgestaltet sein, dass die soziale Ungleichheit im aufnehmenden Land nicht verschärft, die Strukturen des sozialen Ausgleichs (Sozialstaat) nicht gefährdet und über alle sozialen Schichten hinweg (eine wohlbegründete) Akzeptanz finden kann. 5. Die Migrationspolitik generell, speziell aber die auf Wirtschafts- und Arbeitsmigration gerichtete, hat die Nachteile, die sich daraus für die Herkunftsgebiete ergeben, vollständig zu kompensieren.

Nida-Rümelin legt dar, in welcher Weise ethische Grundsätze bei der Lösung der weltweiten Migrationsproblematik leitend sein sollten, und in welcher Form diese in praktische Politik umzusetzen sind. Er spricht die ethischen Dilemmata an, in denen man sich befindet angesichts der eigenen Bedürfnisse und der Begrenztheit der eigenen Ressourcen einerseits und der empfundenen humanen Verpflichtungen gegenüber Verfolgten und Bedrohten und deren legitime Ansprüche andererseits. Nida-Rümelin zeigt aber auch auf, wie Ethik und Realpolitik miteinander verträglich gemacht werden können.

Julian Nida-Rümelin ist ein deutscher Philosoph. Er lehrt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Spezialgebiete sind u.a. theoretische und angewandte Ethik, politische Philosophie und Erkenntnistheorie. Nida-Rümelin ist Mitglied der SPD.

Ruud Koopmans: Das verfallene Haus des Islam – Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt. Verlag C.H. Beck, München 2020, 288 S.

Der Verlag stellt das Buch wie folgt vor: »Das "Haus des Islam" ist vielerorts zum Haus von Krieg, Terror, wirtschaftlicher Stagnation und Diktatur geworden. In seiner bahnbrechenden Analyse dieser desolaten Lage setzt der renommierte Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans harte Fakten gegen islamkritische Pauschalurteile und eine modische Selbstkritik des Westens. Er zeigt, wie der Fundamentalismus den Islam weltweit in den Würgegriff nimmt, und fragt, welche Wege aus dieser Sackgasse führen.

Immer mehr Muslime fliehen vor Diktatur und Unfreiheit, Terror und Krieg, Armut und Arbeitslosigkeit in den Westen - und bringen nicht nur ihre Kultur, sondern vielfach auch die Probleme der islamischen Welt mit. Ruud Koopmans zeigt erstmals auf breiter empirischer Grundlage und durch den systematischen Vergleich von muslimischen und nichtmuslimischen Ländern und Migrantengruppen, wie die islamische Welt einerseits und Muslime im Westen andererseits bezüglich Demokratie, Bildung und wirtschaftlicher Lage immer weiter ins Hintertreffen geraten. Er schildert, wie der Islam seit rund vierzig Jahren zunehmend von fundamentalistischen Strömungen beherrscht wird, die die Rechte der Frauen einschränken, Homosexuelle und andere Minderheiten verfolgen, säkulare Bildung bekämpfen und sich von Nichtmuslimen abkapseln. Am Ende seines erhellenden Buches macht Koopmans deutlich, dass sich die Hoffnung vieler Muslime auf Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand nur durch eine konsequente Zurückdrängung des Islamismus erfüllen kann.«

Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung »Migration, Integration, Transnationalisierung« am Wissenschaftszentrum Berlin sowie Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin. Koopmans betont, dass er nicht islamfeindlich, wohl aber islamkritisch sei. Er beschreibt und kritisiert den Aufstieg des Fundamentalismus in der islamischen Welt in den letzten 40 Jahren. Er stellt fest, dass es heute nur noch zwei Demokratien im Einflussbereich des Islam gibt: Tunesien und Senegal. In den anderen islamischen Ländern hätten sich die Menschenrechte, die Situation der Frauen, von Homosexuellen und religiösen Minderheiten, empirisch nachweisbar, drastisch verschlechtert.

Necla Kelek: Die unheilige Familie: Wie die islamische Tradition Frauen und Kinder entrechtet. Droemer Verlag, München 2019, 336 S.

Der Verlag schreibt zu dem Buch: »Die bekannte Soziologin, Frauenrechtlerin und Bestseller-Autorin Necla Kelek warnt in ihrem neuen Debattenbuch: Muslimische Frauen erleiden Unrecht inmitten unserer modernen Gesellschaft. Gefangen in der islamischen Familien-Tradition, können sie ihre Grundrechte nicht wahrnehmen, ihre Kinder sind dem Patriarchat ausgeliefert. Kelek fordert einen politischen Neuanfang, um echte Integration zu fördern und eine Parallelgesellschaft in Deutschland zu vermeiden.

Während die Mehrheitsgesellschaft mit "Ehe für alle" und "Familie im Wandel" beschäftigt ist, bleibt im Verborgenen, was mit den Frauen und Kindern in der islamischen Gemeinschaft passiert: Sie sind dem Zwang in der Familie ausgeliefert und dort eingesperrt.

Die engagierte Soziologin Necla Kelek entlarvt dieses Familien-Tabu. Sie beschreibt, wie es dazu kam, dass Frauen Beute der Männer wurden und Kinder dem Patriarchat preisgegeben sind, aber auch, warum selbst muslimische Männer Opfer dieser Gewaltstrukturen sind. Sie zeigt auf, wie unser Pochen auf kulturelle Unterschiede und eine ideologisierte Politik die Integration verhindern, und was konkret geschehen muss, damit islamische Frauen und Kinder rechtlich gestärkt werden. Denn: An den Rechten der Schwachen misst sich die Demokratie.«

Necla Kelek, geboren in der Türkei, ist eine deutsche Soziologin. Mit ihren publizistischen Beiträgen und ihren Büchern: »Die fremde Braut«, »Die verlorenen Söhne«, »Bittersüße Heimat« und »Himmelsreise« beteiligt sie sich maßgeblich an Debatten zu Fragen der Integration und des Islam in Deutschland. In Bezug auf das muslimische Kopftuch stellt sie fest: »Das Kopftuch symbolisiert ein Gesellschaftsmodell, das für „getrennte Welten“ von Männern und Frauen steht«. Im Jahr 2005 wurde Necla Kelek für ihr Buch »Die fremde Braut - Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland« mit dem Sophie-Scholl-Preis ausgezeichnet. Necla Kelek setzt sich engagiert ein gegen den archaischen Sittenkodex der Zwangsheirat, für einen besseren Schutz der Opfer arrangierter Ehen und für das Recht auf selbstbestimmte Lebensführung.

Ayaan Hirsi Ali: Beute – Warum muslimische Einwanderung westliche Frauenrechte bedroht.

In der Verlagsvorstellung des Buches heißt es: »Wir dürfen uns unsere Freiheit nicht nehmen lassen!

Nicht alle muslimischen Männer verachten Frauen, manche allerdings schon. Ayaan Hirsi Ali benennt in ihrem neuen Buch eine unbequeme Wahrheit, der wir ins Auge blicken müssen: Viele muslimische Männer haben ein radikal anderes Frauenbild, als es bei uns üblich ist. Mit der verstärkten Zuwanderung aus dem muslimischen Kulturkreis nimmt die Gewalt gegen Frauen nachweislich zu, und Frauen werden dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit immer stärker eingeschränkt. Nicht nur muslimische Frauen, sondern alle Frauen in westlichen Demokratien. Falsche Toleranz, so Hirsi Ali, hilft hier nicht weiter. Denn wir laufen Gefahr, unsere hart erkämpften Freiheitsrechte zu verlieren. Nur indem wir die Probleme klar benennen und

die Bedrohung emanzipatorischer Errungenschaften durch Einwanderer aus muslimisch-arabischen Kulturkreisen anerkennen, nehmen wir Populisten den Wind aus den Segeln. Und nur dann kann Integration erfolgreich sein.«

Hamed Abdel-Samad: Integration – Ein Protokoll des Scheiterns. Droemer Taschenbuchausgabe, 2019, 271 S.

Der deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad beschreibt mit viel Hintergrundinformationen und einem unverstellten Blick für die Wirklichkeit, wie es um die Integration der nach Deutschland eingewanderten Muslime tatsächlich bestellt ist, so, wie sie in durchaus nicht wenigen Fällen auch gelungen ist, mehrheitlich jedoch nicht, und welches die Gründe des Scheiterns sind.

Verlagsseitig wird das Buch wie folgt vorgestellt: »Die drängendste Frage unserer Zeit: Wie kann Integration gelingen? Deutsch-Türken unterstützen Erdogan, in Europa geborene Muslime verüben Terroranschläge. Hamed Abdel-Samad prangert die integrationsverhindernden Elemente der islamischen Kultur an. Er rechnet aber auch mit europäischen Integrationslügen ab. Denn wer jahrzehntelang von „Gastarbeitern“ spricht, der verweigert Integrationsangebote – und darf sich nicht über Parallelgesellschaften wundern. Wer die Augen verschließt vor kulturellen, mentalitären und religiösen Unterschieden, der muss in seinem Bemühen scheitern.

Dieses Buch klärt auf über die wichtigsten Argumente in der Integrationsdebatte:

- Wie umgehen mit Integrationsverweigerern?
- Kann echte Integration überhaupt gelingen?
- Was hilft im Kampf gegen Parallelgesellschaften und Terrorideologien?
- Was muss sich politisch ändern in Deutschland?

Abdel-Samad, der führende Islamexperte Deutschlands, formuliert einen Forderungskatalog an Politik und Gesellschaft, denn am Thema Integration wird sich die Zukunft unseres Zusammenlebens entscheiden.«

Hamed Abdel-Samad ist Sohn eines Imam und Autor mehrerer islamkritischer Bücher. In seinen Schriften und Vorträgen behandelt er das problematische Verhältnis des Islam zu den Werten einer offenen und liberalen Gesellschaft. Integration kann seiner Ansicht nach nur über Eingliederung durch Arbeit und Akzeptanz der Werte unserer Gesellschaftsordnung gelingen, die Religion habe Privatsache zu bleiben. Nur zur Erinnerung: 2013 erhielt er Morddrohungen durch die Muslimbruderschaft und steht seitdem Tag und Nacht unter ständigem massiven Polizeischutz .

Susanne Schröter: Politischer Islam – Stresstest für Deutschland. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2019, 2. Auflage, 382 S.

Der Verlag bewirbt das Buch mit den Worten: »Die Mehrheit der Deutschen glaubt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Sie verbinden die zweitgrößte Weltreligion vor allem mit dem Terror im Namen eines unbarmherzigen Gottes, der Unterdrückung von Frauen und Minderheiten sowie einer Ablehnung westlicher Werte. Für diese Assoziationen gibt es nachvollziehbare Gründe, die aus dem Erstarken des politischen Islam resultieren. Dieser übt durch machtbewusstes und strategisch geschicktes Agieren seiner Funktionäre großen gesellschaftlichen Einfluss aus und dominiert zunehmend die staatliche Islampolitik sowie den öffentlichen Dialog. Vielen Menschen fehlt jedoch das Wissen über die Ursprünge und die Ausprägungen des politischen Islam, um Konfliktsituationen richtig einschätzen, angemessen argumentieren und handeln zu können. Das vorliegende Buch schließt mit seinem fundierten und verständlichen Überblick diese Lücke.«

Susanne Schröter ist Professorin für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und leitet dort das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam. Sie ist u.a. Vorstandsmitglied des Deutschen Orient-Instituts und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Sie forscht schwerpunktmäßig zu den Themen Islamismus und Dschihadismus, progressiver und liberaler Islam, Frauenbewegungen in der islamischen Welt, Flüchtlinge und Integration sowie zu politischen, religiösen und ethnischen Konflikten. Ihr Buch zählt zu den wichtigsten aufklärenden Veröffentlichungen über die politischen und theologischen Ziele des politischen Islam.

In einem ausführlichen Interview im Deutschlandfunk äußerte Susanne Schröter ihre große Besorgnis, dass die deutsche Islampolitik dem politischen Islam zu viel Einfluss einräumt, dagegen die Vertreter der liberalen, humanistischen und säkularen Muslime, die die absolute Mehrheit bilden würden, kaum berücksichtigt. Zu den einflussreichsten Vertretern des politischen Islam zählt sie den Verband DITIB, die Auslandsdependance der türkischen Religionsbehörde. Ferner den Verband Milli Görüs, ebenfalls auslandsabhängig, mit den Muslimbrüdern im Hintergrund. Schließlich schiitische Gruppen, die organisatorisch auf das Islamische Zentrum Hamburg zurückgehen, die wiederum enge Verbindungen zu den iranischen Mullahs haben. Schröter kritisiert, dass inzwischen so gut wie keine liberalen Muslime mehr in der Deutschen Islamkonferenz vertreten sind, obwohl nur diese Richtung kompatibel wäre mit den Werten unseres Gesellschaftsmodells. Die jetzigen Vertreter in der Islamkonferenz repräsentieren mit ihrem Islamverständnis grob geschätzt nur 20 bis 25 Prozent, jedenfalls nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland. Schröter bezeichnet diese Verbände aufgrund ihres Programms und ihrer Drahtzieher im Hintergrund ganz am rechten Rand verortet und somit eindeutig als Rechtsradikale (53).

Ahmad Mansour: Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2018, 3. Auflage, 303 S.

Im Klappentext des Buches heißt es: »Wir müssen offen miteinander reden, sonst spielen wir den Rechten in die Hände«.

Eine der drängendsten Aufgaben unserer Gesellschaft ist Integration. Doch kein Thema polarisiert stärker. Staat und Gesellschaft stehen dieser Aufgabe bisher planlos gegenüber, es mangelt an konkreten Konzepten, einer unvoreingenommenen, sachlichen Debatte und langfristigen Plänen.

Der Psychologe und Bestsellerautor Ahmad Mansour, selbst muslimischer Immigrant, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Problemen und Chancen von Integration. Er reiste durch ganz Deutschland, besuchte Haftanstalten, Schulen und Flüchtlingsunterkünfte und sprach mit Politikern, Lehrern und Sozialarbeitern. So hat er wie niemand sonst erfahren, wie Zusammenleben funktionieren und woran es scheitern kann. Ohne falsche Rücksichtnahme spricht er offen an, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen nötig sind, wo die Politik oder jeder Einzelne gefragt ist und welche Werte unverhandelbar sind. Mansour macht unmissverständlich klar, dass wir alle umdenken müssen – ein eindrücklicher Appell. «

Ahmad Mansour ist arabischer Israeli und lebt seit 2004 in Berlin. Er ist Diplom-Psychologe und arbeitet für Projekte gegen Extremismus; zum Beispiel begleitet er Familien von radikalisierten Jugendlichen, Aussteigern und verurteilten Terroristen. 2015 erschien sein Bestseller »Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen«. Zum Thema Salafismus und Antisemitismus hat er zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt und in vielen Talkshows mitdiskutiert. Anfang 2018 gründete er »Mind Prevention« (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention). Für seine Arbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, u.a. den Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung der Toleranz sowie den Carl-von-Ossietzky-Preis. Die Folge seiner dezidiert islamkritischen Äußerungen ist massiver Polizeischutz.

In einem Zeitungsbeitrag spricht Mansour von der »Sklaverei der Ehre« und verweist auf viele Situationen, die einem traditionellen Patriarchat als »Beschmutzung der Familienehre« erscheinen können und denen daher entgegengewirkt werden müsse. Frauen sollen nach diesen traditionellen Vorstellungen ihren Partner nicht frei wählen dürfen, folglich den Mann heiraten, den die Familie aussucht. Mädchen sollen sich züchtig kleiden, nicht zum Schwimmunterricht oder auf Schulausflüge gehen, nicht unbegleitet aus dem Haus gehen, keine eigene Wohnung haben, keine Discos, Partys, Konzerte besuchen, von Vater, Onkel oder Bruder Erlaubnis für eigene Schritte einholen, etwa wenn sie arbeiten gehen wollen. Solche Verhaltensweisen widersprächen unserem Grundgesetz und der Selbstbestimmung, so Mansour. Dieses zu kritisieren sei nicht etwa rassistisch und intolerant, vielmehr notwendiger Aufruf zur Verhaltensänderung, wenn Integration gelingen soll (54).

Integration, so Mansour, sei eine Bringschuld, als Einwanderer müsse man sich selbst darum bemühen. Die Verpflichtung der Aufnahmegesellschaft sei die Gewährung von Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung (55).

Carsten Linnemann / Winfried Bausback (Hrsg.): Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland. Verlag Herder, Freiburg 2019, 288 S. Unter Mitarbeit von 13 Autoren.

Der Verlag bewirbt das Buch mit folgenden Worten: »Der politische Islam ist derzeit eines der größten Integrationshemmnisse von Muslimen in die deutsche Gesellschaft. Doch was ist gemeint, wenn die Herausgeber und Autoren dieses Buches vom politischen Islam sprechen? Für Carsten Linnemann und Winfried Bausback ist eine klare Differenzierung dringend notwendig, „denn den einen Islam gibt es nicht. Stattdessen gibt es unzählige Strömungen, leider nicht nur friedliebende. Die radikalen Ausprägungen, die den westlichen Lebensstil zum Feindbild erheben und unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zu unterlaufen suchen, bezeichnen wir als ´politischen Islam´. Und genau um diesen politischen Islam geht es in diesem Buch.“

Weit über 1 Mio. Menschen sind seit 2015 aus überwiegend muslimischen Ländern nach Deutschland gekommen. Dadurch ist die deutsche Gesellschaft pluralistischer geworden. Wenn es jedoch nicht gelingt, den liberalen islamischen Kräften in Deutschland und Europa Raum zur Entfaltung zu geben, ist der gesellschaftliche Friede gefährdet. Radikale Auslegungen heiliger Schriften sind nicht mit der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung Deutschlands zu vereinbaren. Die Probleme des politischen Islam, etwa die Moscheefinanzierung aus dem Ausland, die Auswüchse der Schariajustiz oder die Unterdrückung von Mädchen und Frauen, müssen identifiziert und es müssen Antworten darauf gefunden werden. Integration kann nur gelingen, wenn jeder die Grundregeln des Zusammenlebens anerkennt und sich ihnen anpasst. Dazu zählt die Akzeptanz des aufgeklärten, säkularisierten Staates sowie der freiheitlichen Errungenschaften, die Religionsfreiheit eingeschlossen. Und dennoch kann und darf die Religionsfreiheit nicht schrankenlos sein, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt und letztlich die Demokratie bewahrt werden sollen.

Diese Entwicklungen und die Beobachtung, dass islamistische Strömungen in Deutschland zunehmen, haben die beiden Herausgeber zum Anlass genommen, mit einigen der renommiertesten Experten und Publizisten aus den Bereichen Islamwissenschaft, Soziologie, Politologie und Terrorbekämpfung ins Gespräch zu kommen. „Es wurden die entscheidenden Bereiche identifiziert, in denen sich religiöser Extremismus Bahn brechen kann, und Vorschläge erarbeitet, wie diesem Einhalt geboten werden kann. Ziel war und ist es, die Debatte zum Islam auf eine neue Basis zu stellen und auch unbequeme Fakten anzusprechen. Nichts verschweigen, nichts schönreden, aber auch nichts schwarzmalen – das ist unsere Devise.“ Die Autoren erklären, was gesetzlich, in der Prävention und in der Wertevermittlung getan werden muss, um extremistische Auslegungen zurückzudrängen und die liberalen Kräften im Islam zu stärken. Am Ende des Buches steht der Entwurf eines Maßnahmenpakets, das die Politik schnellstmöglich umsetzen sollte.«

Carsten Linnemann ist Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Linnemann ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Winfried Bausback ist Jurist und Hochschullehrer, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, insbesondere Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Wuppertal. Er gehört dem Bayerischen Landtag seit 2008 an.

8. Was müsste eine Politik entschlossener Bekämpfung des Politischen Islam vor allem leisten?

Angesichts der Vielzahl von Regionen in Deutschland und Europa mit orthodox-muslimisch geprägten Parallel- und Gegengesellschaften und angesichts des inzwischen erreichten erheblichen politischen und gesellschaftlichen Einflusses vieler orthodox bis fundamentalistisch agierender muslimischer Verbände und Religionsgemeinschaften stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung überhaupt noch rückgängig gemacht werden kann. Bei entschlossenem Handeln aller relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte könnte es gelingen, die Gefahren, die unsere Gesellschaftsordnung bereits heute bedrohen, noch abzuwehren. Ohne heftige Gegenwehr seitens der Vertreter des orthodoxen und fundamentalistisch orientierten, vor allem legalistisch auftretenden Islam wird diese Auseinandersetzung allerdings nicht vonstattengehen. Schließlich haben ungezählte muslimische Verbände sich bereits politische und gesellschaftliche Positionen erstritten, die aufzugeben mit dem Selbstverständnis einer missionierenden Glaubenslehre nicht vereinbar wären. Der bereits zu beobachtende Machtkampf zwischen den beiden gegenüberstehenden Lagern in Ländern wie Frankreich, lässt erahnen, dass die Erfolgsaussichten, sich gegenüber dem Machtstreben einer polit-religiösen Ideologie durchzusetzen, keinesfalls sehr optimistisch einzuschätzen sind. Hinzu kommt der Streit unter den Vertretern unserer Gesellschaftsordnung sowohl in Frankreich wie in Deutschland, ob und wie weit den Forderungen der muslimischen Verbände entgegenzukommen ist. So haben die LINKEN, das Gros der GRÜNEN und Teile der SPD andere Vorstellungen von einer offenen und liberalen Gesellschaft als die Mehrheit der CDU/CSU und der FDP. Unsere Gegner in diesem Machtkampf registrieren diese Differenzen auf unserer Seite sicher nicht ohne eine gehörige Portion Schadenfreude und Siegesgewissheit.

In letzter Zeit hat sich zudem eine geradezu infame Form der Abwehr von Kritik am Islam und an Vertretern des Islam entwickelt, und zwar die des Vorwurfs des Rassismus. Unterstellt wird in vielen islamkritischen Diskussionen mit Vertretern des Islam, dass angeblich die »wahren Motive« der Kritik nicht sachliche Begründungen seien sondern versteckte rassistische Vorurteile. Dazu ist nachdrücklich festzustellen: Sachliche Kritik am Islam stellt weder die gern unterstellte Islamophobie noch gar Rassismus dar. Der Vorwurf des Rassismus ist lächerlich, drastischer ausgedrückt: heuchlerisch, auch eine Art von Cancel Culture. Das in islamkritischen Diskussionen hervorgeholte Totschlag-Argument des Rassismus soll vielmehr dazu dienen, eine offene und sachliche Auseinandersetzung über bestimmte Formen muslimischen Machtanspruchs gar nicht erst aufkommen zu lassen. Man möchte damit einer peinlichen Diskussion entgehen, in der man nicht mit stichhaltigen Gegenargumenten aufwarten kann. An diesem traurigen Ablenkungsmanöver beteiligen sich auch Teile der LINKEN und der GRÜNEN und – besonders erschütternd – linke antiaufklärerisch agierende studentische Gruppen an den Universitäten, die eigentlich Stätten geistig anspruchsvoller und in diesem Fall religionskritischer Diskurse sein sollten. Kritik an der gesellschaftspolitischen Zielsetzung des politischen Islam, die gesamte Gesellschaft den Geboten und Verboten von Koran und Scharia auszuliefern, ist geradezu überlebensnotwendig, wenn wir weiterhin die Freiheiten und Rechte einer offenen Gesellschaft und liberalen Demokratie wie selbstverständlich in Anspruch nehmen wollen.

Was also wäre zu tun, um den Werten und Prinzipien unserer aufgeklärten, zumindest stets um Aufklärung bemühten Gesellschaft, den in Jahrhunderten mühsam erkämpften Freiheiten und Rechten wieder die volle Geltung, und zwar auch für die zugewanderten und hier blei-

benden Bürger, zu verschaffen? Freiheiten und Rechte wie sie zum Beispiel in unserer Verfassung beschrieben und wie sie im ersten Kapitel dieses Essays stichwortartig skizziert werden.

Die folgenden, teils bekannten, teils neuen Vorschläge thematisieren auch einige grundlegende Maßnahmen als Voraussetzung einer erfolgreichen Integration, die nicht unmittelbar die Problematik des »Politischen Islam« betreffen. Sie werden dennoch aufgeführt, da eine scheiternde Integration den Nährboden für Terrorismus bildet und damit die Gefahr erhöht, dass Zuwanderer aufgrund von Enttäuschung sowie Wut und Hass auf die Aufnahmegesellschaft sich radikalieren und sich fundamentalistischen Bewegungen anschließen.

Die aufgelisteten Vorschläge bilden keinen vollständigen Maßnahmenkatalog, stellen aber notwendige Schritte als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen eine uns gefährdende polit-religiöse Ideologie dar. Sie enthalten eine Reihe ergänzender Maßnahmen, die im Zuge der Bekämpfung des Politischen Islam absolut notwendig sind, aber in dieser Konsequenz bisher nicht erfolgen.

Und ein Letztes soll vorab noch einmal betont werden: Das Problem ist nicht die Zuwanderung als solche. Zuwanderung ist erwünscht aus Gründen des ökonomischen Bedarfs, ermöglicht verfolgten Menschen Zuflucht, kann aber auch der kulturellen Annäherung dienen und damit über das Verständnis von fremden Kulturen einen Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern leisten. Zuwanderung wird zum Problem, wenn die schiere Anzahl von Zuwanderern so groß ist, dass diese keinen Anlass zur kulturellen Anpassung sehen und parallele Gesellschaften bilden. Dieses ist dann besonders problematisch, wenn Menschen mit einer machbeanspruchenden Religion einwandern, diese Religion und die darauf gründende Kultur hier weiter leben und ausüben und langfristig für alle Bürger, auch für die des aufnehmenden Landes, verbindlich machen wollen.

Generelles und Grundsätzliches zur Zuwanderung

- Die Aufnahme von Zuwanderern, die dauerhaft bleiben wollen, darf die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Struktur des Aufnahmelandes nicht so belasten, dass daraus anhaltende Konflikte entstehen. Daher ist die Anzahl der pro Jahr maximal aufzunehmenden Zuwanderer, gegebenenfalls auch abhängig von Religion und Kultur, auf ein gesetzlich festgelegtes Maß zu begrenzen, zumindest politisch verbindlich festzulegen. Angesichts des weltweiten Elends und der dadurch bedingten mehrstelligen Millionenstärke an potentiellen Zuwanderern einerseits und der begrenzten politischen und ökonomischen Ressourcen Deutschlands und Europas andererseits bleibt Deutschland und Europa nichts anderes übrig, als seine Außengrenzen wirksam zu kontrollieren.
- In der Behandlung von Zuwanderern ist gemäß den vorliegenden Gesetzen streng zu unterscheiden zwischen Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Letztere haben nach Beendigung der Kampfhandlungen grundsätzlich Deutschland wieder zu verlassen. Unter welchen Bedingungen Personen aus beiden Gruppen Zuflucht beziehungsweise Bleiberecht zugestanden wird, ist in Gesetzen eindeutig geregelt. Allerdings werden diese Gesetze aktuell nicht konsequent angewendet. Die derzeit undifferenzierte Behandlung von Zuwanderern als Asylbewerber, die in den wenigsten Fällen echte Asylfälle sind – zur Zeit etwa 3 Prozent – teilweise Bürgerkriegsflüchtlinge, vor allem aber Menschen sind, die hier Arbeit und höheren Wohlstand suchen, ist durch eine korrekte Anwendungspraxis der vorhandenen Gesetze abzustellen.
- Von jedem einzubürgernden Zuwanderer ist verbindlich die Verpflichtung einzugehen, dass er die deutsche Rechtsordnung und die in der Verfassung festgeschriebene Werteordnung – im Sinne einer Leitkultur – anerkennt. Dass er sich ferner aktiv um das Erreichen eines ausreichenden Sprachniveaus bemüht und angebotene Integrationskurse und Beratungstermine wahrnimmt. Bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen erfolgen Sanktionen – etwa in Form

von Bargeldkürzungen, Umstellen von Geldleistungen in Sachleistungen, Überprüfen und gegebenenfalls Rücknahme der Aufenthaltserlaubnis.

- Der Zuwanderer hat sich durch Spracherwerb und berufliche Qualifizierung um seine gesellschaftliche und kulturelle Eingliederung und um den eigenen Unterhalt zu bemühen. Integrationsverweigerung zum Beispiel durch mangelhaften Spracherwerb ist legitimerweise mit Sanktionen zu beantworten. Vom Zuwanderer wird ferner verlangt, dass er Gesetze und Verfassung des Aufnahmelandes respektiert. Es wird daher von ihm erwartet, dass er sich löst von jenen Werten seines Herkunftslandes, die den Werten des Aufnahmelandes eindeutig widersprechen. Die Aufnahmegesellschaft wiederum ist dem Zuwanderer, der sich hier rechtmäßig aufhält, durch Gewährung von Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung entgegenzukommen. Es gilt das allgemeine Prinzip des Forderns und Förderns.
- Die illegale Masseneinwanderung aufgrund nach wie vor faktisch offener Grenzen und geduldeten und teilweise mit deutschen Geldern unterstützter Schlepperorganisationen ist konsequenter als bisher zu unterbinden. Echte Asylfälle, wie zum Beispiel sogenannte säkulare Flüchtlinge oder aktuell ehemalige afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr, sind anzuerkennen, abgelehnte Asylbewerber sind umgehend zurückzuführen. Bei Ablehnung der Aufnahme durch die Herkunftsländer sind Entwicklungshilfen zu streichen oder andere wirtschaftliche oder politische Sanktionen zu verhängen. Generell ist der erkennbare Missbrauch des Asylrechts zu stoppen.
- Asylbewerbern oder Bürgerkriegsflüchtlingen ohne Pässe, da diese angeblich auf der Flucht verloren gegangen sind, ist nur in glaubhaft begründeten Ausnahmefällen Einreise zu gewähren. Bei fehlenden Papieren haben Migranten alle Anstrengungen zu unternehmen beziehungsweise solche der Behörden zu unterstützen, in kürzester Zeit ihre wahre Identität und Herkunft glaubhaft zu belegen. Bürgerkriegsflüchtlingen ist – wie erwähnt – nur für die Dauer des Krieges Schutz zu gewähren. Ist der Krieg beendet, sind sie verpflichtet zurückzukehren, um ihr zerstörtes Land wieder aufzubauen.
- Wir sollten jene muslimischen Zuwanderer, die sich erkennbar als engagierte Bürger dieses Landes verhalten und sich zu unserer Gesellschaftsordnung bekennen, unterstützen und öffentlich ermutigen. Es ist im Falle der zugewanderten Muslime nicht selbstverständlich, dass sie sich bewusst von jenen ihrer Landsleute absetzen, die hier die mitgebrachte orthodox interpretierte Religion und die darauf gründende Kultur fortführen wollen.
- Der Artikels 4, Abs. 1 des Grundgesetzes (»Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich«) bedeutet nicht das Recht, die eigene Religion auch für andere verbindlich zu machen, auch nicht mit dem Argument, dass diese die einzig wahre Religion sei. Im Übrigen muss dieser Grundgesetzartikel im Kontext der übrigen Grundrechte gesehen und darf nicht verabsolutiert werden. Andere grundgesetzlich garantierte Rechte wie etwa die Gleichheit der Geschlechter oder das Recht auf körperliche Unversehrtheit stellen ein höheres Rechtsgut dar. Ihnen wäre daher Vorrang zu gewähren. Auch der Tierschutz hat Verfassungsrang. Die traditionelle Form des betäubungslosen Schächtens sollte seiner Grausamkeit wegen ausnahmslos verboten werden. (Die gesetzliche Situation sieht leider anders aus. Schon im Jahr 2002 hat das Bundesverfassungsgericht das betäubungslose Schächten aus religiösen Gründen erlaubt. Und im Jahr 2012 hat der Gesetzgeber aus religiösen Gründen und unter massivem Druck von Vertretern der jüdischen Religion die Beschneidung eines männlichen Kindes zugelassen (§ 1631d Bürgerliches Gesetzbuch) (56)).
- Die Anzahl der in den Gemeinden tätigen Imame beträgt zurzeit rund 2200. Sie stammen derzeit noch zu 90 Prozent aus dem Ausland, sodass in den Moscheen eher selten auf Deutsch gepredigt wird. Um beurteilen zu können, ob in Predigten extremistische und integrationsfeindliche Inhalte verbreitet werden, ist – nicht nur aus diesen Gründen – zu verlan-

gen, dass Imame und andere in der Gemeinde maßgebenden Persönlichkeiten Predigten und Reden grundsätzlich in deutscher Sprache halten. Ferner, dass sie die deutsche Rechtsordnung und Verfassung achten und verteidigen. Ebenfalls muss anhand der Predigttexte erkennbar sein, dass in Moscheen nicht dazu aufgerufen wird, religiöse Gesetze über weltliche Gesetzgebung zu stellen. Dass diese Forderungen nicht grundlos erfolgen, konnte der Journalist Constantin Schreiber nachweisen. In seinem Buch »Inside Islam« dokumentiert er Predigten von betont antiwestlicher, antiintegrativer und auch antisemitischer Rhetorik (57).

Deutsches Recht ist konsequent durchzusetzen

- Laut Bundesamt für Verfassungsschutz umfasste die islamistische Szene 2018 in Deutschland rund 28.000 Personen. Diese lassen sich verschiedenen Gruppierungen zuordnen. Circa 12.150 Personen rechnet der Verfassungsschutz dem Salafismus zu. Ihre Anhänger vertreten eine verfassungsfeindliche Ideologie, und ein Teil von ihnen gilt als gewaltorientiert. Die Milli Görüs-Bewegung und ihr zugeordnete Vereinigungen kommen auf rund 10.000 Personen. Der Muslimbruderschaft/Deutsche Muslimische Gemeinschaft werden 1350 Personen zugerechnet. Hinzu kommt die Zahl der in Deutschland agierenden rechtsextremistischen Grauen Wölfe, sie wird auf rund 18.000 geschätzt. Es reicht nicht, diese Gruppierungen nur zu beobachten. Wer hier verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, gleichgültig ob mit oder zunächst ohne Gewalt, hat unser Land zu verlassen. Gegebenenfalls sind spezielle Gesetze zu erlassen (58). Zugewanderte Extremisten sind genauso zu verfolgen wie deutsche mit propagierten rechts- und linksextremen Ansichten.

- Etwa die Hälfte der rund 800 sogenannten Gefährder besitzt inzwischen den deutschen Pass und wurde teilweise bereits in Deutschland geboren. Dieser zum Teil zu jeder Gewalttat bereite Personenkreis stellt eine große Gefahr für die Sicherheit unseres Landes dar, ist zudem mit enormem personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Zu einer Rundumbewachung einer Person werden 20 und mehr Beamte benötigt, das heißt, dass eine Bewachung auch nur eines Teils dieser als Gefährder eingestuft Personen nicht zu leisten ist. (Das Desaster um die Bewachung des Attentäters Anis Amri, der den Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin 2016 verübte, beschäftigt bis heute die Behörden.) Darum sollte der deutsche Staat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, solche die staatliche Ordnung und Sicherheit gefährdende Personen wieder auszuweisen. Durch lebensbedrohende Gewalttaten aufgefallene und verurteilte Asylbewerber werden derzeit nicht abgeschoben, wenn in ihrem Heimatland ihre Sicherheit vor ungerechtfertigter Verfolgung nicht gewährleistet ist. Dass durch besagte Gewalttäter aber Gesundheit und Leben deutscher Bürger gefährdet werden könnten, ist unseren Regierenden, die in erster Linie für deutsche Bürger Verantwortung tragen, offenbar nicht von Bedeutung. Es muss güterabwägend gesetzlich möglich gemacht werden, bei Vorliegen bestimmter Tatbestände die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abzuerkennen, um damit die Ausweisung zu ermöglichen.

- Polizei und Justiz sollten Stadtbereiche, in denen deutsches Recht faktisch nicht mehr gilt, weil inzwischen selbsternannte Scharia-Polizisten und Friedensrichter die Herrschaft übernommen haben, konsequent wieder als rechtsstaatliche Zonen begreifen und das staatliche Gewaltmonopol wieder herstellen. Strafbare Handlungen von und zwischen Muslimen sind durch die staatliche Justiz zu verfolgen und nicht durch Wegsehen quasi zu legitimieren. Die Paralleljustiz durch sogenannte Friedensrichter ist ebenfalls zu verbieten. Gegen die Einschaltung eines kulturnahen Mediators zum einvernehmlichen Lösen eines privaten, nicht strafbewehrten Konflikts ist nichts einzuwenden.

Ohne Beherrschung der deutschen Sprache keine Integration

- Es ist verständlich, dass Zuwanderer sich nach wie vor für das Leben in ihrer alten Heimat und für ihre Verwandten interessieren. Insofern sind für sie das Satelliten-Fernsehen und das

Internet wichtige Informations- und Kommunikationsmedien. Die Folge allerdings ist, dass in vielen Fällen die Bemühungen, in deutscher Sprache kommunizieren zu können, vernachlässigt werden, in manchen Fällen überhaupt nicht von Interesse sind. Dem ist durch verbindliche Sprachkurse gegenzusteuern, wenn die wichtigste Voraussetzung für Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Sprache nämlich, nicht genügend beherrscht wird.

- Die Sprache ist nicht nur Verständigungsmittel, sie ist auch Teil der Kultur, in der der neue Bürger heimisch werden soll. Vom Zuwanderer ist daher zu erwarten, dass er die Anstrengungsbereitschaft und jene Ausdauer aufbringt, die zum Erlernen der Sprache erforderlich sind. Das Prinzip Fördern und Fordern, das generell auch für jeden Deutschen gilt, hat auch Gültigkeit für jeden Zuwanderer. Die vom deutschen Steuerzahler aufgebrauchten erheblichen Mittel zur sozialen Eingliederung lassen zu Recht diese zumutbare Gegenleistung erwarten.
- Um die Sprachentwicklung so früh wie möglich zu starten, sollte der Besuch einer Kindertagesstätte ab dem 3. Lebensjahr verpflichtend sein. Für ältere Kinder und Erwachsene sind kostenlose Sprachkurse tagsüber, abends und an Wochenenden anzubieten. Der Besuch und die regelmäßige Teilnahme sind Pflicht, ansonsten drohen Sanktionen in Form von Geldbußen und Kürzungen von Sozialleistungen. Für Lernungeübte sind zusätzlich spezielle Hilfen anzubieten.
- Mindestziel der Sprachbeherrschung ist ein Zertifikat der Stufe B1. Darauf sollte in den Folgejahren aufgebaut werden. Der Erfolg einer Sprachschulung ist durch eine unabhängige Prüfungskommission zu bescheinigen, die nicht gebildet wird aus Mitgliedern des den Sprachkurs durchführenden Instituts. (Näheres zu den Zertifikatsstufen über das Goethe Institut: Stufen A1 – C2 Deutschkurse und Deutschprüfungen – Siehe z.B. hier: <https://www.goethe.de/ins/in/de/spr/kon/stu.html>)

Keine Religion in staatlichen Kindertagesstätten und im Rahmen des Schulunterrichts – Ethikunterricht und Wertevermittlung sollten verpflichtend sein

- In Schulen bzw. Klassen mit einem hohen Anteil muslimischer Kinder, wie es in vielen Brennpunktbezirken der Fall ist, beeinflussen religiöse Riten, Normen und Einstellungen den Schulalltag. Leistungen und Sozialverhalten der Schüler in der Klasse werden beeinflusst zum Beispiel durch Ramadan-Fasten (Leistungsabfall, erhöhter Betreuungsaufwand des Lehrers), durch religiös begründetes Mobbing («Du Jude«, »Schweinefleischfresser«, »Ungläubiger«), durch Kopftuchtragen, das »reine« von »unreinen« Mädchen unterscheidbar machen soll. (Gleiches gälte auch für Kippa, auffällig getragene christliche Symbole oder ein provokatives Bekenntnis zum Atheismus.) Da Kindertagesstätten und Schulen die ersten wichtigen Orte der Integrationsanbahnung sind, be- und verhindern religiöse beziehungsweise weltanschauliche Unterschiede den Prozess der Einübung in die Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft. Die Konsequenz kann nur lauten: In staatlichen Kindertagesstätten und im Rahmen des staatlichen Schulunterrichts haben keinerlei Formen religiöser Praxis stattzufinden. Religion hat Privatsache zu sein und zu bleiben. Für Zeiten des Ramadan sind spezielle leistungssichernde Regelungen für die Schule zu erlassen.
- Weit über die Hälfte der in Deutschland geborenen muslimischen Kinder besucht eine Koranschule. In diesen wird überwiegend ein orthodoxer bis fundamentalistischer Islam gelehrt, der sich als allen anderen Religionen überlegen ansieht, die deutsche Gesellschaft abwertet, tendenziell Gewalt als Mittel der Politik befürwortet und insbesondere hinsichtlich ihrer Sexualmoral die westlichen Gesellschaften als verkommen beurteilt und von daher den Bemühungen um Integration zuwiderläuft. (Joachim Wagner erklärt in seinem Buch »Die Macht der Moschee« u.a. aufgrund des überwiegend orthodox orientierten Religionsunterrichts die Integration für gescheitert und fordert eine radikal überdachte Bildungspolitik (59)). Die Berufung auf die Religionsfreiheit ist aufgrund der faktischen Verfassungswidrigkeit vieler Koranschulen nicht zu akzeptieren. Zu akzeptieren aus Gründen der Religionsfreiheit dagegen

wären konfessionelle Schulen, die einen reformiert-aufgeklärten Islam lehren, wie er beispielsweise von den in Kapitel 2 genannten Vertretern wie Khorchide, Ourghi oder Ates gelehrt oder den in Kapitel 4 erwähnten liberalen und grundgesetzlich orientierten muslimischen Verbänden und Religionsgemeinschaften angeboten wird.

- Islamistische Äußerungen und Einstellungen von Schülern sind von Lehrenden keinesfalls zu »überhören«. Sie sind zu thematisieren, ihnen ist mit klaren und eindeutigen Argumenten zu begegnen. Als der Ermordung des Lehrers Samuel Paty gedacht werden sollte, kam es an vielen Schulen zu demonstrativen Ablehnungen durch muslimische Schüler. Der Schulleiter einer Berliner Schule berichtete von Widerständen seitens muslimischer Schüler gegen Schweigeminuten, es wurde im Gegenteil die Tötung des Lehrers Samuel Paty gutgeheißen. Hier sind Lehrer und Erzieher aufgefordert, das Thema Meinungsfreiheit und Religionskritik in allen geeigneten Unterrichtsfächern zu behandeln, an Beispielen zu konkretisieren und deren Bedeutung in einer Gesellschaft wie der unseren herauszuarbeiten. (Wie sehr eine deutsche Kultusbehörde bereits vor den Drohungen muslimischer Fanatiker kapituliert, wurde kurz vor Weihnachten 2020 durch ein Rundschreiben an alle Schulleiter des Landes Hessen deutlich (60)).

- Laut Grundgesetz ist der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen (leider immer noch!) ordentliches und benotetes Schulfach. Der Unterricht unterliegt staatlichem Aufsichtsrecht und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaften erteilt. Auf christlicher Seite sind die Religionsgemeinschaften die evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümer. Auf islamischer Seite haben sich bisher die großen islamischen Verbände, die DITIB, der Zentralrat der Muslime, der Islamrat und der Verband der islamischen Kulturzentren (siehe Kapitel 4!) dazu erklärt. Daran allerdings wird aus politischer wie juristischer Sicht zu Recht vehement Kritik geäußert. Zum einen erfüllen diese Verbände nicht die Kriterien einer Religionsgemeinschaft, ferner vertreten sie nur eine Minderheit der hier lebenden Muslime. Vor allem aber gelten sie als Vertreter eines orthodoxen und fundamentalistischen Islam und werden vom Ausland finanziell, personell und theologisch unterstützt. Sie sind als Vertreter eines politischen Islam zu bezeichnen und von daher aus politischen Gründen als Verhandlungspartner des deutschen Staates strikt abzulehnen. Aus Gründen des eindeutigen Bekenntnisses zu unseren Verfassungsgrundsätzen und gesellschaftlichen Werten dürften die Inhalte des islamischen Religionsunterrichts nur von den reformatorisch-humanistischen und »aufgeklärten« Muslimen (siehe Kapitel 2 und 4!) definiert und gelehrt werden. So lange noch Religionsunterricht in den staatlichen Schulen stattfindet, sind mit staatlicher Unterstützung umgehend legalisierte Ansprechpartner, das heißt verfassungskonforme Religionsvertretungen zu institutionalisieren.

- Neben dem die Schülerschaft spaltenden Religionsunterricht sollte ein gemeinsamer Ethikunterricht für alle Schüler, deutsche wie zugewanderte, verbindlich sein. Unterrichtsthemen sollten vor allem die wesentlichen Aussagen der verbreitetsten Religionen und ihr Verhältnis zueinander sein, die Bedeutung von Religionsfreiheit, die Rechte und Pflichten des Individuums in einer demokratischen Gesellschaft, die Errungenschaft der Menschenrechte wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, bis hin zu Fragen, wie man friedlich miteinander umgeht und Respekt für den anderen entwickelt, auch wenn er eine andere Meinung oder Weltanschauung hat. Das Land Berlin bietet hier bereits seit Jahren ein erprobtes Unterrichtsmodell von zwei Stunden in der Woche an.

- Wenn verhindert werden soll, dass sich Verhältnisse wie in Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh oder etwa Molenbeek in Belgien weiter ausbreiten und geradezu »Vorbilder« für jene werden, die von einer Herrschaft eines alles dominierenden Islam träumen, dann müssen in Schule und Medien jene Werte und Rechte nachhaltig thematisiert werden, die uns unsere offene, liberale und (bedingt!) tolerante Gesellschaftsordnung an Selbstbestimmung

und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Diese Themen sind – neben dem Ethikunterricht – möglichst in allen Unterrichtsfächern an geeigneter Stelle zu behandeln.

Integration bahnt sich nur an in Klassen mit maximal 20 bis 25 Prozent Migranten

- Gruppen in Kindertagesstätten und vor allem Schulklassen mit mehr als 25 Prozent Kindern von Zuwanderern mit mangelhaften Deutschkenntnissen sind hinsichtlich des Bildungserfolgs aller Schüler einer Klasse kontraproduktiv und überfordern Erzieher und Lehrer. Die vielfach zu beobachtenden Klassen mit bis zu 90 Prozent und mehr Migranten zeigen, dass im betreffenden Stadtteil mehr Zuwanderer leben als realistischer Weise an erfolgreicher Integrationsarbeit in die deutsche Gesellschaft und Kultur zu leisten ist. Bei mehr als 50 Prozent Zuwanderer in einer Klasse erfolgt eher eine »Integration« der deutschen Schüler in die Gruppe und Verhaltensformen der Zuwanderer. Soll Schule einen relevanten Beitrag zur Integration leisten, dann dürfen maximal ein Viertel der Schüler Zuwanderer sein. Der Gedanke der Patenschaftsübernahme für einen Zuwanderer durch ein deutsches Klassenmitglied sollte in Betracht gezogen werden, zum Beispiel in Form von Nebeneinandersitzen in der Klasse, gemeinsames Verbringen von Freizeiten, Kontaktaufnahme zwischen den Eltern.

- Lehrer sind völlig überfordert, wenn sie in Klassen zu unterrichten haben, in denen Kinder sitzen, die dem Unterricht aus sprachlichen Gründen nicht in ausreichendem Maße folgen können. Die Folgen sind erhebliche Bildungsdefizite und unerwünschte, weil integrationshemmende Isolation und Gruppenbildung innerhalb der nicht-einheimischen Kinder. Mangelhafte Bildung produziert Arbeitslosigkeit, diese wiederum kann schnell zu Frustration und Radikalisierung führen. Voraussetzung zur Teilnahme am Unterricht ist die Beherrschung der deutschen Sprache soweit, dass einem schulstufengemäßen Unterricht gefolgt werden kann. Das bedeutet in der Regel, dass Kinder von Zuwanderern einen altersgemäßen Sprachtest zu bestehen haben, gegebenenfalls zusätzlich täglich Sprachunterricht und im ungünstigsten Fall zunächst einen etwa einjährigen Deutschkurs zu absolvieren haben, bevor sie eine deutschsprachige Schule besuchen können.

- Da viele Klassen in Brennpunktbezirken einen deutlich zu hohen Migrantenanteil haben, ist ein Lehrer nicht mehr in der Lage, einerseits den Leistungsstarken und Leistungswilligen und andererseits gleichzeitig den Leistungsschwachen die nötige Aufmerksamkeit beziehungsweise Hilfestellung zu gewähren. Bei Überschreiten einer kritischen Anzahl von Migranten, erfahrungsgemäß meist aus dem türkischen und arabischen Kulturbereich kommend, ist mit deutlichen Leistungseinbrüchen zu rechnen. (Was vielfach durch großzügige Notenvergabe kaschiert wird!) Gelöst werden kann dieses Problem kurzfristig nur durch eine weitere Lehr- oder Hilfskraft oder durch Verteilen von Migrantenkinder auf Klassen anderer Schulen mit weniger Migrantenkindern. Langfristig nur dadurch, dass Migrantenfamilien nicht konzentriert in bestimmten Stadtteilen angesiedelt werden.

Ausländische und inländische Finanzierung des »Politischen Islam« unterbinden

- Zu Recht wird die Finanzierung der Moscheen und ihres Personals durch das Ausland – vorwiegend Türkei, Saudi-Arabien und Golfstaaten – kritisiert. Die türkische Religionsbehörde Diyanet stellt über DITIB seit Jahren von ihr bezahlte Prediger zur Verfügung, Saudi-Arabien investiert jährlich zwischen zwei und drei Milliarden Dollar in die Verbreitung der sunnitischen Version des Islam. Alle religiösen und weltanschaulichen muslimischen Vereine haben ihre Finanzierungen, zu der auch zum Beispiel der Grundstückserwerb gehört, offenzulegen. Gelder von Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, oder von autokratisch und streng muslimisch-religiös regierten Ländern, sind zumindest verdächtig, zu verfassungswidrigen Zwecken verwendet zu werden. (So hat zum Beispiel Dänemark jüngst ein Gesetz erlassen, dass die Geldannahme von sogenannten antidemokratischen beziehungsweise extremistischen Kräften zur Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland verbietet (61). Im Zusammenhang mit der Finanzierung von Moscheen stellt der Migrations-

forscher Ruud Koopmans die Frage, ob deutsche Fördergelder, die zu großen Teilen an Moscheen von DITIB und Milli Görüs gehen, dort in unserem Sinn Verwendung finden? Er spricht von einer mangelnde Abgrenzung der Bundesregierung von islamistischen Institutionen (62)). Es ist offensichtlich, dass durch diese vom Ausland kommenden Gelder Entwicklung und Ausbreitung einer politisch agierenden, Menschenrechte negierenden Religion unterstützt werden sollen, die unseren Verfassungsprinzipien in vielfacher Hinsicht widerspricht. Folglich sind alle Finanzierungsquellen und die Verwendung der Mittel den deutschen Behörden gegenüber offenzulegen.

- Es fließen Millionenbeträge an sogenannten Fördergeldern von Seiten der deutschen Bundesregierung an Organisationen und Vertreter des »Politischen Islam«, ohne dass erkennbar wird, wofür diese finanziellen Leistungen erbracht werden. Der Politologe Hamed Abdel-Samad übt scharfe Kritik an Innenminister Seehofer und verlangt, dass der Bundesrechnungshof eingeschaltet werden sollte, weil es sich ganz offensichtlich nicht um Fördermaßnahmen zur Integration handelt, sondern um eine Fehlleitung von Steuergeldern zur staatlichen Finanzierung von Aktivitäten des »Politischen Islam«. Sollte es wirklich nur einfältige Dummheit führender Regierungsmitglieder sein, die eine solche kontraproduktive Politik betreiben, indem sie die verdeckt agierenden, aber längst erkannten Feinde unserer Gesellschaftsordnung finanzieren? (63). Selbst innerhalb der CDU/CSU-Fraktion artikuliert sich inzwischen deutliche Kritik an der allzu blauäugigen Zusammenarbeit mit verschiedenen muslimischen Organisationen, zum Beispiel des Zentralrats der Muslime in Deutschland unter Führung des politisch undurchsichtigen Aiman Mazyek, und deren großzügige finanzielle Förderung. Die finanzielle Förderung insbesondere muslimischer Vereine und Organisationen, die im Verdacht stehen, direkt Ziele des »Politischen Islam« zu verfolgen, ist detailliert hinsichtlich Geldquellen und Verwendung zu überprüfen und gegebenenfalls einzustellen.

- Als Möglichkeit, sich vom Ausland unabhängig zu machen, werden in Analogie zur deutschen Kirchensteuer verschiedene Finanzierungsmodelle diskutiert. Eine Steuer vergleichbar der Kirchensteuer wurde vorgeschlagen, die unmittelbar von jedem Gläubigen an eine zentrale Stelle abgeführt und von dort an die Moscheen verteilt werden. Ein anderer Vorschlag lautet, eine Moscheesteuer zu erheben, die direkt der einzelnen Moschee zugutekäme. Des Weiteren wurde eine Halal-Steuer diskutiert, die auf islamisch zertifizierte Konsumgüter erhoben wird. Zu klären ist die Form der Einnahme und der Verwaltung der Gelder. Ein weiterer Gedanke sieht vor, die Imame neben ihrer Tätigkeit in der Moschee auch als Religionslehrer einzusetzen. Ein Teil des Gehaltes würde dann in Analogie zu christlichen Religionslehrern der Staat übernehmen. Der letzte Vorschlag widerspricht allerdings der Forderung, aus Gründen der Trennung von Staat und Religion generell den Religionsunterricht in den staatlichen Schulen abzuschaffen und die staatliche Finanzierung der Religionslehrer einzustellen. Der deutsche Staat sollte Bemühungen der Muslime in Deutschland unterstützen, sich von ausländischen Geldgebern, insbesondere jenen mit verfassungswidrigen Zielsetzungen, unabhängig zu machen.

- Regierung und Schulbehörden sollten statt der Zusammenarbeit mit den konservativen und orthodoxen, vielfach vom Ausland gesteuerten und finanzierten islamischen Verbänden vor allem den Kontakt zu den liberalen Verbänden und den vielen, teilweise säkularisierten Muslimen suchen. Diese zeigen ihren Glauben nicht mehr demonstrativ nach außen, sondern leben ihn privat oder pflegen ihn nur noch als Tradition. Sie passen sich insofern problemlos den Prinzipien einer offenen und liberalen Gesellschaft an. Deshalb die Forderung: Kein Geld an Verbände, die als verlängerter Arm ausländischer Regierungen agieren und deren betontes Interesse die Verbreitung einer im Mittelalter stehen gebliebenen Religion ist, einschließlich des langfristigen Ziels der Islamisierung der gesamten Gesellschaft.

Nur aufgeklärter Islam und liberale muslimische Verbände sind kompatibel mit offener und liberaler Gesellschaft

- Wir sollten die Anmaßungen der orthodoxen bis fundamentalistisch eingestellten Muslimverbände wie DITIB, ZMD oder etwa des Islamrats, deren größter Verband Milli Görüs ist, für die Muslime in Deutschland zu sprechen, entschieden zurückweisen. Sie vertreten allenfalls ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime. Der unangemessen große Einfluss dieser konservativen, teilweise vom Verfassungsschutz beobachteten Islamverbände ist zurückzudrängen. Die Vielzahl der reformatorisch-humanistischen beziehungsweise »aufgeklärten« Auffassungen (siehe Kap. 4!) einer islamischen Glaubenslehre dagegen werden derzeit von unseren staatlichen Stellen, zum Beispiel den schulischen Religionsunterricht betreffend, fast systematisch ignoriert. Diese sollten dagegen stattdessen unterstützt, ihr Aufbau gefördert und zumindest auch als rechtmäßige und anerkannte Verhandlungspartner betrachtet werden.
- Die Zusammensetzung der Deutschen Islam-Konferenz ist völlig neu vorzunehmen. Derzeit einflussreiche Verbände wie DITIB und der Zentralrat der Muslime (ZMD) verfolgen Ziele, die mit unserer Gesellschaftsordnung definitiv nicht in Einklang zu bringen sind und mit guten Gründen zunehmend mit Misstrauen betrachtet werden. Stattdessen sind zukünftig sowohl Verbände der reformatorisch-humanistischen beziehungsweise »aufgeklärten« Auffassungen der islamischen Glaubenslehre zu beteiligen (siehe Kap. 4!) als auch renommierte Einzelpersonlichkeiten, wie sie sich seit Jahren in Wort und Schrift an der öffentlichen Diskussion über Islam und Integration beteiligen. Beispielhaft sind die wiederholt erwähnten Persönlichkeiten zu nennen vom Range etwa einer Seyran Ates, Necla Kelek, Lale Akgün (SPD) oder eines Bassam Tibi, Hamed Abdel Samad, Ahmad Mansour, Ali Ertan Toprak (CDU).
- Wir sollten uns zu unseren Werten und Normen, den Ideen der Aufklärung sowie den Vorzügen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung selbstbewusst – nicht arrogant! – bekennen in Worten und durch Vorleben, statt diese durch Selbstzweifel und Selbsthass in Frage zu stellen. Schulen und Hochschulen, der eigene Arbeitsplatz, Soziale Medien, Leserbriefe bieten sich an als Orte diesbezüglicher Bekenntnisse. Dürfen wir nicht mit einem gewissen Stolz auf Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und andere grundlegende Rechte verweisen? Auch wenn diese an neue Entwicklungen immer wieder auch angepasst werden müssen. Nur ein klares verfassungskonformes, dabei weltoffenes Bekenntnis zu unserer Gesellschaftsordnung und Kultur kann die Gegenseite beeindrucken und ihr Respekt und die notwendige Anerkennung abgewinnen. Der Vorwurf, sachliche Kritik am Islam und am Verhalten von Muslimen sei islamophob oder rassistisch, ist entschieden zurückzuweisen.
- Scharf kritisiert werden sollte die Zusammenarbeit der beiden Kirchen mit den orthodoxen und fundamentalistischen Vertretern des Islam. Es sollten die Gründe offen thematisiert werden, die diese beiden Institutionen mit dem Islam verbinden. Es ist offenbar die gemeinsame Ablehnung einer Gesellschaft, die sich zunehmend säkularisiert, das heißt, sich einer vernunft- und wissenschaftsorientierten Sicht auf die Welt öffnet. Die beiden großen Religionen Christentum und Islam sehen sich in dem Ziel verbunden, aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzugreifen, um deren weitere Säkularisierung aufzuhalten. Dabei maßen sie sich über den Bereich ihrer Mitglieder an, über die Politik religiöse Vorstellungen allen Bürgern aufzuzwingen. Dem ist durch Betonung der Grundsätze und Werte der offenen und liberalen Gesellschaft entschieden entgegenzuwirken – in Schule, in den Medien, in der Politik.
- Nur der liberale bzw. aufgeklärte Islam ist durch die Religionsfreiheit geschützt. Dazu sind die theologischen Aktivitäten an der Universität Münster um Professor Mouhanad Khorchide, in Berlin um Imamin Seyran Ates und in Freiburg um den Theologen Abdel-Hakim Ourghi und ähnliche Entwicklungen von der Politik ausdrücklich anzuerkennen, zu unterstützen und in alle Formen integrationsfördernder Maßnahmen einzubeziehen. Darüber hinaus sind liberale Vereinigungen und Organisationen wie der »Liberal-Islamischer Bund«, das »Muslimische Forum Deutschland« und die »Initiative Säkularer Islam« (siehe Kap. 4!) von der Politik ebenfalls ausdrücklich zur Zusammenarbeit bei allen Bemühungen im Zusammenhang mit Integration aufzufordern und einzubeziehen. Es gilt, die große Zahl der integrierten, liberalen und säkularisierten Muslime zu organisieren und als politische Kraft zu etablieren und sie

den muslimischen Verbänden mit ihrer polit-ideologischen Zielsetzung und jenen Moscheen mit orthodoxen und fundamentalistischen Vorstellungen, die derzeit noch ihre politische Macht ausspielen, entgegensetzen.

Appell an die meinungsbildenden Medien, Politiker und Islamwissenschaftler

- Wir sollten in Leserbriefen, Kommentierungen in den sogenannten Sozialen Medien oder Diskussionsbeiträgen in Veranstaltungen zum Ausdruck bringen, dass wir die in vielen Fällen einseitige, verharmlosende und beschönigende Berichterstattung in den täglichen Nachrichtensendungen des Fernsehens nicht widerspruchlos hinnehmen. Zu beanstanden ist, dass nicht ins erwünschte politische Bild passende Fakten weggelassen oder heruntergespielt werden und dass damit zu den vielfältigen Formen des Verstoßes gegen die Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung durch bestimmte muslimische Kreise hinweggesehen wird. Diese oft nur die halbe Wahrheit, zumindest unangemessen relativierenden Berichte folgen einem Muster, das schon die Berichterstattung über politische Ereignisse als »gut gemeinte« pädagogische Maßnahme begreift. Berichte in Tageszeitungen und Nachrichtensendungen in erzieherischer Absicht, oft einem übergeordneten Framing-Konzept folgend, sind einer aufgeklärten Gesellschaft nicht würdig. Das schließt nicht aus, in begründeten Fällen auch unverhältnismäßige oder kontraproduktive Verhaltensweisen seitens Vertreter der Aufnahmegesellschaft zu kritisieren. Aber Nachricht und Meinung sind zu trennen! Um es noch deutlicher zu sagen: Große Teile des Journalismus haben sich der Politik und der Moral angeeignet, unter Vernachlässigung ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich zunächst so objektiv wie möglich zu berichten. Ihre erste Aufgabe ist es nicht, uns in den ersten Meldungen gleich die »richtige Sicht der Dinge« zu vermitteln, dafür sind Kommentare und Meinungsspalten da. Ich erinnere an die laut Studie der Hamburger Media School und des Presseinstituts der Universität Leipzig absolut tendenziöse Berichterstattung der deutschen Zeitungen über die Flüchtlingskrise 2015/2016: »Zeitungen waren eher Volkserzieher als kritische Beobachter.« (64).

- Einseitig ist auch die Berichterstattung über antisemitisches Verhalten von muslimischer Seite. Solches wurde in letzter Zeit so gut wie gar nicht mehr in den öffentlich-rechtlichen Medien als existent erwähnt. Die politische Wirklichkeit zeichnet ein anderes Bild. Die Texte von Milli Görüs sind voller antisemitischer Aussagen. Auf Schulhöfen mit einem großen Anteil von muslimischen Schülern sind antisemitische Beleidigungen an der Tagesordnung. Auf dem (bisher) alljährlich stattfindenden Al-Quds-Marsch durch Berlin wird regelmäßig das Existenzrecht von Israel bestritten und Hassparolen der verschiedensten Art geäußert. Während Christen sich heute von der in der Bibel formulierten Schuld der Juden am Tod von Jesus und damit vom Antijudaismus distanzieren und die zweitausendjährige Verfolgung der Juden durch die Kirchen im höchsten Maße bedauern, gibt es seitens der Vertreter des orthodoxen Islam glaubhafte Erklärungen dieser Art dazu nicht. Die Vielzahl der antijüdischen Aussagen im Koran wird nach wie vor als gültig betrachtet, sodass von einem durch den Koran legitimierten muslimischen Judenhass beziehungsweise islamischen Antijudaismus gesprochen werden muss. Der jüdische Historiker Michael Wolffsohn beklagt in der Neuen Zürcher Zeitung und in der Jüdischen Allgemeinen eine zunehmend grösser werdende muslimische Minderheit, die sich radikalisiert, weil mit den muslimischen Zuwanderern auch deren nationale und regionale Konflikte importiert würden. Zum ändern hätten sich leider auch Gruppen unserer Gesellschaft mit den antijüdischen und antizionistischen Extremisten aus dem arabischen Raum identifiziert. Er erwähnt dabei ausdrücklich Teile der LINKEN (65). In unseren abendlichen Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, die übrigens die Hauptquellen der täglichen Information für das Gros der Bevölkerung darstellen, erfuhr man bisher vom muslimischen Antisemitismus so gut wie nichts. Selbst Josef Schuster, Präsident der Jüdischen Gemeinde, bemängelte wiederholt die dürftige diesbezügliche Berichterstattung durch die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen. Geradezu Daten fälschend verhält sich das Bundeskriminalamt (BKA) und auch Teile der Polizei: Sind politisch motivierte Straftaten (PMK) nicht zuzuordnen, werden sie aufgrund einer Vorgabe des Bundeskriminalamtes als PMK-rechts registriert (66). Man sollte sich also bei Meldungen über »rechten Antisemitis-

mus« immer gleich auch fragen, wie korrekt, wie wahrheitsgetreu und wie vollständig die diesbezügliche Berichterstattung ist.

- Eine bemerkenswerte Ausnahme von der Tabuisierung muslimischen Antisemitismus veranlasste jüngst der israelisch-palästinensische Konflikt im Mai 2021. Hier wurde in den deutschen Zeitungen und von deutschen Politikern plötzlich davon gesprochen, dass von muslimischer Seite offener und hasserfüllter Antisemitismus ausginge. Eine Feststellung, die bisher stets als mehr oder weniger islamfeindlich galt und entgegen korrekter Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien systematisch tabuisiert wurde. Es bleibt abzuwarten, ob den Forderungen der Politiker nach Konsequenzen nun wirklich Taten folgen, sowohl in den Berichten der öffentlich-rechtlichen Medien, in der Strafverfolgung und der notwendigen Aufklärung durch politische Bildung in der Schule und Sozialarbeit bei Jugendlichen und Erwachsenen. Eine kleine Randbemerkung sei noch angefügt: Am Tag der überraschend heftigen antisemitischen Proteste drückte sich die ARD-Tagesschau vor einer klaren Berichterstattung, aus der hervorgegangen wäre, dass es überwiegend oder ausschließlich muslimische Migranten sind, die hier ihre antisemitischen Parolen skandierten. Im Framing-Konzept der ARD war dieser Fall offenbar nicht vorgesehen. Also wurde zunächst bewusst unklar berichtet, welcher Herkunft die Demonstrierenden und Krakeelenden sind, um ja nichts »Unkorrektes« verlauten zu lassen. Man sollte daraus wieder einmal lernen, dass es bestimmten Medien nicht um eine möglichst objektive Berichterstattung geht, sondern um eine Form des Informierens, die gleichzeitig den politisch erwünschten Blick auf die Situation vermittelt (67).

- Was ist von türkischen und arabischen Fernsehsendern zu halten, die hier über Satellit oder als örtliche Sender empfangen werden können und ganz offenbar in großer Zahl von Zuwanderern aus diesen Herkunftsländern gesehen werden? Es ist nach aller Erfahrung mit den Herkunftsländern schwer vorstellbar, dass sie als ausländische Sender für die Integration in die deutsche Gesellschaft werben. Der in Duisburg stationierte Fernsehsender »Kanal Avrupa« wird von der DITIB ausdrücklich empfohlen. Diese Empfehlung macht kritische Stimmen verständlich, wenn diese feststellen, dass dieser Sender »sich massiv gegen vermeintliche Assimilation wendet, gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung durch Deutsche ...« (68). Die Frage muss erlaubt sein, welches Interesse deutsche Politik an der Genehmigung eines solchen integrationspolitisch kontraproduktiv wirkenden Senders haben kann.

Ergänzend zu diesem letzten Kapitel kann ein Beitrag des Migrationsforschers Ruud Koopmans vom WZB mit dem Titel »Was jetzt passieren muss« empfohlen werden (69).

9. Schlussbemerkungen

Ich bin der Überzeugung, dass die Gefahren, die uns in Deutschland und in weiten Teilen Europas vom »Politischen Islam« drohen, dramatisch unterschätzt werden. Die Politik, wie sie etwa von der Deutschen Islamkonferenz betrieben wird, arbeitet fast ausschließlich mit Verbänden zusammen, die definitiv nicht als Freunde oder gar Verteidiger unserer Gesellschaftsordnung bezeichnet werden können. Die abendlichen Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die die wesentlichen meinungsbildenden Sendungen für breite Bevölkerungsschichten darstellen, berichten kaum über Absichten, die sich hinter dem Begriff des »Politischen Islam« verbergen. Jugendliche, die einen Großteil der Wähler der islamunkritischen GRÜNEN bilden, erreicht das tägliche Informationsangebot der Medien überhaupt nicht, wie eine aktuelle Studie #UseTheNews des Leibniz-Instituts für Medienforschung nachweist. Jugendliche informieren sich erfahrungsgemäß hauptsächlich anhand der über ihre Smartphones gelieferten Schlagworte, die ihnen nur das Gefühl vermitteln, informiert zu sein, tatsächlich aber keine auch nur halbwegs umfassende Orientierung darstellen.

Politische Dokumentationen, die Probleme und Gefahren offener ansprechen, werden spät am Abend gesendet und interessieren nur einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung. Talk-

shows von ARD und ZDF verfolgen mehr oder weniger die Tendenz, die politische Linie der Regierenden und der GRÜNEN und LINKEN zu stützen und behandeln Probleme der Migration durch muslimische Zuwanderer nur bedeckt und beschönigend. Gelegentlich wird ein Alibi-Gegner eingeladen, gern ein extremer Vertreter der AfD. Man hat den Eindruck, dass dessen Einladung mit dem Ziel erfolgt, gegenteilige Auffassungen grundsätzlich als unbegründet bis absurd erscheinen zu lassen. Mit anderen Worten: Das Gros der Bevölkerung ist nicht hinreichend informiert über das, was sich im Unter- und Hintergrund an Gefahrenpotential gebildet hat. Es sind eben weniger die spektakulären Aktionen islamischer Attentäter, die sich von Zeit zu Zeit ereignen und deren Abwehr den Eindruck erwecken, dass unser Staat sich, wenn auch mit ein paar »bedauerlichen Opfern«, erfolgreich wehren kann. Die dramatischen Bedrohungen gehen von den kaum bekannten, in der Regel unspektakulären Aktivitäten der Gegner unserer offenen und liberalen Gesellschaft aus, von den überwiegend ihre Ziele verborgen haltenden, sogenannten legalistisch arbeitenden Vertretern des »Politischen Islam«, angetrieben von der Überzeugung, im Besitz der einzig wahren Religion zu sein, und finanziell und personell aus dem muslimischen Ausland unterstützt.

Ein Blick in Richtung der muslimisch geprägten arabischen oder asiatischen Länder sollte genügen, um die polit-religiösen Vorstellungen der tonangebenden deutschen orthodoxen, politisch agierenden Verbände als absolut indiskutabel zu bezeichnen. Ein aggressiv missionierender, gegenüber anderen Weltanschauungen absolut intoleranter Islam nach Koran und Scharia stellt die Werte unserer offenen und liberalen Gesellschaft in Frage. Toleranz gegenüber Intoleranz ist das Ende der Toleranz. Sich hier auf die Religionsfreiheit berufen, aber dort, wo der Islam die herrschende Religion darstellt und von wo auch die politische und finanzielle Unterstützung für ihre Aktivitäten kommt, ist von Religionsfreiheit absolut keine Rede. Diese Doppelzüngigkeit ist skandalös und sollte endlich öffentlich thematisiert werden.

Sollte es tatsächlich politische Naivität sein, mit der die Zusammenarbeit unserer Politiker mit den muslimischen Verbänden erfolgt, verbunden mit der – eigentlich gerechtfertigten – Überzeugung, dass letztlich unsere Gesellschaftsordnung mit ihren Freiheiten das System sei, das auch dem Islam als reine, persönlich gelebte Glaubenslehre seinen Platz neben den anderen Weltanschauungen anbietet? Verkannt wird dabei meines Erachtens der unbeugsame Wille des »Politischen Islam«, seiner polit-religiösen Ideologie um jeden Preis zum Durchbruch zu verhelfen. Oder sollte das Kalkül unserer den Kirchen nahestehenden Politiker darin bestehen, in einem politisch agierenden Islam den Partner zu sehen, der langfristig der Religion allgemein und speziell den Kirchen wieder die Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zurückgeben soll, die sie einst besaßen?

Einige Politiker und der Verfassungsschutz sehen die Gefahren und versuchen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Es sind erst wenige Politiker, die sich in dieser Richtung engagieren. Anfangs waren es Mitglieder der AfD, die sich dieser Thematik annahmen. Die AfD hat sich allerdings als Partei aufgrund ihrer ungeklärten Beziehungen zur rechtsextremen Szene aus einer ernstzunehmenden Diskussion ausgeklinkt. Einige Politiker der CDU und vereinzelt Vertreter von SPD und GRÜNEN treten für eine ehrliche Diskussion der Problematik ein. Der Bundestag hatte im November 2020 einen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP gebilligt, ein Verbot der Vereine der Grauen Wölfe wenigstens zu prüfen (70). Der Verfassungsschutz ist ebenfalls gut informiert über die Gefahrenlage, die sich aus den Zielsetzungen des »Politischen Islam« ergibt. Er wird aber in seiner Aufklärungsarbeit politisch gezügelt und parteipolitisch instrumentalisiert, weil solche Informationen offenbar nicht in das politische Konzept der Migrationspolitik der Bundesregierung passen. Oder sollte tatsächlich ein erstes Umdenken stattfinden aufgrund fragwürdiger Aktivitäten orthodoxer, sprich: politisch-islamischer Verbände, deren ausländische Auftrag- und Geldgeber nicht mehr zu ignorieren sind?

Das ständige Beschwören des Rechtstextremismus durch unsere Politiker als größte innenpolitische Gefahr wird unglaublich, wenn die rechtsextremen Grauen Wölfe oder die ebenso verfassungsfeindliche Muslimbruderschaft und die mit ihnen eng zusammenarbeitenden muslimischen polit-religiösen Verbände nicht ebenso ins Visier der Politik genommen wer-

den. Und ob die Mehrheit der Bevölkerung sich überhaupt für die Bewahrung unserer Grundordnung interessiert, mag auch bezweifelt werden. Offenbar ist es einem großen Teil wichtiger, abends täglich (!) die Auswahl unter mindestens (!) fünf Kriminalfilmen zu haben und sich durch mehr oder wenige geistlose Ratespiele unterhalten zu lassen. In unserer Demokratie, die eigentlich auf das Mitdenken und Mithandeln aller Bürger angewiesen ist, wird das verantwortungsvolle und vorausschauende politische Denken und Handeln nur von ganz Wenigen als Möglichkeit und Pflicht wahrgenommen. Ist es das Ergebnis fehlender politischer Bildung oder ist es die Natur des Menschen, die dazu neigt, das Leben zu genießen und das mühsame politische Geschäft, das geordnete und friedliche Zusammenleben zu organisieren, wenigen Anderen zu überlassen? Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Meinungsfreiheit sind jedoch keine Selbstverständlichkeiten, sie sind ständig bedroht, sie müssen folglich ständig geschützt und verteidigt werden – und zwar von uns allen.

Ist es nicht höchst bemerkenswert, dass die kompetentesten und glaubwürdigsten Kritiker unserer derzeitigen Migrationspolitik und der naiven Einschätzung des Islam groteskerweise Zuwanderer aus muslimischen Ländern sind? Ich denke – neben den schon mehrfach erwähnten Männern und Frauen wie Hamed Abdel-Samad, Seyran Ates oder etwa Ahmad Mansour – zum Beispiel auch an Necla Kelek, Ralph Ghadban, die Politiker Lale Akgün (SPD) und Ali Ertan Toprak (CDU), ferner an Bassam Tibi, Mina Ahadi, Ayaan Hirsi Ali oder etwa Imad Karim. Sie alle haben am eigenen Leib erfahren, was es heißt, in Ländern zu leben, die streng religiös-islamisch ausgerichtet sind. Sie sind wahre Vertreter einer offenen Gesellschaft, mit denen unsere Politiker zusammenarbeiten sollten, statt vor allem muslimische Organisationen, die verfassungswidrige polit-religiöse Heilslehren umzusetzen versuchen, politisch zu hofieren und teilweise sogar zu finanzieren. Zu Recht stellt Seyran Ates fest: »Der Kampf muss gegen den politischen Islam geführt werden« (71). Diese um Aufklärung bemühten Kritiker eines die gesamte Gesellschaft vereinnahmenden und strangulierenden Islam werden mangels Gegenargumenten (oder etwa anderer fragwürdiger Interessen wegen?) von den meisten Medien und politischen Beobachtern in ihrer Bedeutung verkannt, möglichst totgeschwiegen, wenn sie nicht sogar als islamophobe Hetzer denunziert werden.

Ich schließe mit einem Wort der Schriftstellerin Monika Maron, das sie bereits im April 2015 in der Zeitung »Die Welt« formulierte: **»Islamisierung beginnt nicht erst, wenn der Islam in Deutschland Staatsreligion geworden ist, sondern wenn er unsere rechtsstaatlichen und zivilisatorischen Grundsätze mit seinen religiösen Ansprüchen unterläuft.«**

Anmerkungen:

Ich bin ein entschiedener Vertreter der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dennoch lehne ich die sog. geschlechtergerechte Schreibweise durch ein angehängtes *innen oder ähnliche Konstruktionen als Verunstaltung der deutschen Sprache ab. Stattdessen benutze ich, wie schon immer so gemeint und verstanden, das generische, also geschlechtsneutrale Maskulinum. Generisch laut Fremdwörter-Duden: das Geschlecht oder die Gattung betreffend.

Hinweise: Einige wenige Quellen weisen eine Bezahlschranke auf, die mitunter erst nach einiger Zeit des Erscheinens des Artikels aktiviert wurde. In den Überschriften und ersten Zeilen sind dennoch meistens Kernsätze zum Inhalt noch lesbar. In manchen Fällen ist das kostenlose Weiterlesen möglich. Die Internetseiten wurden zuletzt im Mai 2021 aufgerufen.

1) Uwe Lehnert: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde – und ihre fehlenden Freunde. hpd, 13.06.2018 – <https://hpd.de/artikel/offene-gesellschaft-und-ihre-feinde-und-ihre-fehlenden-freunde-15694>

2) Uwe Lehnert: Sind wir noch entschlossen, unsere Gesellschaftsordnung und ihre Werte zu verteidigen? – Was sind uns Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte wert?

– hpd, 27.07.2016 – <https://hpd.de/artikel/sind-uns-rechtsstaatlichkeit-demokratie-und-menschenrechte-wert-13364?nopaging=1>

Ausführlicher hier: Definition der grundlegenden Europäischen Werte – Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre Bedeutung für unsere heutige Gesellschaft – <https://teamfreiheit.info/wp-content/uploads/2015/02/Definition.pdf>

3) Ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland, der neben vielen anderen Finanzierungen religiöser Institutionen die Kosten für Ausbildung und Beschäftigung von Theologen und Religionslehrer übernimmt, kann nicht als weltanschaulich neutral bezeichnet werden.

4) Wie weit in Deutschland Rechtsstaatlichkeit nur noch als hehres Verfassungsprinzip existiert, in der Praxis dagegen für den Bürger nicht mehr garantiert werden kann, wird aus zwei Schriften deutlich: 1. Hans-Jürgen Papier: Die Warnung – Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird – Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an. Wilhelm Heyne Verlag München, 2019, 2. Auflage, 270 S. / 2. Ralph Knispel: Rechtsstaat am Ende – Ein Oberstaatsanwalt schlägt Alarm. Ullstein Buchverlage Berlin, 2021, 1. Edition, 240 S.

Siehe dazu auch einen ausführlichen, geradezu erschütternden Bericht im Berliner Tagespiegel vom 01.03.2021 über die katastrophale Situation in der Berliner Justiz – <https://plus.tagesspiegel.de/gesellschaft/der-rechtsstaat-ist-am-ende-wie-ein-berliner-oberstaatsanwalt-die-fassung-verlor-109487.html> (Bezahlschranke)

5) Julian Nida-Rümelin: Über Grenzen denken - Eine Ethik der Migration. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2017, 241 S. Hier Kapitel VIII.

6) Marcel Leubecher: Türkische Migranten - Islam-Gebote stehen über dem Gesetz, findet fast die Hälfte. Welt, 16.06.2016 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/article156269271/Islam-Gebote-stehen-ueber-dem-Gesetz-findet-fast-die-Haelfte.html> / Unter Muslimen befürworteten 29 Prozent Gewalt gegen Glaubensfeinde ohne und 47 Prozent mit vorangehendem Koranzitat – Gewalt und Religion: https://fowid.de/meldung/gewalt-und-religion?fbclid=IwAR2ZBqHcwoiflkI5gTiEj18lqo5VjSI_nh8DQmd7OVz32KujWREHOVwV-Q

7) Offener Brief der Giordano-Bruno-Stiftung u. a. an die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts vom 20.01.2011, in dem die richterliche Unabhängigkeit gefährdet gesehen wird, weil über den Arbeitskreis »Foyer Kirche und Recht« regelmäßig Arbeitsgespräche z. B. zwischen Bundesverfassungsgericht und den beiden Kirchen stattfinden. Briefwechsel zwischen dem Sprecher der Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon, und dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, einsehbar unter: www.giordano-bruno-stiftung.de/meldung/hinkende-trennung-kirche-justiz

Eine weitere Information dürfte i.d.Z. nicht uninteressant sein: Acht Richter des Bundesverfassungsgerichts haben päpstliche Orden für Verdienste um die katholische Kirche verliehen bekommen. Siehe die Ausführungen dazu in Carsten Frerk: Kirchenrepublik Deutschland, 2015, S. 295. Frerk führt die sieben Richter namentlich auf, ein achter ist inzwischen dazu gekommen (persönliche Mitteilung von Carsten Frerk). Die Dekorierten gehören fast alle dem Zweiten Senat an, der für Kirchenfragen zuständig ist.

8) Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003. Hier: Absatz 124 (Zählung rechte Spalte) der »Gründe« – https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2003/09/rs20030924_2bvr143602.html

9) Thomas Thiel: Islamkonferenz - Vorzugsbehandlung für Fundamentalisten? faz-net, 11.11.2020 – <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/falsch-beraten-hamed-abdel-samad-rechnet-mit-der-islamkonferenz-ab-17047518.html> (Bezahlschranke) / Hamed Abdel-

Samad: Die Islamverbände erzählen den Politikern Märchen. Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2020 – <https://www.nzz.ch/meinung/hamed-abdel-samad-die-islam-verbaende-erzaehlen-den-politikern-maerchen-ld.1587874>

10) Rainer Herrmann: Kritik an Seehofer - Was die Islamkonferenz leisten kann. faz-net, 14.11.2020 – <https://www.faz.net/aktuell/politik/kritik-an-seehofer-was-kann-die-islamkonferenz-leisten-17051591.html>

11) Hamed Abdel-Samad: Niemand hat die Islamisten mehr hofiert als die Grünen – Interview mit Hamed Abdel-Samad. Cicero, 11.11.2020 – <https://www.cicero.de/innenpolitik/hamed-abdel-samad-islamkonferenz-terror-integration>

12) Interview mit Ahmad Mansour: „Muslime müssen selbst den deutschen Islam formen“. Die Zeit, 27.09.2016 – <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/islamkonferenz-ahmad-mansour-bilanz/komplettansicht>

13) »statista« Business Data Plattform – <https://de.statista.com> / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg – https://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite_node.html . Zahlen auch nach einer Meldung des Deutschlandfunks am 27.04.2021

14) Sigrid Herrmann-Marschall: Politischer Islam – Düsseldorfer Organisationen und Netzwerke, Vortrag – <https://www.youtube.com/watch?v=RnTPnjoMSRq> / Sigrid Herrmann-Marschall zu Gast beim Düsseldorfer Aufklärungsdienst. hpd, 15.4.2021 – <https://hpd.de/artikel/islamismus-expertin-spricht-ueber-duesseldorfer-strukturen-des-politischen-islams-19192>

15) Muslime – Religion ist wichtiger als das Gesetz. Welt, 12.12.2013 – https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article122833884/Muslime-Religion-ist-wichtiger-als-das-Gesetz.html / Matthias Herren: Elementare Kluft. NZZ, 01.02.2016 – <https://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/fundamentalismus-unter-muslimischen-migranten-elementare-kluft-ld.4728/> / Ruud Koopmans: Islamischer religiöser Fundamentalismus ist weit verbreitet. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 9.12.2013 – <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/islamischer-religioeser-fundamentalismus-ist-weit-verbreitet> / Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland: Gewalt und Religion. fo-wid, 28.04.2021 – https://fowid.de/meldung/gewalt-und-religion?fbclid=IwAR2ZBqHcwoiflkl5gTiEj18lqo5VjSI_nh8DQmd7OVz32KujWREHOVwV-Q

16) Armin Pfahl-Traughber: Definition und Unterschiede aus menschenrechtlicher Perspektive - Feindschaft und Kritik gegenüber Islam und Muslimen. hpd, 9.1.2015 – <https://hpd.de/artikel/10935?nopaging=1>

17) Marc Röhl: Türken in Deutschland haben deutlich häufiger Erdogan gewählt als in der Türkei. Spiegel, 25.06.2018. – <https://www.spiegel.de/panorama/tuerkei-wahl-so-haben-tuerken-in-berlin-stuttgart-und-koeln-fuer-recep-tayyip-erdoan-gestimmt-a-00000000-0003-0001-0000-000002540455> Danach wählten die in Deutschland wahlberechtigten Türken Erdogan mit durchschnittlich 64,8 Prozent.

18) Britta Sandberg: Gegen den Feind im Innern. Spiegel, 10.12.2020 – <https://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-emmanuel-macron-will-mit-laizismusgesetz-islamismus-bekaempfen-a-50fc2c58-5f35-4f94-b251-e2be97d547f5> / Französisches Kabinett billigt Gesetzespaket gegen Islamismus. Zeit Online, 9.12.2020 – <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/frankreich-kabinett-gesetz-islamismus-radikalisierung-internet-strafen> / Stefan Brändle: Eine "Imam-Charta" gegen Frankreichs Parallelgesellschaften. DerStandard, 16.2.2021 – <https://www.derstandard.de/story/2000124210537/eine-imam-charta-gegen-frankreichs-parallelgesellschaften>

- 19) Judith Kormann: Frankreichs Kirchen befürchten eine Einschränkung der Religionsfreiheit. Neue Zürcher Zeitung, 09.02.2021 – <https://www.nzz.ch/international/frankreich-kirchen-kritisieren-gesetz-gegen-separatismus-ld.1600618> / Tanja Kuchenbecker: Gesetz gegen radikalen Islam bringt Macron in Bedrängnis. Handelsblatt, 9.12.2020 – <https://www.handelsblatt.com/politik/international/terror-in-frankreich-gesetz-gegen-radikalen-islam-bringt-macron-in-bedraengnis/26701594.html?ticket=ST-5132950-LpLQ97SxnTWhTpgmZfuN-ap3> / Guy Millière: Macron hat den Kampf gegen Radikalismus aufgegeben. Gatestone Institut, 30.4.2012 – <https://de.gatestoneinstitute.org/17326/frankreich-kampf-radikalismus> Anmerkung: Gatestone Institute gilt als rechtskonservative Institution und wird daher von bestimmten Seiten als islamfeindlich und von daher als nicht zitierfähig bezeichnet. Ich habe den Bericht hier verlinkt, weil der Autor einen Namen hat und weil die Vielzahl der meist konkreten Aussagen überprüfbar ist und tendenziell dem entspricht, was auch deutschsprachige Zeitungen, wenn auch oft zurückhaltender und relativiert, schreiben. Der Leser möge sich ein eigenes Urteil bilden, statt pauschalen Vorverurteilungen nach dem Rechts-Links-Schema zu folgen.
- 20) Michaela Wiegel: Macrons Wertecharta - Ein Generalverdacht gegen Muslime? FAZ.NET, 28.01.2021 – <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macrons-wertecharta-generalverdacht-gegen-muslime-17167915.html> (Bezahlschranke) / Lucia Puttrich und Susanne Schröter: Eine Antwort auf den politischen Islam ist nötig. faz.net, 03.01.2021 – <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-von-lucia-puttrich-eine-antwort-auf-politischen-islam-ist-noetig-17128779.html> (Bezahlschranke)
- 21) Andrea Nüsse: Kulturkampf an französischen Hochschulen - So schnell wird man zum „islamophoben Faschisten“. Tagesspiegel, 16.03.2021 – <https://www.tagesspiegel.de/politik/kulturkampf-an-franzoesischen-hochschulen-so-schnell-wird-man-zum-islamophoben-faschisten/27006476.html> / Christine Buchholz: Frankreich – Kampf gegen Linke und Muslime. Christine Buchholz, DIE LINKE, 30.03.2021 – <http://christinebuchholz.de/2021/03/30/frankreich-kampf-gegen-linke-und-muslime/> Helmut Ortner: Allah und die Linke. presenza INTERNATIONAL PRESS AGENCY, 24.05.2021 – <https://www.presenza.com/de/2021/05/allah-und-die-linke/>
- 22) Michaela Wiegel: Wie Salafisten in Vorstädten die Kontrolle übernehmen. faz.net, 30.01.2021 – <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-wie-salafisten-in-vorstaedten-kontrolle-uebernehmen-16606507.html> (Bezahlschranke)
- 23) Bundeskanzler Kurz: Terrorismus und politischen Islam mit allen Mitteln bekämpfen - Ministerrat verabschiedet umfassendes Anti-Terror-Paket. 11.11.2020 – <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-terrorismus-und-politischen-islam-mit-allen-mitteln-bekaempfen.html> / Kurz will Terroristen "ein Leben lang" wegsperren. In Süddeutsche Zeitung, 12.11.2020 – <https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-islam-kurz-1.5112635>
- 24) Mouhanad Khorchide: Sind wir nicht schon längst auf den Politischen Islam hereingefallen? Die Presse, 17.11.2020 - <https://www.diepresse.com/5898835/sind-wir-nicht-schon-langst-auf-den-politischen-islam-hereingefallen>
- 25) Susanne Schröter: Politischer Islam - Stresstest für Deutschland. Gütersloher Verlags-haus, Gütersloh 2019, 2. Auflage, 382 S. Hier: Klappentext auf Buchrückseite und Kapitel I,1, S. 10-16. / Siehe auch: Susanne Schröter im Gespräch mit Andreas Main, Deutschlandradio, 13.12.2019 – https://www.deutschlandfunk.de/politischer-islam-in-deutschland-wir-haben-einiges-zu.886.de.html?dram:article_id=465593

- 26) Stefanie Bolzen u.a.: Terrorismus - Europas zögerlicher Kampf gegen den politischen Islam. Welt, 10.11.2020 – <https://www.welt.de/politik/ausland/plus219704170/Terrorismus-Europas-zoegerlicher-Kampf-gegen-den-politischen-Islam.html>
- 27) Banse und Müller: Verfassungsschützer warnen vor Islamisten im Schafspelz. Welt, 28.12.2020 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/article222507968/Innere-Sicherheit-Verfassungsschueter-warnen-vor-Islamisten-im-Schafspelz.html> / Frederik Schindler: „Islamismus hat sich in Teilen unserer Gesellschaft breitgemacht“. Welt, 13.4.2021 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230177045/CDU-CSU-Islamismus-hat-sich-in-Teilen-der-Gesellschaft-breitgemacht.html>
- 28) Ahmad Mansour: Wie der legalistische Islamismus unsere Demokratie bedroht. Welt, 26.03.2021. Der Text bildet den Auftakt der fünfteiligen WELT-Artikelserie „Eine Geschichte der Unterwanderung von Ahmad Mansour über den Politischen Islam – <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus229086699> / Ahmad-Mansour-Wie-der-legalistische-Islamismus-unsere-Demokratie-bedroht.html / Die zweite Folge lautet: Muslimbrüder und die Frage „Bist du Muslim nach unseren Maßstäben?“ Welt, 01.04.2021 – <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus229548055> / Ahmad Mansour: Mein Plan für einen wirksamen Kampf gegen Islamismus in Deutschland. Welt, 03.06.21 – <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus231558771/Ahmad-Mansour-erklaert-seinen-Plan-fuer-den-Kampf-gegen-den-Islamismus.html>
- 29) Jürg Altwegg: „Charlie Hebdo“ - Sie werden täglich mit dem Tod bedroht. FAZ, 06.01.2018 – www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/drei-jahre-nach-dem-attentat-auf-charlie-hebdo-15373847.html
- 30) Islamische Verbände in Deutschland: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/informationspapier_islamverbaende.pdf / Islamische Organisationen in Deutschland: https://de.wikipedia.org/wiki/Islamische_Organisationen_in_Deutschland / Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags: Islamische Organisationen in Deutschland – <https://www.bundestag.de/resource/blob/405162/80a4e1e0a231dc5555afba8f0cab9b90/wd-1-004-15-pdf-data.pdf>
- 31) Der islamische Verband lässt die Tür zur Gewalt zu weit offen. Tagesspiegel, 15.11.2020 – <https://www.tagesspiegel.de/politik/haltung-des-dachverbandes-ditib-zu-islamistischem-terror-der-islamische-verband-laesst-die-tuer-zur-gewalt-zu-weit-offen/26626032.html> / Andrea Dernbach: Krach um Islamverband :Die Ditib - Erdogans kurzer Draht nach Deutschland - Auch Muslime kritisieren die Regierung Laschet für ihre Kooperation mit dem Verein. Fragen und Antworten zur Ditib. Tagesspiegel, 27.05.2021 – <https://plus.tagesspiegel.de/politik/krach-um-islamverband-warum-ditib-immer-wieder-aerger-macht-151184.html> (Bezahlschranke) In der Druckausgabe des Tagesspiegel vom 28.05.2021 erschien dazu: Andrea Dernbach und Susanne Güsten: Beten für die Türkei – Warum die neu geregelte Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit dem Islamverband Ditib so umstritten ist.
- 32) Frederik Schindler: Zentralrat der Muslime - Hinter der freundlichen Fassade. Welt, 02.03.2020 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus206227633/Zentralrat-der-Muslime-Zwielichtiger-Partner-der-deutschen-Islam-Politik.html>
- 33) Lennart Pfahler: „Wo sind denn die Muslime, die gegen den Terror demonstrieren?“ Welt, 17.3.2021 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus228104785/Hassan-Geuad-Wo-sind-die-Muslime-die-gegen-den-Terror-demonstrieren.html>

- 34) Kleine Anfrage der GRÜNEN im Landtag NRW am 13.11.2019: Politische und religiöse Identität des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IR) und seiner Mitglieder – <https://gruene-fraktion-nrw.de/parlament/politische-und-religioese-identitaet-des-islamrats-fuer-die-bundesrepublik-deutschland-e-v-ir-und-seiner-mitglieder/>
- 35) Islamverband VIKZ - „Das ganze hat Ähnlichkeit mit einer Sekte“. Stuttgarter Nachrichten, 26.02.2019 – <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.islamverband-vikz-ilmihal-leitfaden-fuer-die-parallelwelt.6c6936fc-e16c-4682-aae3-c454d55f0737.html>
- 36) Verfassungsschutzbericht 2019 Baden-Württemberg, hier S. 77f – https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/pbs-bw-lfv-root/get/documents_E-1052710582/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2020_Aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2019.pdf Siehe S. 77ff.
- 37) Bundeszentrale für politische Bildung: Graue Wölfe - die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland – <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/> / Susanne Schröter: Politischer Islam – Stresstest für Deutschland, 2019, S. 118ff: Nationalisten, »Graue Wölfe« und ein Rockerclub
- 38) AKP-Lobby in Deutschland - Nun mit „Grauem Wolf“ an der Spitze. Eine Sendung des NDR – <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/akp-graue-woelfe-koeln-101.html>
- 39) Bundeszentrale für politische Bildung: Die Muslimbruderschaft – <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/286322/die-muslimbruderschaft/> / Heiko Heinisch und Nina Scholz: Muslimbruderschaft – Die europäische Mission des politischen Islam. FAZ, 12.09.2019 – <https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2019-09-12/98dc3a2665b101ebed3845f48948c6d1/> / Susanne Schröter: Politischer Islam - Stresstest für Deutschland, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 2019, 2. Aufl., S. 79ff: Deutschland - Operationsgebiet der Muslimbruderschaft?
- 40) Ist die Gülen-Bewegung wirklich harmlos? Süddeutsche Zeitung, 8.4.2019 – <https://www.sueddeutsche.de/bildung/islamunterricht-ist-die-guelen-bewegung-wirklich-harmlos-1.4400426/>
- 41) Ausführlicher bei Wikipedia, siehe Anmerkung 30!
- 42) Özdemir und Unterstützer gründen „Initiative säkularer Islam“. Welt, 21.11.2018 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/article184288828/Vor-vierter-Islamkonferenz-Oezdemir-und-Unterstuetzer-gruenden-Initiative-saekularer-Islam.html>
- 43) Carsten Frerk: Islamischer Lobbyismus, 19.06.2020 – <https://fowid.de/meldung/islamischer-lobbyismus>
Wer aus Zeitgründen lediglich am Ergebnis dieser sehr ausführlichen Studie interessiert ist, lese unter Punkt 13 das Fazit und Punkt 14 die Nachbemerkenungen
- 44) Michel Houellebecq: Unterwerfung. DuMont Buchverlag, 2018, 9. Edition, 272 S., Taschenbuch / Constantin Schreiber: Die Kandidatin. Verlag Hoffmann und Campe, 2021, 1. Auflage, 208 S.
- 45) Frederik Schindler: Mohamad Hajjaj - „Islamistische Kräfte haben in öffentlichen Ämtern nichts verloren“. Welt, 09.04.2021 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/article229903267/Berlin-Islamistische-Kraefte-haben-in-oeffentlichen-Aemtern-nichts-verlo->

[ren.html?sc_src=email_509837&sc_lid=39109124&sc_uid=6R6k6bH95k&sc_lid=10414&sc_cid=509837&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik](https://www.tagesspiegel.de/wissen/streit-um-beirat-der-berliner-islam-theologie-ankara-wird-das-institut-nicht-steuern/24040946.html)

46) Giordano-Bruno-Stiftung: „Die Angaben zur Muslimfeindlichkeit sind äußerst fragwürdig!“. hpd, 16.3.2021 – <https://hpd.de/artikel/angaben-zur-muslimfeindlichkeit-sind-aeusserst-fragwuerdig-19101>

47) Siehe in Kapitel 7 das beschriebene, von Susanne Schröter verfasste Buch: Politischer Islam - Stresstest für Deutschland / Ates kritisiert Kirchen wegen Islam-Verständnis. evangelisch.de, 06.06.2018 – <https://www.evangelisch.de/inhalte/150393/06-06-2018/ates-kritisiert-kirchen-wegen-islam-verstaendnis/> / Frauenrechtlerin kritisiert Kirchen wegen Islam-Verständnis - Religiöse über weltliche Macht. domradio, 08.06.2018 – <https://www.domradio.de/themen/islam-und-kirche/2018-06-08/frauenrechtlerin-kritisiert-kirchen-wegen-islam-verstaendnis>

48) Streit um Beirat der Berliner Islam-Theologie - "Ankara wird das Institut nicht steuern". Tagesspiegel, 27.02.2019 – <https://www.tagesspiegel.de/wissen/streit-um-beirat-der-berliner-islam-theologie-ankara-wird-das-institut-nicht-steuern/24040946.html> / Berliner Institut für Islamische Theologie - Verbände stimmen Professuren für Islamische Theologie zu. Forschung & Lehre, 09.09.2019 – <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/verbaende-stimmen-professuren-fuer-islamische-theologie-zu-2113/>

49) Alexander Fröhlich: Neues Neutralitätsgesetz für Berlin - Justizsenator Behrendt will Kopftuch für Lehrerinnen erlauben. Tagesspiegel, 05.01.2021 – <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neues-neutralitaetsgesetz-fuer-berlin-justizsenator-behrendt-will-kopftuch-fuer-lehrerinnen-erlauben/26768038.html> / Streitgespräch über Islamismus - „Die Linke unterstützt den politischen Islam“ - Interview mit Barbara John, Martin Hikel und Ahmad Mansour. Cicero, 18.11.2020 – <https://www.cicero.de/innenpolitik/islamismus-linke-spd-terror-streitgesprach-ahmad-mansour-martin-hikel-barbara-john/plus>

50) Thomas Thiel: Der Prophet im Klassenzimmer. faz.net, 05.11.2020 – <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-prophet-im-klassenzimmer-islamismus-an-deutschen-schulen-17036286.html> (Bezahlschranke)

51) Aziliz Le Corre: „Das ist der kulturelle Selbstmord des Westens“. Welt, 06.04.2021 – <https://www.welt.de/kultur/plus229581447/Mohammed-Zensur-bei-Dante-Der-kulturelle-Selbstmord-des-Westens.html> / Birgit Kelle: Die Unterwerfung ist längst im Gange. Die Tagespost, 05.04.2021 – <https://www.die-tagespost.de/gg1aesellschaft/feuilleton/die-unterwerfung-ist-laengst-im-gange;art310,217157>

52) Frank Bachner und Alexander Fröhlich: „Jemand mit Kopftuch kann Neutralität nicht glaubhaft vermitteln“. Tagesspiegel, 06.01.2021 – <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-lehrpersonal-und-religioese-symbole-jemand-mit-kopftuch-kann-neutralitaet-nicht-glaubhaft-vermitteln/26771020.html> / Ahmad Mansour: Das Kopftuch ist nicht neutral. Tagesspiegel, 04.05.2021 – <https://www.tagesspiegel.de/politik/falsche-toleranz-das-kopftuch-ist-nicht-neutral/27154962.html>

53) Politischer Islam in Deutschland - »Wir haben einiges zu verteidigen«, Interview mit Prof. Susanne Schröter. Deutschlandfunk, 13.12.2019 – https://www.deutschlandfunk.de/politischer-islam-in-deutschland-wir-haben-einiges-zu.886.de.html?dram:article_id=465593

- 54) Ahmad Mansour: Gedenken an Hatun Sürücü - Die Deutungshoheit des Patriarchats. In: Tagesspiegel, 09.02.2010 – <https://www.tagesspiegel.de/politik/gedenken-an-hatun-sueruecue-die-deutungshoheit-des-patriarchats/25511002.html/>
- 55) Muslim Ahmad Mansour sorgt für volle Säle - Klartext zur deutschen Debatte über Integration: Der Linken wirft er Multikulti-Verharmlosung vor, der Rechten Panikmache. Tagesanzeiger, 17.02.2019: – <https://www.tagesanzeiger.ch/leben/gesellschaft/er-sieht-die-integration-als-bringschuld/story/17463443>
- 56) Daniela Wakonigg: 5 Jahre Kölner Beschneidungsurteil - "Ich bin sicher, dass ein solcher Gewaltakt gegen Kinder vor unserem Grundgesetz auf Dauer keinen Bestand haben wird", Interview mit Prof. Dr. Holm Putzke. hpd, 07.05.2017 – <https://hpd.de/artikel/ich-bin-sicher-dass-solcher-gewaltakt-gegen-kinder-unserem-grundgesetz-dauer-keinen-bestand-haben-14388>
- 57) Constantin Schreiber: Inside Islam - Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird. Ullstein Taschenbuch, 2018, 2. Auflage, 256 S.
- 58) Bundeszentrale für politische Bildung: Die salafistische Szene in Deutschland. 26.11.2018 – <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211610/die-salafistische-szene-in-deutsch-land#:~:text=Die%20islamistische%20Szene%20in%20Deutschland%20umfasst%20laut%20Bundesamt%20f%C3%BCr%20Verfassungsschutz,waren%20es%20sch%C3%A4tzungswaise%203.800%20Personen> / Terror-Netz über ganz Europa Paintball für den Dschihad: Wie der IS von deutscher Stadt aus den Heiligen Krieg plant. Focus, 18.03.2021 – https://www.focus.de/politik/deutschland/islamischer-staat-terror-netz-zieht-sich-ueber-ganz-europa-und-plant-anschlaege-sogar-aus-knast-heraus_id_13088959.html
- 59) Joachim Wagner: »Die Macht der Moschee - Scheitert die Integration am Islam?« Herder Verlag, Freiburg 2018, 351 S. Hier: S. 116-118. (Wagner war früher u.a. Leiter des Politmagazins Panorama beim NDR)
- 60) Joachim Wagner: „Zeigen der Mohammed-Karikaturen kann radikalierend auf Schüler wirken“. Welt, 19.04.2021 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus230491929/Mohammed-Karikaturen-Kapitulation-vor-dem-politischen-Islam.html>
- 61) Kai Strittmatter: „Antidemokratische“ Spenden werden gesetzlich verboten. Südd. Zeitg., 13.03.2021 – <https://www.sueddeutsche.de/politik/daenemark-islamismus-extremismus-moscheen-1.5233828>
- 62) Interview mit Ruud Koopmans: „Nachgeben wird nicht helfen“ Experte kritisiert Deutschlands Umgang mit dem Islamismus. Tagesspiegel, 09.11.2020 – <https://plus.tagesspiegel.de/politik/nachgeben-wird-nicht-helfen-experte-kritisiert-deutschlands-umgang-mit-dem-islamismus-66539.html> (Bezahlschranke)
- 63) Lutz Neumann: Die staatliche Finanzierung des Politischen Islam. hpd, 11.01.2021 – <https://hpd.de/artikel/staatliche-finanzierung-des-politischen-islam-18855?nopaging=1>
- 64) Im Auftrag der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung wurde von der Hamburg Media School und dem Presseinstitut der Universität Leipzig eine Analyse der deutschen Zeitungen vorgenommen, wie diese über die Flüchtlingskrise 2015/2016 berichteten. Das Ergebnis war ernüchternd, um nicht zu sagen: entlarvend. Von einer objektiven Berichterstat-

tung – so das Ergebnis dieser aufwändigen Untersuchung – konnte keine Rede sein. Die Zeitungsberichte waren alle mehr oder weniger einseitig und tendenziös.

Jochen Bittner: Flüchtlinge in den Medien - Mit dem Strom. Die Zeit, 19./20.07.2017 –

<https://www.zeit.de/2017/30/fluechtlinge-medien-berichterstattung-studie> / Michael Wolff-

sohn: Medienkrise: Wenn sachliche Aufklärung mit Bevormundung verwechselt und abwei-

chende Vorstellungen unterdrückt werden. – <https://www.nzz.ch/meinung/medienkrise-wenn-sachliche-aufklaerung-mit-bevormundung-verwechselt-und-abweichende-vorstellungen-unterdrueckt-werden-ld.1628540>

65) Manuel Frick: «Der muslimische Antisemitismus ist der gefährlichste», sagt Michael Wolff-

sohn. Neue Zürcher Zeitung, 03.12.2018 – [https://www.nzz.ch/international/der-](https://www.nzz.ch/international/der-gefaehrlichste-antisemitismus-ist-der-muslimische-ld.1439950)

[gefaehrlichste-antisemitismus-ist-der-muslimische-ld.1439950](https://www.nzz.ch/international/der-gefaehrlichste-antisemitismus-ist-der-muslimische-ld.1439950) / Markus C. Schulte von

Drach: Wie verbreitet ist Antisemitismus und von wem geht er aus? Süddeut. Zeitung,

02.08.2019 – [https://www.sueddeutsche.de/politik/juden-deutschland-antisemitismus-](https://www.sueddeutsche.de/politik/juden-deutschland-antisemitismus-1.3921657-0#seite-5%20%20(Dieser%20an%20sich%20korrekte%20Link%20f%C3%BChrt%20auf%20einen%20anderen%20Text.%20Bitte%20unter%20der%20%C3%9Cberschrift%20%C3%BCber%20Google%20suchen!)%20/)

[1.3921657-0#seite-](https://www.sueddeutsche.de/politik/juden-deutschland-antisemitismus-1.3921657-0#seite-5%20%20(Dieser%20an%20sich%20korrekte%20Link%20f%C3%BChrt%20auf%20einen%20anderen%20Text.%20Bitte%20unter%20der%20%C3%9Cberschrift%20%C3%BCber%20Google%20suchen!)%20/)

[5%20%20\(Dieser%20an%20sich%20korrekte%20Link%20f%C3%BChrt%20auf%20einen%20anderen%20Text.%20Bitte%20unter%20der%20%C3%9Cberschrift%20%C3%BCber%20Google%20suchen!\)%20/](https://www.sueddeutsche.de/politik/juden-deutschland-antisemitismus-1.3921657-0#seite-5%20%20(Dieser%20an%20sich%20korrekte%20Link%20f%C3%BChrt%20auf%20einen%20anderen%20Text.%20Bitte%20unter%20der%20%C3%9Cberschrift%20%C3%BCber%20Google%20suchen!)%20/) / Thomas Thiel: Die beschwiegene Quelle des Judenhasses. faz-

net 06.05.2021 – [https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/antisemitismus-statistik-](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/antisemitismus-statistik-verzerrtes-bild-der-wirklichkeit-17327198.html)

[verzerrtes-bild-der-wirklichkeit-17327198.html](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/antisemitismus-statistik-verzerrtes-bild-der-wirklichkeit-17327198.html) (Bezahlschranke) / Claus Christian Malzahn

und Jacques Schuster im Interview mit Cem Özdemir: „Ich könnte vor Wut explodieren und

verstehe die Naivität nicht“. Welt, 23.05.2021 –

[https://www.welt.de/politik/deutschland/plus231304583/Cem-Oezdemir-wirft-NRW-CDU-ein-](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus231304583/Cem-Oezdemir-wirft-NRW-CDU-ein-Erdogan-Problem-vor.html)

[Erdogan-Problem-vor.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus231304583/Cem-Oezdemir-wirft-NRW-CDU-ein-Erdogan-Problem-vor.html)

66) Christoph von Marschall: „Die Statistik gibt nicht die Realität wider“ - Antisemitische

Straftaten unter dem Radar der Polizei. Tagesspiegel, 15.05.2021 –

[https://www.tagesspiegel.de/politik/die-statistik-gibt-nicht-die-realitaet-wider-antisemitische-](https://www.tagesspiegel.de/politik/die-statistik-gibt-nicht-die-realitaet-wider-antisemitische-straftaten-unter-dem-radar-der-polizei/27193108.html)

[straftaten-unter-dem-radar-der-polizei/27193108.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/die-statistik-gibt-nicht-die-realitaet-wider-antisemitische-straftaten-unter-dem-radar-der-polizei/27193108.html) / Wie schon seit Jahren die Polizei auf

höhere Weisung die Statistik manipuliert, geht beispielsweise aus den beiden folgenden Zei-

tungsberichten hervor: Flüchtlingskriminalität - Ist die Gewalt-Statistik geschönt? Ein LKA-

Beamter: „Es wird nicht gelogen, nichts vertuscht, aber es werden ganz bewusst Dinge weg-

gelassen“. Hannoversche Allgemeine, 22.11.2015 –

[https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Fluechtlingskriminalitaet-Ist-die-](https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Fluechtlingskriminalitaet-Ist-die-Gewalt-Statistik-geschoent)

[Gewalt-Statistik-geschoent](https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Fluechtlingskriminalitaet-Ist-die-Gewalt-Statistik-geschoent) / Das Schweige-Kartell – Politik und Behörden verheimlichten

jahrelang das Ausmaß der Ausländerkriminalität. Focus, 18.10.2016 –

[https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-das-schweige-](https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-das-schweige-kartell_id_5212427.html)

[kartell_id_5212427.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-das-schweige-kartell_id_5212427.html)

67) Helmut Markwort: Woher die Antisemiten wirklich kommen und was zwei alte Parteifein-

de verbindet. Focus, 22.05.2021 – [https://www.focus.de/politik/deutschland/rubriken-woher-](https://www.focus.de/politik/deutschland/rubriken-woher-die-antisemiten-wirklich-kommen-und-was-zwei-alte-partefeinde-verbindet_id_13318728.html)

[die-antisemiten-wirklich-kommen-und-was-zwei-alte-partefeinde-](https://www.focus.de/politik/deutschland/rubriken-woher-die-antisemiten-wirklich-kommen-und-was-zwei-alte-partefeinde-verbindet_id_13318728.html)

[verbindet_id_13318728.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/rubriken-woher-die-antisemiten-wirklich-kommen-und-was-zwei-alte-partefeinde-verbindet_id_13318728.html)

68) Alexander Kissler: Islamexpertin und Politikerin Birgül Akpınar: »Wir müssen uns davon

verabschieden, dass Religion ein Mittel der Integration sein kann«. Neue Zürcher Zeitung,

17.11.2020 – [https://www.nzz.ch/international/der-islam-ist-kein-mittel-der-integration-sagt-](https://www.nzz.ch/international/der-islam-ist-kein-mittel-der-integration-sagt-birguel-akpinar-ld.1587160)

[birguel-akpinar-ld.1587160](https://www.nzz.ch/international/der-islam-ist-kein-mittel-der-integration-sagt-birguel-akpinar-ld.1587160)

69) Ruud Koopmans: Was jetzt passieren muss. Zeitschrift Cicero, Heft Dezember 2020.

Auch nachlesbar hier: [https://www.cicero.de/innenpolitik/ruud-koopmans-islamismus-terror-](https://www.cicero.de/innenpolitik/ruud-koopmans-islamismus-terror-islam-europa/plus)

[islam-europa/plus](https://www.cicero.de/innenpolitik/ruud-koopmans-islamismus-terror-islam-europa/plus) / Siehe auch: Hans Monath im Gespräch mit Ruud Koopmans: „Die mus-

limischen Länder rutschen immer tiefer in die Krise“. Tagesspiegel, 17.02.2020 –

[https://www.tagesspiegel.de/politik/radikaler-islam-und-verfall-der-demokratie-die-](https://www.tagesspiegel.de/politik/radikaler-islam-und-verfall-der-demokratie-die-muslimischen-laender-rutschen-immer-tiefer-in-die-krise/25547282.html)

[muslimischen-laender-rutschen-immer-tiefer-in-die-krise/25547282.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/radikaler-islam-und-verfall-der-demokratie-die-muslimischen-laender-rutschen-immer-tiefer-in-die-krise/25547282.html)

70) Lennart Pfahler: „Hat eine neue Dimension“ - Türkei-Experte kritisiert Gipfeltreffen der Erdogan-Lobby. Welt, 30.04.2021 –

https://www.welt.de/politik/deutschland/article230775615/Ditib-UID-Graue-Woelfe-Gipfeltreffen-der-Erdogan-Lobby-in-Ankara.html?fbclid=IwAR2hyYZzEaS0S1Qr17c2u1O5-6LW9tRe5uMSD2Sbvuum9f4uwz_VcNdl7Ws

71) Seyran Ates: Der Kampf muss gegen den politischen Islam geführt werden. Cicero, 10.11.2020 –

<https://www.cicero.de/innenpolitik/deradikalisierung-wien-islamismus-niederlande-gefaengnisse-seyran-ates> / Allensbach-Studie – Frank Schindler: Den Kampf gegen den Islamismus trauen viele nur der AfD zu. Welt, 11.06.2021 – <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus231722149/Studie-AfD-gilt-als-engagierteste-Partei-gegen-Islamismus.html>

*

Dieser Text ist zuerst veröffentlicht worden auf den Seiten der Richard-Dawkins-Foundation unter dem Titel: »Der politische Islam und die liberale Gesellschaft«. Aufgrund des Umfangs des Textes ist er in drei Teile gegliedert worden, einige Textpassagen wurden zudem ausgegliedert, können aber aufgerufen werden.

Die Textteile erschienen am 6., 7. und 8. Juli 2021. Der Text ist im gleichen Zeitraum auch auf Facebook veröffentlicht und diskutiert worden. Und zwar auf den Seiten von »Uwe Lehnert« und der »Richard Dawkins Foundation für Vernunft und Wissenschaft«.